

# Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmann, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Jannasch u. Co., Magdeburg. Geschäftsstelle: Gr. Münst. 3, Fernspr. 1567. Redaktion und Druckerei: Gr. Münst. 3, Fernspr. für Redaktion 1794, für Druckerei 961.

Prämienpreis zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frangirungslohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Preisband in Deutschland monatlich 1 Ggr. 170 Pf., 2 Ggr. 250 Pf. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk. monatlich 70 Pf. Bei den Buchhändlern 2 Mk. 25 Pf. zzgl. Postgebühren. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Anzeigenpreise: die jegepönteilte Zeile 15 Pf., auswärts 25 Pf., im Reflektiert Blatt 30 Pf. Post-Zeitungsliste Seite 991

Nr. 253.

Magdeburg, Dienstag den 29. Oktober 1907.

18. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten.

## Der Kampf um den Kaiser.

Der Kampf zwischen dem General der alten Kamarilla, Runo Moltke, und dem journalistischen Agenten der neuen, Maximilian Harden, ist am Sonnabend mit einem überlegenen Siege des Angeklagten beendet worden. Was der Amtsrichter Dr. Kern am Dienstag vormittag als seine juristische Ansicht über die Strafbarkeit oder Unschuld Gardens verkündete, hat für die Öffentlichkeit nur ein sehr nebensächliches Interesse; an dem Wille, das der Prozeß enthüllt hat, kann dadurch kein Zug mehr verändert werden.

Es ist wahr und ist erwiesen, daß der deutsche Kaiser seit vielen Jahren von einem Kreise von Deuten umgeben war, die ihn zu beeinflussen suchten und die heute vor aller Welt am Pranger stehen. Es war eine geistig unbedeutende, in abergläubischen Vorstellungen befangene, minderwertige Gesellschaft, und der ehemalige Stadtkommandant Bekius, Graf Runo Moltke, der Mann, der seine Frau ein Klotz nannte und es mit seiner Ehre für vereinbar hielt, vor Gericht die kraßesten Unwahrheiten zu behaupten, scheint immer noch der Wefte des Freundeskreises zu sein. Von andern ist es erwiesen, daß sie sich nicht gescheut haben, in der räumlichen Nähe jener Person, die im Amtsstil die Allerhöchste heißt, ein wahres Bordell für Männerprostitution einzurichten und aus Sport ihren konträren Trieben zu huldigen. Daß sie dabei ein geschriebenes verbesserungsbedürftiges Strafgesetz übertraten, sollte ihnen zum geringsten angedenkt werden, wenn sie sich darauf beschränkt haben würden, innerhalb ihres eignen Kreises ihrem Drange zu frönen. Die Enthüllung der heimlichen Situationen, in denen sich diese „Paladine“ des deutschen Kaiserthrones betreffen ließen, bildet an und für sich nur eine Episode in der Geschichte dieser an Unfauberkeiten strotzenden Höflingsclique.

Aber diese unverantwortlichen Ratgeber haben viel Schlimmeres getan. Sie haben ihre militärische Gewalt, ihre gesellschaftliche Stellung, ihren ererbten Reichtum dazu mißbraucht, arme Soldaten, Söhne des Volkes, zum Gegenstand ihrer pervertierten Gelüste zu machen. Männern, die nicht so schuldig waren wie sie, haben die Tribunale der französischen Revolution die Köpfe vor die Füße gelegt; die Gasse der Potsdamer Adlervilla hat nicht die geringste kriminelle Strafe erteilt. Denn wir leben ja nicht in einer Zeit der Revolution und Schreckensherrschaft, sondern in „geordneten staatlichen Zuständen“, die es den handelnden Personen dieses widerlichen Dramas gestatten, sich in den Punkt ihrer stillen Schloßer zurückzuziehen, am Schwanzende des Parties von vergangenen schönen Zeiten zu träumen und einer knienden Dienerschaft gnädig die Hand zum Kusse zu reichen.

Ihre einzige Strafe ist, daß sie beim Kaiser in Ungnade gefallen sind. Wie schwer sie das nehmen, wissen wir nicht; jedenfalls aber teilen sie dieses Schicksal mit Millionen sehr ehrliebender und normaler Deutscher, denen der Kaiser schon wiederholt und sogar öffentlich seine schärfste Unzufriedenheit ausgesprochen hat. Man erinnere sich an die Rede, die er am Sarge Alfred Krupps hielt!

Die alte Kamarilla trübt also von widerlicher Persönlichkeit. Erst die Zukunft wird lehren, ob die neue besser ist. Wir haben sie in den Artikeln Gardens, in seiner Rede und in der seines Advokaten an der Arbeit gesehen. Sie hat der alten Kamarilla vorgeworfen, daß sie den Kaiser „angehimmelt“ und ihn dadurch in seinen Zerrümpeln bestärkt habe. Wer aber hat den Kaiser jemals vor der Öffentlichkeit zudringlicher und widerlicher „angehimmelt“, als der Publizist Harden und der Advokat Vernstein? Man lese ihre Reden und man hat die Antwort.

Wir haben keine Lust, wie es im Prozeß von beiden Seiten geschehen ist, die Person des Kaisers in die öffentliche Debatte dieser Affäre hineinzuziehen. Aber wenn Maximilian Harden den Kaiser öffentlich belobt, weil er ein paar überweicene Homosexuelle, die sich zum Teil Verbrechen haben zuschulden kommen lassen, aus der Hofrangliste gestrichen hat, so ist das weiter nichts als eine unverschämte höfische Schmeichelei, und wenn er sich in diesem Zusammenhang auf die Meinung der ausländischen Presse beruft, so ist das sogar eine bewußte Unwahrheit.

Noch schlimmer treibt es der Jurist Max Vernstein aus München, der sogar dem Schöffengericht einreden will, sein Urteil sei bereits durch das des Kaisers, die Verabschiedung Moltkes, vorwegbestimmt; es müßte Gardens freisprechen, weil der Kaiser Moltke schuldig gesprochen habe. Die Verurteilung seines Klienten soll nach Herrn Vernstein „beinahe eine Majestätsbeleidigung“ sein. Dadurch wird ein unires Erachtens an sich durchaus berechtigtes freisprechendes Urteil von vornherein zu einem Akt der Kabinettsjustiz entwürdigt.

So fängt die neue Kamarilla an! Aber Herr Gardens und Herr Vernstein bilden ja nicht den Kern der neuen Kamarilla; sie sind nur ihre journalistischen und juristischen Handlanger. Sehen wir zu, wie diese neue Kamarilla

selbst gearbeitet hat! Ihre hervorragendsten Mitglieder waren jahrelang Freunde und Dugbrüder der Liebenberger; sie verdanken ihnen, wie wir aus der Rede Gardens hören, zum Teil sogar ihre Stellung. Das Treiben ihrer Gönner kannten diese Leute zum Teil; sie sahen ihnen jahrelang zu, ohne auch nur einen Finger zu rühren. Erst nach dem Sturze des Geheimen Legationsrats v. Holstein begann die „Zukunft“ zu reden, und als gar Bülow durch Eulenburg, der ihn nach Berlin gebracht hatte, wieder fortgeschafft werden sollte, sekte der Sturm der Enthüllungen ein.

Gardens ist geständig, seit Jahren gewußt zu haben, daß willenslose Soldaten von vorgelegten Berweisen geschändet und verächtet wurden, aber er rühmt sich, geschwiegen zu haben — als Patriot! Erst als die alte Kamarilla das deutsche Volk eines Staatsmannes vom Range Bülows berauben wollte; erst als sie die Kriegstreiber einer gewissen engern Clique, zu der Bülow nicht gehörte, konterminierte, entschloß man sich dazu, die früheren Freunde und Gönner vor der Öffentlichkeit zu entkleiden und an den Pranger zu stellen. Jetzt auf einmal explodierte die seit Jahren unter Geheimverschluß gehaltene fittliche Entrüstung, und der verschwiegene Schreiberling aus der Gardenschen Grunewald-Villa spie Affensätze des Irrsinn aus.

So hat die neue Kamarilla über die alte gesiegt, vollständig gesiegt! Sie hat männlich alle Regungen alter Kameradschaft unterdrückt, sie hat den Gegner totgetreten wie eine Wanze, und mit dem Gestank dieser Exekution fünf Erdteile erfüllt. Mit eiserner Rücksichtslosigkeit drängt sie sich in die Nähe des Kaisers und peitscht mit der Geißel ihrer Enthüllungen alle Nebenbuhler fort.

Mit dem Prozeß Moltke-Gardens beginnt in der Geschichte der preussisch-deutschen Selbstherrschafft ein neues Kapitel, das so lange dauern wird, bis das Volk durch seine parlamentarische Verkörperung der antiparlamentarischen Hofstabelle endlich das lange verdiente Ende bereitet. —

## Ein politischer Sensationsprozeß.

(Weiter Tag.)

Nach Eröffnung der Sitzung durch Amtsrichter Dr. Kern verliest der Privatkläger Graf von Moltke eine Erklärung, die sich auf seine Verabschiedung bezieht. Als die Beisetzungen an Se. Majestät gelangten, habe er dem Generaladjutanten v. Pleßsen

sein Ehrenwort gegeben,

daß er nie mit Männern fernellen Umgang gehabt habe. Nachdem er sein Abschiedsgesuch eingereicht mit der Motivierung, daß es nach seiner Meinung nicht angängig sei, daß eine Person, die unter so schweren Verdächtigungen zu leiden habe, in der nächsten Umgebung Sr. Majestät bleibe. Darauf sei er in der üblichen Form zur Disposition gestellt worden. Hierauf nimmt

Zustizrat Dr. v. Gordon

das Wort zur Schuldfrage: Es ist wohl in diesem Saale kein Deutscher, der nicht mit tiefer Beschämung und Enttäufung von den Vorgängen Kenntnis genommen, die in der Villa Adler in Potsdam sich ereignet haben. Es ist um so bedauerlicher, daß diese furchtbaren Dinge vorgenommen sind von den Führern gerade der Garde, zu der aus allen Provinzen des Vaterlandes die Elite strömt, es ist dies um so bedauerlicher, als zu befürchten ist, daß von da die Anschauungen, die sie empfangen haben, hinausgetragen werden in das Land. Was dadurch an Disziplin vernichtet wird, kann nachher durch keinen Drill wieder gurgemacht werden. Die tiefe Entrüstung, die alle Deutschen über diese Vorgänge mit Recht erfüllt, hat ihren vollen Widerhall in dem Herzen des deutschen Volkes mit diesen Schmutzereien nichts zu tun hat. Was haben sie nun aber mit diesem Prozeß zu tun? Ist etwa der Beschlagte derjenige gewesen, der in dieses Sodom und Gomorra

hingekommen hat. Hat er etwa der Tugend eine Stätte bereitet? Nein, dieses Verdienst kann er sich nicht vindizieren, sondern es ist das Verdienst eines einfachen Mannes aus dem Volke: des Burshen des Grafen Lynar. Um das Bindglied mit den Anschuldigungen gegen den Grafen Runo Moltke herzustellen, ist dann der Zeuge Vohhardt in die Erscheinung getreten, der die Behauptung aufstellt, er habe nach einer Zeit von 10 Jahren in einem Wille des Götthar Kalenders den jetzigen Privatkläger wiederzuerkennen geglaubt als einen Mann, der auch in der Villa Adler verkehrt habe.

Dieses Wiedererkennen nach so langer Zeit ist schon an sich sehr verdächtig, seine Versicherung leidet an großer innerer und äußerer Unwahrscheinlichkeit. Und wer ist dieser Herr Vohhardt, dieser verheiratete Mann, der die Zeitungen um Verweigerung seines Namens ersucht hat? Er hat seine Kameraden selbst in jenen Kreis der Unsitlichkeit eingeführt und selbst an jenen Dingen teilgenommen und nun nach Jahren Herrn Gardens Mitteilungen darüber gemacht. Da möge jeder erwägen, welchen Glauben dieser Mann verdient. Ich bedaure unendlich, daß es nicht gelungen ist, eine Konfrontation mit dem Fürsten Eulenburg zu erwirken. Es ist jedenfalls charakteristisch, daß die übrigen Leute, die mit dem Zeugen Vohhardt zu derselben Zeit gebürt haben und die hier vernommen worden sind, nicht eine Spur von diesen Dingen wissen. Selbst Vohhardt hat positiv nur eine Beteiligung des Grafen Lynar und des Grafen Hohenau bekundet. Wenn der Zeuge nunmehr sagt, der Privatkläger habe eine Bekanntschaft mit einem der damaligen Beteiligten, auch glaube er bestimmt sagen zu können, daß Graf Moltke dabei

gewesen sei, nur habe er damals mehr Haare gehabt, so sage ich: Hatten Sie es für möglich, daß sich Graf Moltke, als bedeutender alterer Mann im Kreise 27- bis 30jähriger Männer verbergen wird? Es ist absolut ausgeschlossen!

Graf Moltke sagt, er kenne nicht einmal die Adler-Villa und wäre auch nie in dieser gewesen. Wir haben den Beweis dafür durch Vernehmung der Grafen Lynar und Hohenau angetreten verurteilt. Das Gericht hat aus prozessualen Gründen davon Abstand genommen. Es ist zu beklagen, daß auch nur überhaupt der Gedanke auftauchen kann, Graf Moltke habe sich unfittlich vergangen. Im Empfinden der Offiziere liegt es schon längst, daß diese Vorwürfe nur durch nichts zu beweisende Behauptungen sind. Graf Moltke hat sein Ehrenwort gegeben, daß er sich in keiner Weise nach dieser Richtung hin vergangen hat. Ich will nun auf

die Vorgänge betreffs des Abschieds

zurückkommen. Als der Artikel in der „Zukunft“ erschien und Sr. Majestät vorgelegt wurde, hat Graf Moltke dem Generaladjutanten sofort sein Ehrenwort gegeben, daß diese Behauptung des Blattes unwahr ist. Dann aber hat er sich gesagt: „Ich bin so schwer befaßt und muß einsteilen mein Amt niederlegen, um mich gegen die Verdächtigungen zu wehren und mich reinigen zu können.“ Das ist der Standpunkt eines preussischen Offiziers. Das Amt ist nicht für den Mann da, sondern der Mann für das Amt. Erst mußte jeder Schatten eines Verdachts beseitigt werden.

Wenn Majestät durch Kabinettsorder gesagt hat: „Ich stelle Sie hiermit zur Disposition“, dann versteht es sich von selbst, daß nicht eine Spur von Verdacht gegen den Grafen Moltke darin zu finden ist. Zur Disposition stellen heißt doch nur: „Hatten Sie sich für mich disponibel, damit ich Sie zu gegebener Zeit mit diesem oder jenem Posten betrauen kann.“ Dafür, daß Sr. Majestät der Ansicht war, daß Graf Moltke doch noch unter einem gewissen Verdacht steht, spricht gar nichts. Graf Moltke hätte ja auch sein Ehrenwort als Offizier und Edelmann falsch gegeben. Dieses Ehrenwort ist dann später gegenüber dem Grafen Otto v. Moltke wiederholt worden, der dann Herrn Gardens davon in Kenntnis gesetzt hat. Ich stelle hiermit in aller Öffentlichkeit fest, daß auch nicht mehr die Spur von dem Verdacht, Graf Moltke habe sich gegen den § 175 vergangen oder in ähnlicher Weise betätigt, heute noch besteht. Es fragt sich nun, hat Herr Gardens denn meinem Mandanten den Vorwurf gemacht, sich homosexuell betätigt zu haben? Justizrat v. Gordon geht hierzu die einzelnen inkriminierten Artikel durch und kommt zu dem Schlusse, daß die von Gardens angewandten Ausdrücke nur ihrem feinen Doppel i n keine andre Deutung zulassen, zumal sie die bekannten Euphemismen enthalten, die man allgemein bezeichnet als die Charakteristika der weiblichen Leute, der Homosexuellen. Aus diesen Artikeln haben nicht nur wir, sondern die maßgebenden Kreise und vor allen Dingen die gesamte Presse die bestimmte Ansicht gewonnen, Gardens habe nicht von psychischen Veranlagungen sprechen wollen, sondern von Verfehlungen, sei es im Sinne des Strafgesetzes, sei es im Sinne der Moral.

Man braucht in tausend Fällen nur Dinge anzudeuten, weil man weiß,

diese Andeutungen werden verstanden.

Es kommt nur darauf an, daß Herr Gardens das Bewußtsein hatte, seine Artikel könnten in der von mir angezeigten Weise verstanden werden. Diese Auffassung des Dolus eventualis ist bekanntlich vom Reichsgericht zur Geltung gebracht bei der Majestätsbeleidigung, dann aber auch am 30. September 1906 für die § 186 und 187. Es heißt da: „Es genügt, festzustellen, daß der Angeklagte sich bewußt war, seine Leser würden den fraglichen Artikel dahin verstehen, daß der Behörde die betreffenden unwahren Vorwürfe gemacht werden.“ Herr Gardens selbst, der ja seine Worte sehr gut auszuwählen versteht, hat durch die Blume, aber immer deutlicher werdend, zweifellos die Vorstellung in dem Leser erwecken wollen, daß Graf Moltke eben solche Dinge sich zuschulden kommen lasse, wie Herr Lecointe, von dem er ja selbst hervorgehoben hat, daß seine Neigungen allgemein bekannt waren. Er hat ja dem Privatkläger direkt den Vorwurf daraus gemacht, daß er nicht gewußt haben will, was die Späßen von den Dächern jängen. Wenn mein Mandant mit in jene Kreise gezogen wird, so versteht es doch jeder Mann, was das bejagen will. Alle Welt, alle Zeitungen haben es so verstanden, und Herr Gardens hat es schließlich so laut in die Welt hinausgeschrien, daß die maßgebenden Stellen sich veranlaßt sahen, eingzugreifen. Der Vorwurf der aktuellen Homosexualität ist gegen meinen Mandanten erhoben und daraus ergibt sich der Tatbestand des § 186 von selbst.

Aber auch alles andre in den Artikeln entspricht nicht der Wirklichkeit. Er spricht fortgesetzt von „Gruppe“ und „Gruppchen“. Was haben wir hier gehört? Was bleibt übrig? Fürst Eulenburg und Graf Moltke! Gewiß, Se. Majestät hat diese beiden Herren seiner Freundschaft gewürdigt!

Aber wie kommt Herr Lecointe hier hinein? Um das Bindglied herzustellen, sagt Herr Gardens: „Die Freunde meiner Freunde sind auch meine Freunde!“ Das ist sehr geistreich, aber doch keineswegs überaus zutreffend. Es wird meinem Mandanten vorgeworfen, daß er nicht gehindert habe, daß

Herr Lecointe zu einer Jagd in Liebenberg

eingeladen wurde. Dafür fehlen aber doch alle Prämissen. Fürst Eulenburg hat doch diesen Herrn als Gastgeber eingeladen, dafür kann doch mein Mandant die Verantwortung nicht übernehmen! Es wird so dargestellt, als ob Se. Majestät nicht anders handeln, als unter fremdem Einfluß. Ein jeder weiß doch, daß Majestät seine Beschlüsse wahrhaftig sehr selbständig faßt. Es ist gar nicht bewiesen, daß hier irgendwelche Einflüsse politischer Art im Spiele seien. Herrn Lecointes Charaktereigenschaften sind doch ausschließlich Sache der französischen Hofschafft. Solange Herr Lecointe in der französischen Hofschafft ist, kann man doch gewiß mit ihm verkehren. Die französische Hofschafft wird wissen, ob sie einen Mann, der angeblich nicht würdig ist, in seiner Stelle belassen will. Bezüglich des Grafen Hohenau ist keineswegs erwiesen, daß mein Mandant etwas gewußt hat. Was in aller Welt haben denn nun eigentlich diese Dinge,

**diese angebliche Verberktheit mit der Politik zu tun?**

Wenn jemand auf dem Standpunkt steht, daß derjenige, der etwas feminin beantragt ist, absolut nicht für politische Geschäfte paßt, daß dies ein Unglück ist, so läßt sich eine solche Haltung verstehen. Aber Herr Harden steht ja, wie wir auch von Dr. Girschfeld hören, nicht auf diesem Standpunkt. Er hat in seinen Artikeln unter Berufung auf Friedrich den Großen, Michelangelo und andre große Männer die Meinung vertreten, daß diese Männer durch ihre homosexuelle Veranlagung nicht gehindert wurden, hervorragend tüchtige Politiker und Künstler zu sein.

Weshalb denn hier nun plötzlich soviel moralisches Wehklagen bei dem Beklagten dafür, daß der eine oder der andre insolge seiner homosexuellen Veranlagung ungeeignet sei zur Politik. Weshalb? Ja, mit politischen, sachlichen Mitteln konnte Herr Harden seinen Zweck, den Fürsten Eulenburg zu verdrängen, nicht erreichen. Da griff er zu dem Mittel, diese angeblichen Verberktionen zu benutzen und damit dem Mann und die mit ihm zusammen waren, unmöglich zu machen. Fabelhaft glücklicher Gedanke. Fürst Bismarck hatte ihm ja gesagt, Eulenburg sei Päderast.

Das fiel ihm jetzt ein: halt, damit kann ich den Mann jetzt stürzen. Aber wenn der eine gestürzt werden sollte, wollte er auch den Freund mit stürzen. Deshalb mußte auch der

**ganz unpolitische Mollke**

mit hineingezogen werden. Nun trifft sich das so glücklich, daß zufällig der französische Botschaftsrat Lecomte in Liebenberg zu einer Jagd eingeladen und dort Sr. Majestät vorgestellt wurde. Schließlich wird der Graf Hohenau hineingebracht, der mit den übrigen Herren nichts zu tun hat.

Wir sehen, wie fein die Intrige eingefädelt ist. (Harden lacht.) Es muß ein Kreis konstruiert werden, der nicht existiert, der aber die Idee der Verberktheit stärkt. Nicht irgendwelche politischen Gesichtspunkte hat Herr Harden hier vorgebracht. Er würde diesen Wortwurf nicht erhoben haben, wenn er nicht

**auf der Seite derjenigen, die für „Weltbrände“**

waren, sondern wenn er auf Seiten derjenigen gewesen wäre, die auf Seiten des Weltfriedens waren. Ich glaube, auch der Weltfriede hat doch gewisse Meriten (Verdienste). Harden hätte neben seinem politischen Zweck auch einen kleinen Neben Zweck und konnte bei dieser Gelegenheit erreichen, den Grafen Mollke zu vernichten, gegen den er während des Ehecheidungsprozesses interessiert war. Die Tafelrunde ist verschwunden, nichts ist davon übriggeblieben im politischen Sinne.

Ich will noch kurz die Frage der Verjährung streifen. Eine Verjährung liegt nicht vor, sondern eine fortgesetzte Handlung. Die Artikel bilden gewissermaßen eine Nebenaufgabe, deren Lösung zuletzt gefunden wird. Wenn Sie sich im Gegenstand zu aller Welt der Ansicht nicht anschließen, daß § 186 vorliegt, so bleibt doch noch Verleumdung im Sinne des § 185 übrig. Herr Harden hat

**meinen Mandanten verhöhnt und lächerlich gemacht**

durch Anwendung von Worten wie „der Süße“, „Grüppchen“ und so weiter. Ich hoffe, daß Sie sich nicht so ipokieren von der allgemeinen Auffassung und auch annehmen, daß es sich nur um eine pläjägere Veranlagung handelt. Eine psychische Analyse des Privatklägers hat nichts mit der Frage zu tun, ob § 185 vorliegt. Herr Dr. Girschfeld ist nun als Sachverständiger über die Analyse gehört worden. Dr. Girschfeld vertritt doch eine mehr oder minder neue Theorie. Dr. Girschfeld hat im übrigen ein sehr sorgfältiges Gutachten abgegeben, aber was hat er für Unterlagen?

Überall nur die Erklärung der geschiedenen Frau v. Eibel. Ich möchte sehen, wenn Sie aus dem intimsten Eheleben alle Ausdrücke an das Licht bringen, die einmal in der Erregung und in der Wut gesprochen werden, ob dann nicht manchem harte Ausdrücke nachgesagt werden können. Ich habe den Beweis angetreten, welche

**hohe sittliche und ungewöhnlich religiöse Auffassung**

mein Mandant von allen Dingen und von der Ehe hat und danach ist es unmöglich, daß er solche Worte gesagt hat, wie Frau von Eibel von ihm behauptet hat. Wenn ein Junggeselle von 50 Jahren eine temperamentvolle Dame von 26 Jahren heiratet, da mögen ja mancherlei Dissonanzen vorkommen. Wir haben für das Gutachten des Dr. Girschfeld keine objektiven Unterlagen. Die kleine Geschichte von dem Taschentuch halte ich für vollständig harmlos, für einen Scherz! Frau von Eibel mag es ja schwer gefallen sein, hier über die intimsten Dinge ihres Ehelebens auszusagen, aber es ist doch auch eigenartig, daß sie die ganzen Ehecheidungsakten einem Publikum zur Verfügung gestellt hat. Wenn mein Mandant auch vielleicht weich und besonders feinfühlig ist, so ist dies doch noch ein großer Unterschied mit jenen Eigenschaften.

Also es fehlen alle Unterlagen, aber auch die ganze Beweisführung Dr. Girschfelds ist nicht schlüssig. Die Freundschaft zwischen meinem Mandanten und dem Fürsten Eulenburg ist eine durchaus reine und ideale. Er ist mit ihm durch gleiche musikalische und schöpferische Bande verbunden, er hat mit ihm in München schon glückliche Stunden verbracht, und wenn er ihn „meine liebe Seele“ nennt, so soll das homosexuell sein? Der eine sagt:

**„Alter Ehe“ oder „alter Dachs“**

Graf Mollke sagt „liebe Seele“. Nichts ist von erotischer Natur erwiesen, nichts ist erbracht, was sich nicht verträglich mit voller Manneskraft. Wenn jemand so dargestellt wird als weiblich und es sich noch um einen Offizier, um den Kommandanten von Berlin handelt, so ist das Verleibend. Wir tranken jetzt daran, daß die Intellektuellen sich immer weniger beteiligen am öffentlichen Leben. Das liegt daran, daß nicht jeder Lust hat, sich nach Verleiben eines jeden Dritten an den Pranger stellen zu lassen. Aber die Intellektuellen haben die Pflicht, daß sie im politischen Kampfe immer anständig bleiben und zusammenhängend wandeln hat, unvollkommenmäßige waren, die verboten werden müßten auf der Haager Konferenz! Was Herr Harden geschrieben hat, ist geeignet, das ganze Lebensglück eines Menschen zu zerstören.

Mein Mandant hat eine Harmonie in sich, die seiner Weltzeit als äußerliche Ehren und vielleicht die Generalisirenden. Wenn auch Herr Harden dem Grafen Mollke weibliche Schwäche vorwirft, so kann ich nur sagen, daß ein Mann, der vor Sedan und Paris im blutigen Kampfe gekämpft hat, der von der Seite sich eine Schutzverletzung und das Eiserne Kreuz geholt hat, ein solcher Mann wird es schon zu überwinden wissen, wenn Herr Harden sagt:

**er sei kein ganzer Mann.**

Ich gebe jetzt einem preussischen Gerichtshof die Ehre meines Mandanten in die Hand. Wählen Sie die Straße, die Ihnen am meisten erscheint. Zeigen Sie dem deutschen Volk, daß ein Gerichtshof noch unabhängig ist, die Ehre eines Mannes zu wahren. Es wurde hier fortwährend gesagt, der Kläger sei zur Erhebung der Klage gezwungen worden. Ich erkläre nochmals: Der Herr Graf Mollke hat unter keinem Zwange gehandelt, er hat als ganzer Mann alles mit sich genommen, was eine Gerichtsverhandlung mit sich bringt. Er hat nämlich alle die großen Unannehmlichkeiten auf sich genommen. Wenn ich auch nicht weiter darüber bin, daß hier Dinge in die Öffentlichkeit gekommen sind, bei denen es besser gewesen wäre, sie wären niemals in dieser Form in die Öffentlichkeit gelangt, so muß ich doch anerkennen, daß dieser Prozeß ein höchstes gerechtes hat. Zeigen Sie nun durch Verhängung einer großen Strafe gegen den Beklagten, daß ein preussischer Gerichtshof in der Lage ist, die in den Schmutz gezogene Ehre eines Mannes wiederherzustellen.

**Es ergreift nunmehr**

**Justizrat Dr. Bernstein**

das Wort: Ich beantrage, den Beklagten freizusprechen. Ich glaube, ich könnte hiermit die Verteidigungsrede schließen. Ich glaube ferner, daß nach den Ergebnissen der Verhandlungen dem nichts entgegensteht, diesem Antrag stattzugeben. Aber ich muß meine Pflicht erfüllen, die darin besteht, die Tatsachen, die die Verhandlung ergeben hat, ebenso zu würdigen, wie dies von Seiten des Herrn Gegners natürlich in anderer Weise geschehen ist. Der Herr Gegner hat zu Eingang seiner Ausführungen wiederholt gesagt: „Ich stelle fest, daß das so ist und das andre so —“ Alles, was der Gegner festzustellen geglaubt hat, so wadelt und wird ewig wadeln. Ich komme zuerst zu der juristischen Seite der ganzen Sache. Als ersten Einwand gegen die Klage erhebe ich den Einwand, daß sie zum Teil verjährte ist. Der zweite Einwand ist, daß, selbst wenn der Beklagte alles das, was der Herr Gegner aus den Artikeln herausgelesen hat, gesagt hätte, was der Gegner aus den Artikeln herausgelesen hat, Herr Harden nicht bestraft werden kann, da ihm der Schuß des § 193 zur Seite steht, denn ich werde darlegen, daß das, was der Beklagte gesagt hat, wahr ist.

**Noch hundertmal mehr ist wahr.**

Berechtigt war er als Staatsbürger dazu, diese absolut wahren Dinge zu veröffentlichen. Was den ersten Einwand anbetrifft, so erkläre ich, daß alles, was vor dem 16. März d. J. veröffentlicht worden ist, nicht mehr zum Gegenstand der Klage gemacht werden kann. Der Gegner hat gesagt, daß er die Artikel nicht verstanden habe. Diese Behauptung ist eine bewusste Unwahrheit! Und ich werde später besonderen Wert darauf legen, dies dem Gericht darzutun, weil ich Ihnen den Mann in dem richtigen Lichte zeigen will, der es gewagt hat zu versuchen, einen deutschen Schriftsteller, der nur die Wahrheit sagen wollte, einen Gefängnis zu bringen. Der Kläger weiß besser als wir alle zusammen, daß alles, was Harden behauptet hat, wahr ist, ja, daß noch manches andre wahr ist, was vorläufig noch gar nicht behauptet worden ist. Ich erkläre, daß sich der Gegner nicht geübt hat, einem preussischen Gericht mit einer

**bewussten Unwahrheit**

zu dienen. Der Herr Gegner hat ferner gesagt, er hätte nur deshalb erst zu spät die Verleumdungsklage erheben können, weil Herr Harden sich so vorzüglich ausgedrückt habe, daß er gar nicht gemeint habe, ob eine Verleumdung vorliegt, und daß man ihn gemeint habe. Wenn das der Fall ist, dann liegt eben keine Verleumdung vor.

Wenn der Herr Gegner die Rede, die er soeben gehalten hat, in voriger Woche, vielleicht am 22. Oktober abends gehalten hätte, so würde ich mich nicht darüber wundern. Nachdem aber sich die Ereignisse in der Verhandlung abgepielt haben, eine derartige Rede zu halten, ist mir mehr als unverständlich. (Mit erregter Stimme.) Wir und jedem andern Menschen ist und bleibt es unverständlich, wie mir einer Spur von sittlichem Pathos irgend etwas für den Grafen Kuno v. Mollke noch vor einem Gericht in Anspruch genommen werden kann. Herr v. Berger, der Direktor des Deutschen Schauspielhauses zu Hamburg, hat mir geschrieben und ist bereit, seine Ausführungen eidlich zu erklären: „Nach dem Erscheinen des Artikels „Nachbild“ — der Hafner und der Süße — habe ich dem Herrn Fürsten Philipp Eulenburg und dem Grafen Kuno Mollke, in deren Interesse und mit deren Wissen ich

**seit Jahren eine Verleumdung mit Harden**

herbeizuführen versucht hatte, gesagt, Harden halte sie für jurell abnorm und glaube, es sei aus patriotischen und physikalischen Gründen notwendig, daß sie aus dem Wortbereich deutscher Politik zurücktreten. Jemande eine Negung persönlichen Colles empfindet Harden gegen sie nicht. Das sagte ich ungefähr am 25. November 1906 dem Fürsten Eulenburg und dem Grafen Mollke. Mindestens seit diesen Einzelgesprächen, nach meiner Ueberzeugung aber sehr viel länger, wissen beide Herren, aus welchen ausschließlichen Gründen Herr Harden sie gelegentlich bekämpft.“ Traut Herr Graf Kuno Mollke dem Herrn v. Berger zu, daß er bereit ist, einen Meineid zu leisten? Oder erachtet er sich endlich zu dem Verständnis, daß es nicht wahr ist, wenn er sagt, er habe die Artikel nicht verstanden. Jetzt hat er den traurigen Mut, seinen deutschen Richtern die Unwahrheit zu sagen. Entweder ist Reichsfürst v. Berger ein zum Meineid bereiter Mann, oder es steht fest, daß Graf Kuno von Mollke dem Gericht seines Vaterlandes, der Reichshauptstadt die

**bewusste Unwahrheit**

gesagt hat. Es liegt kein fortgesetztes Verleiben vor und der erste zur Klage reichende Artikel ist verjährte. Selbst wenn aber der Angeklagte das gesagt hätte, was ihm der Beklagte unterstellt hat, so könnte er den Schuß des § 193 des Strafgesetzbuchs für sich in Anspruch nehmen. Ich möchte den Privatkläger fragen, weshalb er bei der Auszahlung seiner Freunde in München gerade eine Reihe von Namen ausgelassen hat, bezüglich deren wir schließlich auch Anlaß zu Beweis antragen nach der Richtung der früheren Äußerungen. In den Artikeln stand deutlich zu lesen: Herr Lecomte, der Freund von Fürst Eulenburg und Kuno Mollke, ist Päderast. Was mußten denn die Herren tun, als die Angriffe erschienen, wenn sie sich unschuldig fühlten? Klagen! Und

**wenn sie nicht klagen, dann sind sie schuldig!**

Denn für einen Ehrenmann, dem man so etwas nachsagt, gibt es nur eins. Herr Lecomte konnte würgen, aber er mußte vorher einen deutschen Rechtsanwalt mit der Antragsung der Klage beauftragen. In den ersten 5 Minuten, nachdem wir zusammen waren, habe ich Herrn Harden schon gesagt: Die Freunde werden den Mollke vorziehen und ihm sagen: Dir kann man vielleicht nicht viel beweisen, dann haben wir doch wenigstens geklagt.

**So ist es auch gekommen.**

Vor Verleumdungen soll man nicht stehen. Wenn Herr Lecomte nicht allein jenseit Ehrgefühl hat, so hätten ihn die andern als Ehrenmänner dazu zwingen müssen. Der einfache Beweis des Grafen Mollke wäre für ihn die Zeugenerklärung der Herren Fürst Eulenburg, Graf Hohenau und Lecomte gewesen — wenn er sich unschuldig gefühlt hätte. Herr Graf Mollke hatte den Staatsanwalt ersucht, er officio einzuschreiten. Der Staatsanwalt hat es abgelehnt. Bei der Beweiserhebung darüber ist der Kläger in allen Instanzen abgewiesen worden. Ihm wurde überall gesagt:

**„Diese Sache machen Sie gütigst allein!“**

(Heiterkeit.) Ich denke mir, daß die königlich preussische Staatsanwaltschaft, wenn einem Namen, der vor ganz kurzen noch Stadtkommandant von Berlin war, eine Verleumdung gegen die Strafgesetze vorgebracht wird, es für geboten erachtet, die öffentliche Klage zu erheben. Wenn die Staatsanwaltschaft hiervon abgesehen hat, so geschah es wahrscheinlich, weil der Staatsanwalt mit der Sache nichts zu tun haben will, weil sie nicht geeignet ist, die Autorität des Staates dafür einzusetzen. Es gibt allerdings auch noch die Möglichkeit, daß nach Ansicht der Staatsanwaltschaft gar keine Verleumdung vorliegt. Der Kläger ist ein ganz eigenartiger Herr und eigenartlicher Freund seiner Freunde! Er hat einen intimen Lebensfreund, den Fürsten zu Eulenburg. Man sollte es nicht für möglich halten, daß für diesen Graf dieser Palades niemals vor den Richter zu bringen ist. (Heiterkeit.) Fürst Philipp Eulenburg selbst ist nicht, weil er sich vor der Gefährdung seiner Ehre nicht erheben will, und warum er den Zeugen Bollhardt nicht sehen will.

**Alles andre ist Schein, Spiel, Komödie!**

Der Vielfachverleibende, der gestern nur ein Viertelgutachten abgeben konnte, sagt, der Privatkläger sei eine ideale, überhöfliche Natur. Das ist ganz unglücklich! Die ganze Verhandlung hat doch so viel ergeben, daß Graf von Mollke nicht ganz rein ist, und die Charakteristik, die Herr Harden von ihm gegeben, vollständig zutrifft. Ich glaube, ich kann bei nahe die Behauptung aufstellen, daß Herr Eulenburg ein Päderast ist. Das kann man nach dem Zeugnis des Zeugen W. doch wohl annehmen, und Herr Harden ist im Recht, wenn er den Kaiser aus solcher Umgebung befreien will. Es soll der Sänger mit dem König gehen, aber es soll

**nicht der Päderast mit dem König gehen!**

(Heiterkeit.) Charakteristisch ist die Behandlung, die der Privatkläger seiner ehemaligen Frau hier im Gerichtssaal hat angedeihen lassen. Diese Frau als ungläubwürdig hinzustellen, ist ganz ungeheuerlich. Es war die letzte unversehrliche Rettungsmöglichkeit! Wenn er, um sich noch zu balbieren, das behauptet, was er noch hat, gegen einen Mann wie Harden, kräftig verteidigt, so mag das hingehen. Aber eine achtbare Dame, die geschworen hat, ungläubwürdig machen zu wollen, trotzdem er weiß, was es richtig ist, dafür gibt es keinen für den Gerichtssaal würdigen Ausbruch mehr! Wie muß es aussehen im Innern eines Mannes, wie verloren muß jemand seine Sache glauben und

**welchen Charakter muß man besitzen,**

um einem andern Meineid vorzutueren, wenn man genau weiß, daß die erhobenen Vorwürfe wahr sind. Ich habe ja den Brief des Vaters der Frau von Eibel hier vor mir, in dem dieser seiner Tochter mitteilt, daß nach der Meinung des Grafen Kuno von Mollke seine Frau „wie ein Märchen“ an seiner Seite gehen soll. Wer solchen Charakter hat, muß aus der Umgebung Sr. Majestät entfernt werden! Um den deutschen Kaiser sollen und müssen ganze Männer sein, denn sonst kommen wir zu dem vertrockneten Höflingstum im Deutschen Reich, und davor wolle uns der Himmel bewahren. Herr Graf Mollke soll eine „ideale, überschwengliche Natur“ sein! Was soll Europa denken, wenn man so etwas liest! Unser Schiller hat nicht gebichtet, die „Würde der Moselets“, sondern die „Würde der Frauen“. (Heiterkeit.) Der Empörung ist es, daß gesagt werden kann, ein Mann, der die Frauen als Moselets bezeichnet, ist ein deutscher Mann! (Mit lauter Stimme.) Nein! Nein! Nein! Ihre Frauen, unsere Mütter, unsere Töchter sind durch ein solches Wort geschändet! Wenn ein solches Wort von einem Zuhörer seiner Dirne an den Kopf geschleudert wird, dann erhält er eine Ohrspeichel! Nein! Ziehen Sie einen scharfen Grenzstrich zwischen Männern wie Eulenburg, Hohenau, Mollke und den Männern Deutschlands! Dann entsprechen Sie dem allgemeinen Empfinden! Solche Männer in der Umgebung der allerhöchsten Person sind gefährlich.

Man sagt: der Privatkläger und Fürst Eulenburg seien durch ideale Bestrebungen verknüpft. Mögen sie müffieren, so viel sie wollen, aber aus der Nähe des Monarchen sollen sie fortbleiben! Denken Sie an die Taschentuchepisode! Wenn der Privatkläger das ominöse Taschentuch so behandelt hätte, wie seine Frau, und seine Frau lieber wie das Taschentuch, dann hätten wir den ganzen Prozeß nicht. (Heiterkeit.) Ist ein Mann, der seine geistige Nahrung aus den

**Mitteilungen des „Geistes Emanuel“**

schöpft, befähigt und berechtigt, in der Nähe der höchsten Person des Landes, von der das Gesicht des Deutschen Reiches abhängt, einen Einfluß auszuüben? Der Indizienbeweis der Päderastie ist in diesem Prozeß geführt, kein Mensch wird das bestreiten, also können Sie es auch nicht in Ihrem Urteil.

Nur über eins will ich sprechen, und zwar über dasjenige, was Herr Plakmajor v. Gölßen gestern hier gesagt hat. Ich habe nicht geglaubt, daß nach der Vernehmung des Herrn v. Gölßen der Herr Gegner den Mut hat, einem Gericht gegenüber noch zu behaupten, daß der Herr Graf verurteilt hat, sich als unschuldig zu bezeichnen. Das ist ein Wagemut, für den ich eigentlich kein vor Gericht anwendbares Eigenschaftswort finde.

Einige Dutzend Male habe ich im Laufe der Verhandlung an den Kläger die Frage gerichtet: Weshalb sind Sie nicht mehr Stadtkommandant? Ausreden, nichts als leere Ausreden erhielt ich zur Antwort! Als ich das erstmalige Ausreden stellte und der Herr Graf nicht eine ausreichende und aufklärende Antwort gab, war eigentlich schon das Urteil gefällt. Das aber will ich Ihnen hier sagen: wenn mir der Herr Graf antwortet: Das sind militärische Dinge, über die ich nicht sprechen darf, so sage ich, es ist ein starkes Stück, mir so etwas zumuten. Wenn ein Schulbube, der aus der Schule kommt und sich unterwegs geprügelt hat, Ausreden in dieser Form macht, so — na — ich will den Satz gar nicht zu Ende sprechen.

Die bewusste Unwahrheit ist auch in diesem Falle von dem Grafen Mollke gesagt worden. Er weiß ganz genau, daß es nicht „militärische“ Dinge sind; er will nur das Wort nicht aussprechen. Da war der Herr v. Gölßen, den wir gestern hier gesehen haben, ein richtiger Soldat. Glauben Sie mir, es ist Herrn v. Gölßen nicht leicht geworden, das harte Wort hier auszusprechen. Er mußte sagen, daß Fürst Eulenburg wegen homosexueller Dinge aus dem Amte entsetzt worden ist, so unangenehm ihm es auch war. Als dann Herr Plakmajor v. Gölßen auf meine Frage bezüglich des Grafen Mollke antwortete: „Na, es sind ja dieselben Dinge!“ da sagte ich mir, dann ist ja alles erledigt und der Prozeß ist aus. Wenn ich sehe, wie seit Monaten ein deutscher Schriftsteller, der nur seine politische Pflicht getan hat, verprügelt wird mit wissenschaftlichen Unwahrheiten, so habe ich Mühe, mich zu halten.

**Man lüge doch nicht ganz Deutschland an!**

Außerdem ist mein Herr Gegner leider von seinem Mandanten falsch informiert. Von ihm rührt jene in den Zeitungen publizierte Erklärung her, in der es heißt: „Die maßgebenden Instanzen haben sich von der Schuldlosigkeit der erhobenen Verleumdungen überzeugt.“ Der Herr v. Gölßen hat uns das Gegenstück gesagt, und da hat Herr Graf Mollke eine derartige öffentliche Erklärung vom Stapel gelassen. Wollen Sie mir nun bei Frage beantworten: Wer kämpft hier mit unrennen Waffen? Ich muß das Wort sagen, ich kann nicht anders: Wer ist hier derjenige, der lügt!

Fürst Eulenburg hat in der Presse verbreitet, daß der Friederich Herr v. Berger ohne Auftrag von ihm oder vom Grafen Mollke gemerkt habe. Der Herr Fürst Eulenburg erzählt dem deutschen Volk damit

**eine faulstielige Lüge.**

Warum lügen die beiden Herren das deutsche Volk so an. Was die Wahrheit das Befehnis ihrer Schuld wäre? Die Herrn werden doch dem Gericht nicht vorreden wollen, sie hätten bei Erheben unbegründeter Verleumdungen erst einen Vermittler zu Harden geschickt, um ihn zur Einstellung seiner Angriffe zu bewegen. Das dürfen Sie keinem deutschen Gericht vorreden, glaubt höchstens ein Dienstmann, wenn er dafür bezahlt wird. (Heiterkeit.)

**Nun zur Erklärung des Privatklägers über die Gründe seiner Entlassung.**

Graf Mollke behauptet, ein deutscher Mann und Soldat muß sein Amt niederlegen, wenn er angegriffen worden ist, um dann erst zu verteidigen. Wenn jemand verleumdet ist und ein gutes Gewissen hat, dann braucht er kein Amt nicht ohne weiteres niederzulegen. Ist der deutsche Reichsfürst ein deutscher Mann, kein Edelmann, steht er nicht an einer Stelle, jeder Anhauch vergiftend wirken muß? Dieselben Beschuldigungen sind auch gegen den deutschen Reichsfürsten Fürsten Bülow — glaube mit absolutem Unrecht — erhoben worden. Was hat

# 1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 253.

Magdeburg, Dienstag den 29. Oktober 1907.

18. Jahrgang.

## Ein politischer Sensationsprozeß.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Hg. Berlin, 26. Oktober 1907.

### Gardens Verteidigungsrede.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung um 5 Uhr nimmt das Wort der Privatanklagte Garden:

Meine Herren Richter! Sie haben mich in diesen Tagen leidenschaftlich gesehen, vielleicht mitunter mehr, als es angemessen war. Entschuldigend Sie mich einwillen, Sie werden hören, was mich dazu rief. Ich bitte um die Erlaubnis, mich zunächst einen Augenblick, ehe ich auf das Eingehende, was den Kern meiner Schlussrede bilden soll, mit der Erklärung zu beschäftigen, die der Herr Privatankläger vor einigen Stunden gegeben hat, und die geschickt, gut, wirksam jeder nennen muß, der sich nicht blenden läßt, und der nicht zu fragen hat, wie weit jeder Ton aus derjenigen Tiefe kam, die solchen Tönen Resonanz gibt.

Meine Aufgabe als des Ungeheuerlichen ist ruhig zu prüfen: Was ist darin gesagt? Was ist dadurch an dem Ergebnis dieser Verteidigung geübt? Der Herr Privatankläger hat gesagt: Heute ist der Geburtsstag Moltkes. Der Schatten des Mannes schwebt über allem. Das wußte ich von der ersten Stunde dieser Aktion an. Dieser Name und noch eine Reihe anderer preussischer Namen schwebten als Schatten darüber. Ich lasse es dahingestellt, wie weit der Privatankläger eine persönliche Gemeinschaft mit dem großen Marschall, dem Stolz Deutschlands, gehabt hat. Ein Blutsverwandter ist er nicht.

Dieser Marschall Moltke, der dann eines Tages der große Marschall werden sollte, hat eines Tages in seiner Jugend, wie Sie aus seinen Briefen wissen, eine Leiche aus der Ferne nach Deutschland gebracht, die Leiche eines preussischen Prinzen, wenn ich nicht irre, hieß er Heinrich, der Bruder Friedrich Wilhelms 3. Dieser

### preussische Prinz war geschlechtlich pervertiert gewesen

und war deshalb vom Hofe verbannt worden. Und es war ein Moltke, Gelmut der Große väter, der diese Leiche zu retten versuchte; er sollte nicht eine Leiche auf seinen Rücken laden bloß deshalb, weil er, vielleicht selbst in gutem Glauben, den ich nicht angezweifelt habe, jahrzehntlang in seinem Leben mit dieser Leiche, die die ich jetzt als solche ansehe, befreundet war. Es steht doch unzweifelhaft fest, daß die früheren Behauptungen des Privatanklägers, wo nach er erst spät über die wahre Bedeutung der Artikel aufgeklärt worden sei, unrichtig waren. Erst jetzt hat er zugegeben, daß die

### Darstellung des Herrn v. Berger richtig

ist. Warum hat er das nicht früher anerkannt? Wenn man ein alter General ist, sollte man seinem Gegner doch auch zugeben, was nicht zu bestreiten ist. Der Privatankläger sagt: Wie kann man ernstlich einem alten General solche Dinge zutrauen? Nun, Wilhelm von Hohenzollern war ein ebenso alter General wie Graf v. Moltke, und wir wissen, wie tieftrauriges, Entsetzliches sich an seinen Namen knüpft. Wenn der General v. Moltke sich heute als General, als Patriot fragt: Sollten alle Widerwärtigkeiten, die er durchzumachen hatte, trotzdem in ihm den Wunsch aufkommen lassen, daß ein Mann wie der Graf Wilhelm Hohenzollern

### nach weiter vom Kaiser geduzt

werde und der andre Mann noch am Ruder wäre, so meine ich, er muß antworten: es ist gut, daß es so gekommen ist! Der Herr Graf Moltke klagt in beweglichen Tönen über die üble Lage, in die er gebracht worden, sich hier vor Gericht auf Herz und Nieren prüfen zu lassen. In derselben üblen Lage haben sich schon andre nicht unbedeutende Herren befunden: ein Miquel, ein Marschall, und Fürst v. Bülow wird demnächst in dieser Lage sein. Wenn einer etwas gewagt hat in dieser Sache, so bin ich es. Ich hab's gewagt! Und wenn ich auch nicht einen Rock trage mit buntem Stragen, und wenn ich mir meinen Namen selbst gemacht habe, so habe ich doch die Ehre dieses Namens ebenso ernst zu wahren. Was die Entlassung des Privatanklägers betrifft, so dattiert das

### Eingreifen des Kronprinzen

vom 2. Mai, das Abschiedsgesuch des Privatanklägers vom 3. Mai und am 24. Mai ist das Abschiedsgesuch genehmigt. Meine seltsamen Erlebnisse machen mir es schwer, auf den regierenden Herrn eine Hymne zu singen, aber das wird mir doch kein Mensch einreden wollen, daß der regierende Herr die Entlassung eines Generals, der ihm sehr nahe stand und den er mit Beweisen seiner Schuld überhäuft hat, dekretieren wird, bloß weil ein hundsgemeiner Kerl — als der ich ja beschrien werde — ein paar Worte geschrieben habe, die in einer gewissen Sphäre einige Leute bestritten.

Nebenbei bemerkt: Graf Kuno v. Moltke weist den Verkehr in der Adler-Willa mit Entschiedenheit zurück. Habe ich jemals gesagt, daß er in der Adler-Willa mit männlichen Personen Umgang gehabt habe? Es wäre aber doch freundlich von dem Privatankläger gewesen, wenn er mitgeteilt hätte, daß er

### zwei Häuser von der Adler-Willa wohnte

und daß er seine Wohnung vom Grafen Lynar übernommen hat. Ich stehe für eine lautere Sache ein, für mich und meine Gräfin! Ich habe die Artikel nicht geschrieben, und der General v. Moltke in Schmutz zu ziehen. Nein, ich habe ihn davor bewahrt, solange ich es konnte! Die Homosexualität, die eigentlich eine unendliche kleine Rolle in diesem Prozeß darstellt, ist hier in ausgedehnter Weise behandelt worden. Nebenher legt dann eingehend seine Stellung zu dieser Frage dar und verliest einen Artikel der Zukunft, in welchem

### für Aufhebung des § 175 plädiert

wurde. Daran knüpft sich eine historische Klärung der einzelnen Phasen, die schließlich zur Veröffentlichung der Artikel geführt haben, und er betont, daß diese einzig und allein einen politischen Zweck verfolgten, nämlich den Zweck, Leute, deren Einfluß auf den Kaiser ihm verberlich zu sein schien, aus dieser ihrer Position zu entfernen. Aus dem Tagebuch des alten Chlodwig Hohenzollern sei deutlich hervorgegangen, welche

### unheilvolle Rolle Fürst Eulenburg

gespielt habe. Es mußte mich zum Eingreifen veranlassen, daß ein Mann von der enormen, noch heute maßlos unterschätzten Bedeutung des Fürsten Eulenburg solche Gepflogenheiten hat, daß er nicht dulden will, daß sein Freund mit seiner Gemahlin ehelich verkehrt. Ist es normal, daß man

### vom deutschen Kaiser als vom „Liebchen“

pricht? Das sind schließlich mehrere Dinge als die unter Friedrich Wilhelm 4. Da mußte ich sprechen, wenn kein anderer den Mut dazu fand.

All die vom gegnerischen Anwalt aus meinen Artikeln herausgehobenen beleidigenden Andeutungen auf das Geschlechtsleben des Privatanklägers stehen ja gar nicht darin. Baron v. Berger würde, wenn er in diesem Saale als Zeuge vernommen worden wäre, auf meine Frage geantwortet haben: „er habe am 25. November dem Fürsten Philipp zu Eulenburg Haren Wein eingeschickt, daß Garden ihn für einen Mann von abnormer Sexualität hält und es am besten sei, wenn der Fürst von der Bildfläche verschwindet.“

Dann würde ich den Baron v. Berger weiter gefragt haben: Und was hat der Fürst darauf geantwortet? und würde die Antwort erhalten haben: Nichts! Dann würde ich weiter gefragt haben: Hat er

irgendwie darauf reagiert?“ und Baron v. Berger würde darauf erwidert haben:

### „Ja, er hat die Augen niedergeschlagen!“

Glauben Sie, ich hätte je den Wunsch gehabt, den Herrn Stadtkommandanten von seinen Posten zu verdrängen? Ich hatte gar kein Interesse daran, ich wollte einen anderen treffen! Für einen Politiker wie Fürst Eulenburg ist es von unschätzbarem Wert, durch einen zuverlässigen Mann alles aus der Umgebung des Kaisers zu erfahren. Es ist bejammert, daß tatsächlich zeitweise täglich von Grafen v. Moltke an den Fürsten Eulenburg solche Briefe geschickt wurden. So also malte sich mir das Verhältnis. Bei dem Moment, wo sich der Fürst Eulenburg zurückzog, war für mich die Person des Grafen Moltke völlig uninteressant. Der Fürst kam zurück und es kamen böse politische Dinge über Deutschland. Da nahm ich die Aktion wieder auf und sagte, die Herren möchten sich zurückziehen. Die Bemerkungen waren nur verstanden worden von dem Fürsten Eulenburg und dem Grafen Moltke. Sehr bald nach diesen Kritiken begann dann die Aktion des Kronprinzen, denen Vorträge folgten, darunter eine dreistündige Unterredung des Kaisers mit Herrn v. Hülsen-Gaeseler. Keiner der Herren, die in meinen Hefen genannt waren, ist auf seinem Posten geblieben. Ich kannte alle die Dinge, um welche es sich handelt, ich hatte ja die Briefe nicht nur der Frau v. Olse, sondern auch des Vaters und der Mutter, ich hatte alles schwarz auf weiß in meinem Schreibstisch, die öffentliche Akten und hätte doch

### tausendfach mehr veröffentlichen können,

als ich veröffentlicht habe. Was die Haltung der Staatsanwaltschaft betrifft, so glaubt doch der Privatankläger im Ernst nicht, daß die Staatsanwaltschaft dem Garden im Grunewald zuliebe von der Erhebung einer öffentlichen Anklage abgesehen hat — nein, die Staatsanwaltschaft hat eine Verteidigung überhaupt nicht in den Artikeln gefunden, und wenn eine solche vorhanden sein sollte, sich nicht damit befassen wollen. Ich habe auch keine mächtigen politischen Hintermänner, sondern pflege selbst für mich einzustehen und selbst das zu tun, was ich für richtig finde.

Ein paar politische Worte will ich noch hinzufügen. Es ist hier erzählt worden, was Fürst Bismarck über den Fürsten Eulenburg gesagt hat, an dessen Sturz der letztere auch nicht ganz unbedeutend war. Wodurch ist diese große weltgeschichtliche Tragödie entstanden? Ich habe tagelang von früh bis spät bei dem Fürsten Bismarck gewohnt. Ich sage es hier ganz offen: Fürst

### Bismarck war einer der schlechtesten Menschenkennner,

den es je gegeben hat! Ah, ich sehe, Herr Justizrat Gordon macht sich sofort eine Notiz, er wird nun sagen: also kann er sich auch bezüglich des Fürsten Eulenburg geäußert haben. Ich erwarte dies ruhigen Herzens. Dieser schlechte Menschenkennner, der fast in allem sich getäuscht hat, dieser kraterhafte Mann hatte sich auch in der Natur des dritten Kaisers getäuscht, und der psychologische Hauptgrund zu dem Sturz Bismarcks war, daß der Kanzler dem jungen Herrscher zwar ehrerbietig, aber

### kräftvoll vor Zeugen sachlich entgegenzutreten wagte.

Neben der Persönlichkeit des vorwärtsstrebenden Monarchen war ein Grippchen, das eigentlich große Ziele für das Deutsche Reich nicht verfolgte, aber auch nicht unterlandsverräterische natürlich, das aber in seiner Weise doch nur ganz kleine Stappen vorrückte und vor allem den Wunsch hatte, in richtigen Dingen zu stehen und den Herrn bei guter Laune zu erhalten und ihm nicht lästig zu werden durch Widerspruch. So hat Bismarck ganz ungeheure Schwierigkeiten dadurch gehabt, daß seiner durchaus männlichen offenen Art entgegenstand dieses sehr hümmelnde Wesen der andern Seite. Der

### zweite Kanzler ist in Liebenberg gekürzt worden,

der dritte war Hofenlohe. Dieser alte Herr ist so weit gekommen, daß er schämte, wenn der Name dieses Eulenburg auch nur genannt wurde. Der vierte Kanzler, der noch im Amte ist,

### Kanzler geworden durch den Fürsten Eulenburg.

Bülow war Botschafter in Rom und Fürst Eulenburg war Botschafter in Wien und wollte Bülow zum Kanzler machen. Hier in diesem Hause ist der damalige Staatssekretär Marschall unterlegen in der Tausch-Affäre, einer Affäre, über die der Herr frühere Botschafter in Wien, wenn er uns die Ehre seiner Anwesenheit geschenkt hätte, genötigt gewesen wäre, sehr viele Sachen mitzuteilen. Marschall war nicht mehr möglich, aber Fürst Eulenburg ist, trotzdem er eng verwickelt war in diese Angelegenheit, noch stark genug gewesen, den Nachfolger selbst zu kreieren. Er ersah dazu den Bülow in Rom. Bülow wollte nicht; er hatte eine italienische Gemahlin, die ihn zu Eulenburg, aber dort war nichts zu machen. Ich erwähne das ausdrücklich, da es beweist, daß es tatsächlich eine offizielle Funktion gab, die die Sache machte. Die Frau fuhr nicht nach Berlin und stellte Wajakst die Sache vor, sondern nach Wien und hat Eulenburg, er möchte sie in Rom lassen. Eulenburg sagte: Bernhard muß nach Berlin! — die Herren buzten sich ja auch. Als sie meinte: Tun Sie's doch lieber! sagte Eulenburg: Nein,

### ich will Könige machen, aber nicht König sein!“

Das ist einer dieser Fälle, von denen ich Ihnen eine ganze Reihe aufzählen könnte. Auch dieser vierte Kanzler ist in Todfeindschaft geraten mit dem Manne, der ihn freier hatte. Auch dadurch geht ein tiefer, äußerlich kaum verhüllter Haß

Hier Kanzler haben es versucht, seinen Einfluß zu beseitigen, es ist ihnen nicht gelungen. Ich habe den Versuch auch gemacht. Er ist nicht mir gelungen, aber ich habe mitgewirkt, daß es geschehen ist. Ich habe mitgewirkt dazu, daß heute Fürst Eulenburg keinen politischen Einfluß mehr hat; daß der Herr Botschafter Comte nicht mehr in Berlin ist. Ich glaube nicht, daß er meine Stadt wieder betreten wird. Gatten Sie das für ein nationales Glück oder für ein nationales Unglück. Ich halte es für ein Glück. Wissen Sie, was geschehen war, wissen Sie, daß wir

### unmittelbar vor einem Kriege standen,

mit zwei Nationen?

Wissen Sie, warum wir zu der Marokko-Affäre kamen? Gatten wir da etwas zu suchen, haben wir je daran gedacht, in Marokko Eroberungen zu machen? Bülow selbst hatte im Reichstag gesagt, daß wir daran nicht denken. Bismarck hatte gesagt: Laßt die Franzosen Marokko nehmen, um so sicherer sind wir im Schlaf. Was ist hier geschehen? Die allerhöchste Person in Deutschland ist in den Glauben versetzt worden, in Frankreich sei die Stimmung so weit gebrochen, daß eine offiziell sichtbare, deutlich ostentativ bezeichnete Verjüngung stattfinden könne. In Frankreich waren gewisse Leute zu dem Glauben gebracht worden, Deutschland sei so weit gebracht, daß es nachgeben oder gewisse Konzessionen machen werde, daß es vom französischen Frieden etwas nachlasse. Der Präsident der französischen Republik war aufgefordert worden, ein Zusammenreffen mit dem Deutschen Kaiser an der italienischen Küste zu haben. Und als diese Möglichkeit sich im letzten Moment als Unmöglichkeit erwies, da empfand man das hier als eine Brüstung, weil man

getäuscht worden war über die Stimmung in Frankreich. Durch wen? Durch den Freund des Schloßherra von Liebenberg — Comte.

In dieser Sache ist alles fast abenteuerlich, was mein Erleben betrifft. Die Tatsache, daß der Herr Comte in Liebenberg mit dem Kaiser zusammengetroffen ist, ist eigentlich ein Unikum, denn die Staats- oberhäupter verkehren nur mit den Chiefs der Messias und nicht mit den Botschaftern. Diese Tatsache des Zusammenstehens des Monarchen mit dem Botschafter Comte habe ich nicht von Hofstein erfahren, sondern er von mir. Ich habe es erfahren von einem Freund des Fürsten Eulenburg, von einem Ritter des schwarzen Adlersorden. Dieser Herr sagte, so schlimm sind die Sachen in Liebenberg gar nicht, die Herren unterhalten sich dort nur über Kunst und französische Architektur und als S. M. mit „Phil“ und Comte im Garten ein paar Stunden spazieren gingen, wurde nur über Kunst gesprochen. Mit Comte? fragte ich: Ja, S. M., „Phil“ und Comte! Es war mir schmerzhaft, das zu hören. Das ist eine ganze langnachwirkende

### Marokko-Affäre durch eine Täuschung entstanden ist,

durch eine Täuschung der maßgebenden Stelle über das, was heute schon in Frankreich möglich ist. Wir haben nur das einmal Grobrote nicht wieder aufzugeben. Man hat hier viel zu früh geglaubt, erster zu können. Eine zweite solche Täuschung ist in der Zeit der Konferenz geschehen, und es hat 3/4 Monate gewährt, daß zwei Politiken in Deutschland verfolgt wurden, deren eine nichts von der andern wußte; eine Politik der allerhöchsten Person und eine Politik des Kanzlers. Es hat einen Moment gegeben, wo der Botschafter der französischen Republik zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes sagte: Was Sie da erzählen, ist ja interessant, aber

### Der Kaiser denkt ganz anders.

Woher wußte es der Botschafter? Von seinem Botschafter. Weil ich finde, daß dieser Mann ganz ungeheuerlich lange Botschafter an einer Stelle war, weil er seiner Regierung hier unschätzbare Dienste leisten konnte, weil ich wußte, daß daraus Dinge entstehen mußten, die dem Deutschen Reich sehr schädlich würden, darum gehört dieser Mann in die Gruppe. Er ist ein ganz intimer Freund des Fürsten Eulenburg von München her, und wenn der andre intime Freund so nahe seinem Kaiser steht, so kann ich, wenn ich auch nicht an seiner guten Absicht zweifle, das nur für ungeheuer schädlich für das Deutsche Reich halten. Es war auch nötig, darauf hinzuweisen, daß diese Persönlichkeiten Abweichungen von der Norm zeigen. Das gibt eine Gemeinschaft, die dem andern nicht sichtbar ist; das gibt eine Verbindung, von der der andre, der entscheidende nichts ahnt.

Deswegen brauche ich gar nicht von Paderborn zu sprechen, ich habe das auch nicht getan. Ich habe nichts weiter getan, als daß ich die Grundform des Wesens eines zusammenhängenden Geschehens objektiv unteilbar wärend bezeichnet habe. Das, was ich in dieser Beziehung erweisen wollte, habe ich erweisen, und was ich nebenbei in sequell-pathologischer Beziehung zu erweisen hatte, ist hier auch erweisen. Das Verfahren hier hat doch einen merkwürdigen Verlauf genommen. Von allen Zeugen, die ich zu meiner Entlastung vorgeladen habe, sind ja die meisten nicht erschienen. Ich habe nicht die obigen Dinge an die Öffentlichkeit gezogen, die widerwärtigen Dinge, die jetzt schon jeder weiß; daß sich schon ein ganzer Soldatenstich bei den Betten entwickelt hat, daß

### ganze Kavallerieregimenter verfeucht

sind, daß dem Minister von Bethmann-Hollweg — dem Polizeiminister! — unsittliche Anträge gemacht werden konnten.

Wird gingen alle diese Dinge gar nichts an: ich habe nach meinen besten Kräften nur dazu mitzuwirken gesucht, eine schädliche politische Entwicklung abzumenden. Nun ist mein Hauptzeuge, der Fürst Eulenburg, ausgeblieben. Wertwärdig,

### er ist immer todkrank,

wenn es sich um heikle Dinge handelt. Er war krank, als er im Tausch-Prozeß zugesehen sollte; er war krank, als Baron Berger in Unterhandlungen eintrat und ich jetzt wieder krank. Ich hätte warten können, bis der Zeuge Fürst Eulenburg als Zeuge hier erscheinen kann, aber was hier zu erweisen war, ist erweisen worden!

Nach dem ersten Tag der Verhandlung mußte ich sagen, morgen muß doch Graf Moltke aufstehen und sagen: ich selbst bin unschuldig, aber ich muß anerkennen, daß dieser Garden, der seit fünf Jahren alles weiß und davon keinen Gebrauch machte, hier nicht die Absicht hatte Standal zu machen, sondern daß er als Politiker mit seinen Kritiken einen Zweck verfolgte, der von seinem Standpunkt aus berechtigt erschien. Da ich Christ, Edelmann und ein Moltke bin, will ich ihm nicht den unberechtigten Vorwurf machen, er habe hier nur verkleumden wollen. Ich nehme deswegen die Klage zurück.

Die Argumente des Privatanklägers, daß er General ist und 40 Jahre treu gedient hat, sind ja nicht zu bestreiten, aber an höchster Stelle hat man ihn trotzdem seines Postens entbunden. Nicht in derselben Weise wie die andern. Man hat ihm die Uniform gelassen, und ich bin der Letzte, der dafür wirken würde, daß er sie ansieht. Es gibt einen Kreis von Personen, ich kenne ihn ganz genau und könnte ihn hier im Gerichtssaale nennen, der das wollte, aber „oben“ hieß es: Eulenburg weg, Hofenau ganz weg, gegen Moltke liegt nichts Bestimmtes vor, aber wir müssen ihn zur Disposition stellen und er soll seine Integrität nachweisen.

### „Gereinigt oder gefeignet!“

Diese Worte sind an höchster Stelle gesprochen worden. Und wenn ich in dieser Sache ein Verdienst habe, so will ich das am Ende sagen: Was wäre denn geschehen,

### wenn eines Tages alles im „Vorwärts“

stand, alle diese Sachen, ich will's nicht ausmalen, und mein Verdienst ist sehr groß an der Sache. Mein Verdienst ist nämlich dieses, daß der „Vorwärts“ nicht zuerst eingegriffen hat. Der erste, der eingegriffen hat, das war der deutsche Kaiser, der hat gehandelt, bevor die Sache an die Öffentlichkeit kam, und der die Dinge solange der Öffentlichkeit vorenthielt, das ist Ihr ergebener — und das ist mein Verdienst allerdings. Und wenn Sie vom Ausland sprechen, so ist mir das ganz gleichgültig. Das Ausland kann, wenn es gerecht und vernünftig urteilen will, nur sagen: Deutschland ist ein Land wie andre, da kommen solche Dinge auch vor. Aber es muß sagen: Donnerwetter, es sind doch Kerle; der erste, der eingriff, war der Kaiser, und der ihn dazu angeregt hat, das war sein erstgeborener Sohn, der Kronprinz.

Als heute mittag der Kronprinz hier vorbeifuhr und von der Menge jubelt wurde und einige Leute so geschmacklos waren, zu rufen

### Hoch der Kronprinz! hoch Garden!

da fierebe dennoch etwas in mir, in dem Bewußtsein, daß ich an dem Verdienst, diese Zustände aufgedeckt zu haben, nicht unbeteiligt bin. Vor 13 Jahren hat hier der Landgerichtsdirektor Schmidt gegen mich ein Urteil gefällt, in dem es hieß, es gibt auch eine andre Art, dem Kaiser zu dienen, als ihm immer zu Füßen zu liegen, indem man ihm die Wahrheit sagt. In diese Erkenntnis habe ich mich die ganzen Jahre gehalten. Ich glaube, ich bekomme noch ein zweites solches Urteil (Bravovorte und Söhnen im Zuschauerraum).

Der Vorsitzende schließt hierauf die Sitzung mit der Mitteilung, daß die Urteilsverkündung Dienstag vormittag 10 1/2 Uhr stattfinden werde. —

# Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 28. Oktober 1907.

## Nationalliberales Panama.

Wenigen Wochen sind zwei Mitglieder des nationalliberalen Parteivorstandes vor der Öffentlichkeit schwer kompromittiert worden. Der Regierungsrat Professor Leidig mußte sich in der „National-Zeitung“ von einem Vorstandskollegen den Vorwurf machen lassen, er vertrete die Interessen der nationalliberalen Partei nur insoweit, als sie sich mit denen seines Brotgebers, des Zentralverbandes der Industriellen, deckten — nämlich im Kampfe gegen die sozialdemokratische Arbeiterbewegung. Herr Leidig hat diesen Vorwurf ruhig auf sich sitzen lassen, und man hat bisher kein Wort davon gehört, daß er aus der nationalliberalen Partei oder auch nur aus dessen Vorstand ausgeschlossen sei.

Der Fall seines Vorstandskollegen Geld ist noch viel schlimmer. Herr Geld, Mitglied des Reichstags und des Landtags, ist vor Gericht verbrecherischer Handlungen, des Diebstahls, des Betrugs und der Erpressung überwiegen worden. Herr Leidig mit diesem gerichtlichen Urteil, das ihn auf eine Stufe stellt, fällt uns natürlich nicht ein. Trotzdem erkennt man an beiden Fällen eine verzweifelte Nihilistik, wenn man die näheren Umstände betrachtet, unter denen Geld seine Erpressung verübt hat. Geld, der bei einem Kohlengeschäft Geld verloren hatte, gab einem Kaufmann Flemming die Schuld an diesem Verlust und forderte von ihm 20000 Mark. Diese Forderung begleitete Geld mit der brieflichen Mitteilung, er werde Flemming im Weigerungsfalle beim Kohlenyndikat denunzieren, daß er entgegen dem bestehenden Vertrag zur Gründung jenes Kohlenyndikats beigetragen habe. Damo fliege Flemming aus dem Syndikat hinaus. Der Abgeordnete Silber trage sich mit dem Gedanken, sein Mandat niederzulegen, dann werde er, Geld, der parlamentarische Vertreter des Kohlenyndikats im Reichstag auf, und Herr Geld trat an seine Stelle. Der Kaufmann Flemming aber zahlte dem nationalliberalen Reichstagsabgeordneten, Zentralvorstandsmitglied und parlamentarischen Vertreter des Kohlenyndikats Geld aus Furcht vor der Vernichtung seiner Existenz 14000 Mark!

Im Zentralvorstand der nationalliberalen Partei sitzen also zwei Leute, von denen der eine öffentlich von einem Vorstandskollegen als Agent des Scherjans bezeichnet wird, während der andere sich selber rühmt, im Parlament die Geschäfte des Kohlenyndikats zu besorgen. Wenn sich in diesem Milieu der parlamentarischen Korruption schließlich auch das Verbrechen läppig entwickelt, wie der Fall Geld klar gezeigt hat, so ist das kein unglücklicher Zufall, sondern eine sehr begründete Folgeerscheinung. Wer den Ruch hat, sich vor dem Volke als Vertreter allgemeiner Interessen aufzuspielen, während er in Wirklichkeit nur die Geschäfte einer kleinen übel angelegenen Kapitalistenclique besorgt, beweist damit einen Grad sittlicher Minderwertigkeit, der ihn schließlich zu allem fähig macht.

Das „Berliner Tageblatt“ deutet an, daß diese nationalliberale Geldengeschichte mit dem neuesten Fall noch nicht erledigt sei. „Wir besorgen“, schreibt es, „daß noch über manchem Abgeordneten ein Damoklesschwert an einem dünnen Faden hängt, und daß es nur einer Papierfächer bedarf, um diesen Faden zu durchschneiden. Vielleicht hilft schon dieser Hinweis, um die Atmosphäre etwas zu reinigen.“ Hilft er aber nicht, so wird das „Berliner Tageblatt“ wohl et was deutlicher werden müssen.

Herr Geld ist bisher noch nicht berufen worden, seine politischen Ehrenämter niederzulegen. Weiß er zuviel?

## Die Wirtschaftskrise in den Vereinigten Staaten.

Die wirtschaftliche Krise, die vermeintliche Sinken der Kapitalistischen Gesellschaft, hat in Amerika, dem Lande der Trübsal, in denen einzelne Wirtschaftskrisen die übrigen Vorbeugungsmittel krisenhafter Schwächen erschluden wollten, sich fast über Nacht mit allen ihren Schrecken offenbart. Einer noch nie dagewesenen Konjunktur war in Amerika, wie bei uns, eine Periode drückender Geldnot gefolgt. Die Maßnahmen dieser Kamalität äußerten sich in Kursstürzen, Einschränkung der Spekulation und Zusammenbrechen einzelner Gesellschaften, doch ernste Folgen des eingetretenen Konjunkturrückgangs wurden einzig bestimmt, nur eine Ermattung wurde konstatiert, der bald wieder die Erholung folgen sollte.

Da brach am Ende voriger Woche einer der in der Spekulation gehirrenden „Könige“, August Heine, zusammen. Der Kupferbaron, dessen Verschönerung nicht zuletzt seine Schuld war, begab sich. Ein Stein war ins Rollen gekommen und ging als Lawine nieder. Heine's Tod ist die ihm nahegehende Bankfirma Otto Heine & Co. mit; ihr folgten schnell eine Reihe kleinerer und mittlerer privater Bankfirmen, dann brach eine paatliche Sparbank zusammen, und Schlag auf Schlag fielen hier der angehenden Kenner'scher Banken ihre Zahlungen ein. Es waren das die National National Bank, die National of North America, die New-England Bank und die Knickerbocker Trust-Company.

Die Nachricht von der Zahlungsunfähigkeit der letztgenannten Bank tief panische Erregung in New York hervor, ihre Aktien wurden beherrmt, Polizeigewalt wurde gegen das Schmelzen gelber zurückfordernde Publikum ausgeübt. Die Knickerbocker Bank gehört zu den vornehmsten Bankfirmen New Yorks, die ihr amerikanische Depositionsgelder werden auf etwa 100 Millionen Dollar geschätzt. Die Großbanken unter Leitung des Millard's Morgan begannen mit Unterstützung des Schmelzen sofort eine Geldaktion, man versuchte den Ansturm des Publikums auf die Kassen anderer Banken durch beruhigende Erklärungen zu verhindern. Dieses Verfahren ist bisher launig geblieben. Die Trust-Company von Amerika sah sich trotzdem einem Ansturm der

Deponenten ausgesetzt. Die Knickerbocker-Bank wurde geschlossen, der größte Teil der deponierten Gelder gilt als verloren.

Bisher hatte die Krise sich auf die Banken erstreckt, am Mittwoch jedoch gestaltete sich die Bankkrise zur allgemeinen Wirtschaftskrise. Die Westinghouse Electric und die Westinghouse Machine Company sowie die Security Investment Company stellten ihre Zahlungen ein und wurden unter gerichtliche Verwaltung gestellt, auch für die Kernst Lamp Company wurde die Zwangsverwaltung verlangt. Verheerend wie eine Sturmflut brach die Katastrophe herein, schon sind die stolze Unternehmungen zusammengebrochen, unabsehbar sind die Opfer, die sie noch verlangen wird. Die Pittsburger Börse ist geschlossen worden. Die New Yorker Börse verlief erklärlicherweise stürmisch, die Banken ziehen alle nur erreichbaren Außenstände ein, für ein Darlehen von 200 000 Dollar mußte ein Zinssatz von 90 Prozent bewilligt werden, die Zinssätze schwanken zwischen 40 und 70 Prozent.

Die deutsche Presse steht dem amerikanischen Krach ziemlich ratlos gegenüber, sie stimmt die alte Leier von grandiosen Schwindelen und den blutigen Ausschreitungen wieder an. Sie verzögert dabei, daß diese Dinge keine Sondereigenschaften der amerikanischen Spekulation sind, die Geschichte der letzten Krise in Deutschland liefert den handgreiflichen Beweis dafür. In dem großen Amerika haben sich die Produktivkräfte riesenhaft entwickelt, die Spekulation entsprach dieser Dimension und der Konjunkturrückgang ließ den Zusammenbruch einschleichen und der Konjunkturrückgang ließ den Zusammenbruch einschleichen und der Konjunkturrückgang ließ den Zusammenbruch einschleichen. Die Kontrolle der amerikanischen Banken ist viel schärfer als die in Deutschland geübte. Mehrere der genannten amerikanischen Banken brachen nicht infolge begangener Schwindelen zusammen, sondern unter dem Ansturm ihrer Kunden, die die ihnen anvertrauten Gelder plötzlich zurückforderten. Solch einem Ansturm wäre auch manche nicht amerikanische und vorzüglich geleitete Bank nicht gewachsen. Es ist deshalb müßig, Beginn, sich über die Schuld des einzelnen Spekulanten an dem Krach in peinlichen Untersuchungen zu ergehen. Amerika ist von einer gewaltigen Krise heimgegriffen.

## Aus der Parteibewegung.

**Ein voller Sieg.** Unsere Genossen in Masmünster im Ober-Rhein, die im ersten Wahlgange der Gemeinderats-Wahl am Sonntag vor acht Tagen zwei Mandate eroberten, gelang es in der Nachwahl am letzten Sonntag auch die vier noch zu besetzenden Sitze zu gewinnen. Nimmehre sitzen sechs sozialdemokratische Vertreter im Gemeinderat. Das Resultat erregt nicht geringes Aufsehen.

**Die Sozialdemokratie im Kanton Uri.** Während die Sozialdemokratie in der Schweiz von den „Patrioten“ auf der ganzen Linie mit aller Mächtigkeit und in der perfidesten Weise bekämpft wird, vollzieht sie unaufhaltsam die Eroberung weiterer Volksteile. So ist jetzt auch in dem vorwiegend landwirtschaftlichen und freidenklichen Kanton Uri eine autonome sozialdemokratische Partei gegründet worden. Man hofft auf wenigstens 1000 Stimmen am 3. November gegen die Militärvorlage.

**Aus der französischen Partei.** Die Seineföderation der sozialistischen Partei und Umgebung hat am Sonntag ihren Kongreß abgehalten. Allgemein sah man den Verhandlungen mit gespanntem Interesse entgegen, sollte der Kongreß doch Stellung zu den Beschlüssen des französischen und des internationalen Kongresses und zu der Haltung verschiedener Mitglieder des rechten Flügel der Partei nehmen. Es muß in Verdrüssigung gezogen werden, daß in Paris alle Tendenzen der Partei, wie sie sich aus der Zeit vor der Einigung erhalten haben, vertreten sind.

Da sind die Blanquisten mit ihren alten Neigungen zur revolutionären Vorkriegszeit, von denen ein Teil mit andern aus dem anarchistischen Lager übergekommenen sich um Herbeigruppieren. Dann haben wir die früheren Possibilisten, dann die Allemanisten, ohne Partei, revolutionäre Föderalisten, die im gewöhnlichen Leben „gute Kerle“ sind und heute ganz im Schlepptau der Anarchisten und Herbeigruppieren. Dann die in Paris verhältnismäßig schwach vertretenen Guesdisten, die Marxisten der Partei, mit ihrer sich stets gehobenen, jeden Kompromiß ablehnenden Klassenkampf-Taktik, und schließlich allerhand andre eingeprengte Splitter, wie sie der revolutionäre Gegenstand von Paris zusammengebracht hat. Seit und schon vor dem Kongreß von Limoges gab es eigentlich nur mehr zwei Richtungen: die Guesdisten und die — Antiguésdisten. Die Guesdisten hatten vor den 33 Stimmen der Seineföderation auf dem Kongreß von Nancy als Minorität nur fünf Stimmen, während „die Minorität der Majorität“, die eigentlichen Verwechslungen, zehn Stimmen hatten. Die Allemanisten waren in der Blanquistischen Majorität untergetaucht und die Possibilisten waren vollständig an die Wand gedrückt worden.

Die Majorität von Nancy, mit Jaures und Vaillant an der Spitze, hatte den parteipolitisch schwersten Fehler begangen, in den zwei Hauptfragen, der antimilitaristischen Taktik und dem Verhältnis von Partei und Gewerkschaft, eine Einigung mit den Guesdisten zurückzusetzen, um sich die Freundschaft der Anarchisten und „Syndikalisten“, der Konföderation der Gewerkschaften zu erwerben. Die Reaktion konnte nicht ausbleiben.

Die nationale Gebe der letzten zwei Monate hat gleichfalls dazu beigetragen, die Possibilisten wieder auf den Plan zu rufen, die sich nun gegen die Konsequenzen des Faktorens mit den anarchistischen Elementen innerhalb und außerhalb der Partei beschreiben. Zudem waren sie bei der Wahl in die Parteileitung von der Majorität zugunsten der Guesdisten fast gänzlich übergegangen worden. Hätte der Kongreß von Nancy die tatsächliche Einheit der Partei hergestellt, dann wäre uns auch das beschämende Schandstück erspart geblieben, daß Mitglieder der Partei, Abgeordnete und andre in herbeistragender Stellung sich befindende Genossen, den Henegouan'schen Verband förmlich enteigneten und mit ihm bankrottierten. Das geschah aus dem Trostgefühl heraus, nun erst recht ihre eigenen Wege zu gehen, nachdem die Majorität der Partei mit den anarchistischen Elementen verärgert sei. Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß eine derartige Anarchie nicht nur für die Partei sehr gefährlich ist, sondern auch ihre Aktionskraft lähmt.

Auf dem Kongreß am Sonntag trat nun die merkwürdige Erscheinung zutage, daß die kleine Guesdistische Minorität fast zur Hälfte anstößt. In einer entscheidenden Abstimmung, es handelte sich um die Stellungnahme zu dem Reichstag des Stuttgarter Kongresses über das Verhältnis von Partei und Gewerkschaft (gegen den von der Majorität sich erklärte), war das Verhältnis 139 Stimmen gegen 114 und 7 Enthaltungen. Das kam daher, daß die Possibilisten mit ihren alten Widersachern, den Guesdisten, zusammenkamen. In der Frage über das Verhältnis zwischen der sozialistischen und der kapitalistischen Partei wurde eine Resolution angenommen, deren entscheidender Teil folgendermaßen lautet:

„Gänzlich den sozialistischen Welt der Beschlüsse und Kongresse von Limoges, Nancy und Stuttgart und der nationalen und internationalen Aktion der sozialistischen Partei durch die Einmütigkeit der Angriffe der bürgerlichen Parteien konstatieren zu können, nimmt die Seineföderation davon Akt, daß die Sozialisten, nachdem sie sich durch ihre Herrigkeit und Unwahrhaftigkeit herangebracht haben, die Unerschrockenheit haben, auf ihrem Kongreß und in ihren Blättern von Verständigung oder

Bruch (mit der sozialistischen Partei) zu diskutieren, als ob das von ihnen abhängt, als ob eine Verbindung mit ihnen möglich wäre.“

Bemerkenswert ist noch ein Abstimmungsresultat über die junge revolutionäre Garde, die bisher eine autonome Sektion bildete und immer mehr ins anarchistische Fahrwasser geraten war. Es wurde deshalb verlangt, daß sie sich als autonome Organisation auflösen und deren Mitglieder unter die Kontrolle der zuständigen Bezirksorganisationen gestellt werden sollten. Dieser Antrag wurde mit 140 gegen 99 Stimmen angenommen. Die Delegierten der Sektion erklärten darauf den Austritt derselben aus der Partei.

Der Klärungsprozeß innerhalb der Partei, der voraussichtlich zu einer Reinigung und schließlich zu einem taktisch einmütigen Handeln führen wird, hat nunmehr das Wiedererscheinen des „Proletaire“, des früheren Wochenblattes der Possibilisten, gezeitigt. Außerdem wird nächsten Monat unter Leitung von Guesde ein Wochenblatt „Le Socialisme“ erscheinen. Mit dem Herbeigruppieren Blatt „La Guerre sociale“ sind das drei. Neben wir noch „Mouvement Socialiste“, ein früher marxistisches, jetzt syndikalistisches Diskussionsorgan, dann die „Revue Socialiste“, eine von dem (früheren?) Zurestigen Journiere herausgegebene monatliche Zeitschrift, und schließlich das wöchentliche Publikationsorgan der Partei, „Le Socialiste“, dann stehen wir vor einem geradezu beängstigenden literarischen Reichthum. — Weniger wäre mehr.

## Aus der Gewerkschaftsbewegung.

**Streikbrecher sucht die Direktion der Harzer Werke** für ihre Werke in Blankenburg i. H., Zorge i. H. und Sangerhausen mit allen Mitteln zu beschaffen. Die Arbeitsnachweise der Metallindustriellen haben die Unterstützung von Agenten erhalten oder in Anspruch genommen. Die Agenten beziehen pro Kopf der geleisteten Arbeitswilligen 5 bis 6 Mark. Diese Agenten suchen die Herbergen und Landstraßen nach arbeitslosen armen Leuten ab, die überredet werden, die Arbeit bei den Harzer Werken anzunehmen. Es wird weder nach Beruf oder sonstwas gefragt. Trotzdem schon wochenlang über die bestehenden Differenzen bei den Harzer Werken berichtet und um Obacht gebeten worden ist, betreibt sich der „Regulator“ des Gewerkschaftsvereins der Maschinenbauer und Metallarbeiter zur Unterstützung der Firma bei der Anwerbung von Streikbrechern. In Nummer 43 erklären folgendes Inzerat:

**Former und Arbeiter für Formmaschinen, Wieberei-Arbeiter und Wobeltischler** finden sofort dauernde, gut bezahlte Beschäftigung.

Harzer Werke zu Mübeland und Zorge in Blankenburg, Harz.

Es ist ja auch nichts anders vom „Regulator“ des Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaftsvereins zu erwarten.

**Das Arbeitsvertragskomitee.** Die schwedische Regierung hat ein Komitee ernannt, das untersuchen soll, ob mit Rücksicht auf die gewerkschaftlichen Kämpfe eine Gesetzgebung über Arbeitsverträge möglich ist, und wenn die Frage bejaht wird, Vorschläge zu solchen Gesetzen, wie auch zu Veränderungen der geltenden Gesetzgebung machen und außerdem die übrigen damit im Zusammenhang stehenden Fragen erwägen soll. Dieses „Arbeitsvertrags-Komitee“ besteht aus je vier Vertretern der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber und zwei Juristen. Als Arbeitnehmervertreter ernannte die Regierung zwei Sozialdemokraten: die Reichstagsabgeordneten Hermann Lindquist (Vorsitzender der Landesorganisation der Maurer) und Nils Persson (Verbandsvorsitzender der Maurer) sowie einen unorganisierten, in der Arbeiterbewegung gänzlich unbekanntes Landarbeiter und einen Metallarbeiter, der die vom Unternehmerum gebildetste Streikbrecherorganisation „Svenska Arbetsförbundet“ vertreten soll. Dieser „gelbe“ Verband zählt ungefähr 9000 Mitglieder, denen 215 000 Mitglieder der Sozialdemokratie angeschlossen oder nahestehenden Gewerkschaften gegenüberstehen.

Bei der Einigung des Komitees äußerte sich der konservative Staatsminister Lindman recht vernünftig und unparteiisch, wie man es z. B. in Preußen-Deutschland von solchen Stellen nicht zu hören gewohnt ist. Den Arbeiterorganisationen widmete er folgende anerkennenden Worte: „Getrieben von ihrem zielbewußten Streben, ihre ökonomische und soziale Lage zu heben, haben die Arbeiter, in der Erkenntnis der Macht, die einmütiges Handeln gibt, sich immer mehr zusammengeschlossen in Vereinigungen, Fachverbänden, welche in energischer und energischer Weise die Interessen der Arbeiter sowohl in wirtschaftlichen wie in andern Fragen wahrnehmen.“

**Die englischen Eisenbahngesellschaften** wollen absolut von der Anerkennung der Gewerkschaft nichts wissen. Nach der Mübeland-Gesellschaft kommt nun die große Eisenbahngesellschaft mit einem „Manifest“ heraus, das anderthalb lange Spalten der „Times“ füllt und von sämtlichen Tageszeitungen Wort für Wort abgedruckt wird. Das Manifest behauptet, daß die gegenwärtige Bewegung nur eine Folge der von Herrn Bell und dem Gewerkschaftsleiter der Gewerkschaft betriebenen Agitation sei; daß die Eisenbahngesellschaften sich nicht den Forderungen der Angestellten, sondern denen der Gewerkschaften entgegenstellen, was eine ganz andre Sache sei; die größte Mehrzahl der Angestellten wären nicht Mitglieder der Gewerkschaft und wünschten durch die Gesellschaft gegen die Beherrschung und Tyrannie einer unbetonten sozialen Minderheit, die nicht die wahren Interessen der Angestellten, sondern eigene, weitläufige Zwecke verfolgen, beachtet zu werden. In laugen Abschnitten bemüht sich dann das Manifest zu beweisen, was die Gesellschaft alles Gutes getan hätte für die Angestellten. Schließlich wird behauptet, daß die Anerkennung der Gewerkschaft unmittelbar von der Forderung, die „all-große Forderungen“ zu bewilligen, gefolgt sein würde, was jährlich eine Ausgabe von 360 000 Pfund Sterling (7 200 000 Mark) bedeutete und die ohnehin schon niedrigen Dividenden noch um 1/3 Prozent vermindern würde, so daß das ganze System durch Mangel an Kapital gelähmt würde; außerdem würden alle Angestellten bald gezwungen sein, in die Organisation einzutreten und von dieser unterjocht werden. Diese Forderung der Anerkennung sei die erste Bewegung in einem schon längst ausgedachten Feldzug, der nicht allein von der Amalgamated Society of Railway Servants, sondern von den sozialistischen Mächten geführt würde, welche auch andre Gewerkschaften gegen den Individualismus und das Kapital trieben. Damit ist die Bewegung auf dem besten Wege, die Form eines Kampfes gegen den Sozialismus anzunehmen, was augenblicklich in England gar nicht zu verwundern ist.

Die vom Handelsminister einberufene Privatkonferenz fand am Freitag statt. 31 Eisenbahndirektoren waren vertreten. Wie vorausgesehen war, ist die Konferenz ohne Lösung der Frage auseinandergegangen. Offiziell ist zwar nur bekanntgegeben, daß eine weitere Konferenz stattfinden wird. Der „Evening Standard“ will aber aus guter Quelle wissen, und die Central News“ sowie die gesamte Morgen-Presse bestätigen es, daß die Direktoren einmütig waren in der Erklärung, die Forderung der Anerkennung der Gewerkschaft absolut nicht gewährt zu können und zu wollen. Zeitweise verläutelt, daß die Direktoren entschlossen seien, diese Forderung bis auf äußerste zu bekämpfen. Wie die Presse weiter berichtet hat der Minister sich geäußert, daß er die Unrichtigkeit der Direktoren anerkenne und durchaus nicht die Absicht habe, sich mit ihren Ansichten und Forderungen in Widerspruch zu setzen oder ihnen den einzufliegenden Weg zu diktieren. Er wolle das Handelsamt nicht mit den Eisenbahngesellschaften in Gegensatz bringen; nur wünsche er zu wissen, was möglich wäre zu machen, um einen Streit zu verhindern, ohne daß eine der beiden Parteien irgendeines ihrer Hauptprinzipien zu opfern hätte. Mehrere Vorschläge sollen gemacht worden sein, aber keiner geht so weit, die Anerkennung der Gewerkschaft in Betracht zu ziehen. Das ist nun aber jetzt die Hauptforderung oder

# 2. Beilage zu Volksstimme.

Mr. 253.

Magdeburg, Dienstag den 29. Oktober 1907.

18. Jahrgang.

## Sozialdemokratischer Bezirksverband Magdeburg

### 2. Bezirksstag.

In der „Gemütlichkeit“ zu Magdeburg, Tischlerstr. 17, tagte am Sonntag den 27. Oktober der 2. Bezirksstag des Sozialdemokratischen Bezirksverbandes Magdeburg. Der Vorsitzende der Bezirksorganisation, Genosse Fabian, eröffnete um 11 1/2 Uhr mit begründeten Worten die Verhandlungen. Ins Bureau wurden die Genossen Tielich (Magdeburg) als Vorsitzender, Ludwig (Olvenstedt) als stellvertretender Vorsitzender und Hoffmann (Halberstadt) als Schriftführer gewählt. Nach Festlegung der Geschäftsordnung wurden in die Mandatsprüfungskommission die Genossen Kranz (Magdeburg), Hahn (Salze) und Wegener (Genthin) gewählt. Die provisorische Tagesordnung wurde genehmigt, so daß folgende Punkte zur Verhandlung standen:

1. Rechenschaftsbericht.
2. Presse.
3. Organisation und Agitation.
4. Allgemeines.
5. Wahl des Vorstandes.
6. Festsetzung des nächsten Tagungsortes.

Zum

### Rechenschaftsbericht

erhält das Wort der Parteisekretär des Bezirks, Genosse Weins. Redner bezieht sich auf seinen in der „Volksstimme“ veröffentlichten Bericht, dem er einige Ergänzungen zufügt. Zunächst vertieft er die Bestimmungen des Organisationsstatuts der Gesamtpartei, durch die die Zuständigkeit des Bezirksstages in diversen Fragen festgelegt wird. Nach der Behandlung einiger interner Angelegenheiten spricht Redner sein Bedauern darüber aus, daß die Kreisvorstände sich so wenig um die einzelnen Ortsvereine kümmern könnten. Gegenüber dem zum Ausdruck gekommenen Wunsche, recht bald das einheitliche Verwaltungsverfahren einzuführen, wolle er bemerken, daß ihm vom Parteivorstand mitgeteilt worden sei, daß demnächst den Organisationen ein Musterstatut zu gehen würde. Sollte das Verwaltungsmaterial durch den Bezirksvorstand bezogen werden, so werde es nötig sein, die Kosten anteilig den Kreisen aufzuerlegen.

Redner verbreitet sich dann über die finanziellen Verhältnisse der Kreise, wobei er bemerkt, daß der Parteivorstand in Berlin nicht werden würde, einigen Kreisen einen Agitationszuschuß zu gewähren. Mit der Einführung der Beiträge sei es besser geworden, so daß man fast nur mit vollzählenden Mitgliedern zu rechnen habe. In der Reichstagswahl bemerkt der Redner, daß die numerischen Fortschritte der Partei zufriedenstellend gewesen seien. Die Versuche, in allen Kreisen eine Beitragserhöhung durchzuführen, die zur Stärkung der Finanzen der Kreise sehr notwendig gewesen seien, hätten leider nicht überall Entgegenkommen gefunden. Wenn berücksichtigt werde, daß eine außerordentlich lebhaftige Agitation gegen das preussische Dreiklassenwahlrecht demnächst einsetzen müsse, dann müsse gesagt werden, daß die Bezirkskasse im nächsten Jahre trotz der Zunahme der Mitglieder unzulänglicher abschließen werde. Die Versuche der Parteivorstand, den Organisationen Hindernisse zu bereiten, zeitigten, so alt sie seien, immer neue Blüten. Redner forderte zum Schluß zu lebhafter Agitation auf, damit die Organisation immer mehr gefördert werde.

Zu der Diskussion nimmt zunächst das Wort der Parteisekretär Genosse Pfannkuch (Berlin). Redner bemängelt die hier und da zutage tretende Untermisshandlung einiger Genossen über das Organisationsstatut. Die Einführung der einheitlichen Mitgliedsbücher hat sich der Parteivorstand so gedacht, daß zunächst ein Mustermitgliedsbuch angefertigt und den einzelnen Bezirken überhandt werden soll. Ueber das sonstige Verwaltungsmaterial sollen ebenfalls den Bezirken Muster überhandt werden. Redner konstatiert zu seiner Freude, daß die Opposition, die in Jena noch von den schleswig-holsteinischen und sächsischen Parteigenossen gegen das neue Organisationsstatut laut wurde, jetzt verstummt sei.

Es dürfte sich empfehlen, in den einzelnen Bezirken Stützpunkte für die Agitation zu schaffen, um unnötige Kosten zu verhindern resp. die Kosten zu vermindern. Betreffs der Verbreitung der Agitations-

kalender sei man im Parteivorstand auch der Meinung, daß die Kalenderagitation in manchen Bezirken übertrieben werde. Der agitatorische Wert der Kalender steht sehr oft nicht im Verhältnis zu den aufgewandten Kosten. Im Parteivorstand seien zurzeit sechs Leichter und fünfliche Agitationsprospekte, u. a. eine an die Privatbeamten in Vorbereitung, nach deren Erscheinen noch mindestens zwei weitere solcher Serien folgen würden. Auch noch andere Agitationsmaterial sei in Vorbereitung, so eine Zusammenstellung aller seit Bestehen des Reichstags von der sozialdemokratischen Fraktion gestellten Anträge, worin nachgewiesen sei, daß die Sozialdemokratie in allen Fragen des Fortschritts die Führung gehabt habe. Ein Referentensführer sei soeben herausgegeben worden. Die Finanzen der Partei müßten unter allen Umständen aufgebessert werden. Die einheitliche Organisation, die in Jena geschaffen worden ist, habe notwendigerweise das Verlangen zur Folge gehabt, einen einheitlichen Beitrag einzuführen. 10 Pfennig wöchentlich oder 40 Pfennig monatlich sei das Mindeste, was eingeführt werden müsse. Gesetze dies, dann könnten die Aufgaben, die der Partei gestellt sind, zur Ausführung gebracht werden.

Die von der Partei eingeführten Unterrichtsreisen werden von der Reichsregierung sehr aufmerksam überwacht und ihnen allerhand Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Das sei jedenfalls ein Beweis von der Wichtigkeit und Vorzüglichkeit dieser Einrichtung. Die Kosten für die Reisen werden naturgemäß von Wahl zu Wahl größer infolge der nicht zu unterschätzenden Tätigkeit der Gegner, die ohne Zweifel eine Folge — und nicht die schlechteste — der Agitation der Sozialdemokratie sei. Mancher der Anwesenden werde es noch erleben, daß diese Agitation der Gegner zu unserem Vorteil ausschlagen werde. Dafür hätte die Partei jetzt die Kosten zu tragen.

Wizorowski (Stahfurt) ist mit der Tätigkeit des Sekretärs zufrieden. Er wünscht, daß im Bezirksstatut die Bestimmung gestrichen wird, wonach nur dem Bezirksstag die Berechtigung zusteht, Kreise die Beiträge zu stellen. Darüber müsse der Bezirksvorstand allein entscheiden.

Koch (Wanzleben) wünscht sofortige Erledigung der Boykottfrage. Der Vorsitzende schlägt vor, diese Frage bei Punkt 3 der Tagesordnung zu behandeln, wogegen kein Widerspruch erhoben wird.

Da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, erhält der Bezirkssekretär Weins das Schlußwort. Redner erludt den Parteisekretär Pfannkuch, ihm künftig mitzuteilen, welche Kreise im Rückstand mit der Abführung der Beiträge an der Parteivorstand sind, damit er das Weitere veranlassen könne. Ueber die abgefallenen Veranmeldungen, die Ein- und Ausgänge glaubt der Redner keine speziellen Ausführungen machen zu brauchen. Eine Registerkarte für jeden Kreis sei angelegt. Aufgabe der einzelnen Kreisvorstände müsse für die Zukunft sein, neue Verbindungen anzuknüpfen, wenn möglich in jedem Dorfe. Mit der Aufforderung, unentwegt für den Ausbau der Organisation zu sorgen, schloß Redner seine Ausführungen.

Damit ist dieser Punkt erledigt. Es folgt der Bericht der Mandatsprüfungskommission. Es sind anwesend 57 Delegierte, die sich auf die Kreise wie folgt verteilen: Magdeburg 22, Salzweil-Garbeldegen 2, Stendal-Nierburg 2, Jerichow I und II 5, Wolmirstedt-Neuhaldensleben 4, Wanzleben 9, Salze-Mehrsleben 9, Mehrsleben-Halberstadt 4.

Außerdem sind anwesend die drei Bezirksvorstands-Mitglieder Fabian, Hektorius und Wittmann, die acht Kreisvorstehenden, die sieben Reichstagskandidaten: Für Magdeburg Genosse Pfannkuch, der zugleich den Parteivorstand in Berlin vertritt, Silbermann (Kreis Wanzleben), Bartels (Kreis Mehrsleben-Halberstadt), Haupt (Kreis Jerichow I und II), Ritsch (Wolmirstedt-Neuhaldensleben), Decker (Stendal-Nierburg), Großmann (Salzweil-Garbeldegen), Reichstagsabgeordneter Albrecht (Salze-Mehrsleben) ist nicht anwesend.

Die Redaktion der „Volksstimme“ vertritt Genosse Kühs, die Pressekommision Genosse Kiedde, die Parteidruckerei Genosse Bethge, als Gäste sind anwesend die Parteisekretäre Genosse Nutria (Drauschweig), Holzapfel (Magdeburg) und Künnecke (Dessau),

ferner als Vertreter des Vorortartikels Genosse Udeuttich (Magdeburg). Stimmberechtigt sind im ganzen 75 Personen.

Es folgt der Punkt

### Presse.

Dazu liegen folgende Anträge vor:

### Sozialdemokratischer Verein Halberstadt.

Der Vereinstalender in der „Volksstimme“ ist so auszubauen, daß den sozialdemokratischen Vereinen und den Filialen das Recht eingeräumt wird, Tagesordnung und Referenten kurz anzugeben.

Kreisvorstand des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Osterleben-Halberstadt-Wernigerode:

Der Wahlkreis Halberstadt wird ermächtigt, eine Wochenzeitung herauszugeben.

### Cracau:

Die Bezirkskonferenz möge bei ihren diesjährigen Beratungen ganze Arbeit machen und mit allem Nachdruck darauf hinarbeiten, das Abonnement der „Volksstimme“ zu verbilligen. Zu diesem Zweck wäre es angebracht, jedem Delegierten der Konferenz eine Abrechnung der Buchdruckerei und Buchhandlung Volksstimme vorzulegen, eventuell dieselbe nach dem Muster der Abrechnung des „Vorwärts“ öffentlich bekanntzumachen, damit hieraus ersehen werden kann, ob eine Verbilligung möglich ist.

Bei allen Vorkommnissen betreffend Lohn- und Arbeitsbedingungen der im Geschäft von Pfannkuch u. Co. tätigen Personen ist je ein Vertreter der Buchdrucker und der Hilfsarbeiter mit beratender Stimme zu den in zutreffenden Fällen stattfindenden Preßkommissionssitzungen zuzulassen.

### Thalea S.:

Die Geschäftsleitung der „Volksstimme“ zu veranlassen, auf je hundert Zeitungsexemplare ein Freirexemplar zu liefern.

Auf Antrag Wittmann soll der Antrag Halberstadt bezüglich der Wochenzeitung beim Punkte „Organisation und Agitation“ behandelt werden. Weiter ist noch folgender Antrag Greiner und Genossen eingegangen:

Der Bezirksstag wolle beschließen: Die „Volksstimme“ halbfamliche Inserate von Arbeiterorganisationen des Bezirks in einem besonderen zweispaltigen Raume zu bringen. In diesem Raume sind die Inserate aus jedem Wahlkreise untereinander und die Bezeichnung des Wahlkreises darüber zu setzen.

Zur Berichterstattung erhält das Wort der Geschäftsführer des Verlags, Genosse Fabian: Für das Geschäftsjahr Juli 1906 bis Juli 1907 betrug die Gesamteinnahme des Geschäfts, mit Ausnahme der Druckerei, 286 837 Mk., gegen das Vorjahr eine Mehreinnahme von 47 667 Mk. Für Inserate wurden eingenommen 117 958 Mk. (mehr 16 515 Mk.) und für Abonnements 159 951 Mk. (mehr 31 641 Mk.). Die Ausgaben beliefen sich auf insgesamt 277 802 Mk. (mehr 59 182 Mk.), so daß sich ein Gewinn ergab von 9034 Mk., der hinter den Vorjahr um 11 515 Mk. zurückblieb. Von den Ausgabe-posten sind hervorzuheben: Kolporteur 17 976 Mk. (mehr 3596 Mk.), Honorare 11 675 Mk. (mehr 917 Mk.), Gehalte 30 210 Mk. (mehr 2558 Mk.), Herstellung der „Volksstimme“ 185 964 Mk. (mehr 46 008 Mk.) und für die „Neue Welt“ 10 404 Mk. (mehr 2085 Mk.). Die Gerichtsosten betragen 1447 Mk. Das Vermögen des Geschäfts belief sich am 1. Juli 1907 auf 27 422 Mk. Die Auflage der „Volksstimme“ ist von 18 300 auf 22 600 Exemplare gestiegen.

Redner geht dann näher auf die einzelnen Anträge ein. Er wendet sich gegen den Antrag Cracau auf Verbilligung der Zeitung. Die Kosten der Zeitung könnten nicht allein aus den Abonnementsgebühren gedeckt werden. Die Kosten betragen im letzten Jahre 57 006 Mark mehr als die Einnahme für Abonnements. Der Fehlbetrag wurde durch die Inserate eingeträcht. Würde die Zeitung um 50 Pfennig vierteljährlich verbilligt — und das sei der in Betracht kommende Satz —, so würde nicht nur der im vorliegenden Jahre erzielte Uebererschuß vermindert, sondern noch eine Mindereinnahme von

## Fenilleton.

(Nachdruck verboten.)

## Garman & Worsle.

Erzählung von Alexander L. Kiehlund.

(72. Fortsetzung.)

Endlich kam Ber herein. Er reichte zuerst dem Pastor und dann Madeleine die Hand und sagte: „Guten Tag und wie geht's? Als Madeleine die große, harte Hand berührte, zog sie die ihre unwillkürlich zurück und wandte sich ohne den üblichen Gruß ab; die Worte blieben ihr im Galse stecken.

Im selben Augenblick kam Bers Frau herein und bat ihn flüsternd, ein bißchen Holz klein zu machen, es ging so langsam mit dem Torf; sie wollte Staffee kochen. Ber ging, und der Pastor begleitete die kleine, rundliche Bauernfrau, um das Haus zu besichtigen.

Madeleine ging ein paarmal im Zimmer auf und ab, dann ging sie vor die Tür.

Wie sie da auf der Schwelle vor dem Vorbau stand, konnte sie bis hinunter in den kleinen Bootshafen sehen. Ihr Auge verfolgte den kleinen Pfad quer über das flache Feld den steilen Abhang hinauf bis zum Leuchtturm. Da lag ihr altes Heim, die dicken, soliden Steinmauern und der Leuchtturm mit der roten Haube.

Sie wandte sich ab; es war ihr nicht möglich, dahin zu sehen. Im Torfschuppen hörte sie Ber Holz hacken; halb ohne zu wissen, was sie tat, ging sie dorthin und stellte sich neben ihn.

Er hielt eine Weile inne, richtete sich auf und blickte an ihr vorbei auf das Meer hinaus. Ber hatte jetzt einen borstigen Schifferbart unter dem Kinn, und sein Gesicht war viel älter und gröber geworden; aber trotzdem erkannte sie jeden Zug wieder.

Madeleine tat einen kleinen Schritt auf ihn zu und griff nach seiner Hand; aber es gelang ihr nicht, sie zu fassen, er zog sie gleichsam zurück. Da konnte sie sich nicht mehr beherrschen, sondern sie warf sich ihm um den Hals und legte ihren Kopf fest an seine Brust.

Es war wahr, was Delphin einmal gesagt hatte; es war diese Mischung von Fisch, Tabak und nassem Holzseug, aber dennoch: hier war ihr May; sie fühlte es jetzt. Und in demselben Augenblick wurde es ihr auch klar, warum es ihr einen Stich durchs Herz gegeben hatte, als sie Bers Frau, zum erstenmal, gegenüberstand. Sie beneidete sie

um alles, um den Mann, um das Haus, um das Leben, um alles, alles; denn es gehörte ihr zu! Hier war das Leben, das sie verstand, und der Mann, den sie liebte.

O, wie hatten sie ihr vorgelogen und schlocht an ihr gehandelt, alle diese vornehmen Leute! Was für ein Leben hatte sie geführt! ein Leben ohne einen andern Sinn als den: die Gattin eines Mannes zu sein, den sie nicht liebte, sein Haus in Ordnung zu halten, ihm Kinder zu gebären, alles in einer dumpfigen Luft von Gewohnheit, Zeremonie und Selbstvergötterung.

Sie klammerte sich fester und fester an den breiten, kräftigen Mann; und in einem wunderbaren Augenblick von Glück und Qual strömte es über, dieses eingeschnürte und wohlbedrückte Herz, während ihre ganze Jugend und ihre ganze Liebe schluchzend ihre Seele durchzog.

„Es war nicht meine Schuld, es war nicht meine Schuld,“ flüchte sie, wie ein Kind, das aus Versehen etwas zerbrochen hat.

Er erhob seine schwere, harte Hand und legte sie ihr auf den Kopf, ganz weich und sanft strich er ihr über das Haar; jetzt verstand er alles, aber er konnte kein Wort herausbekommen.

„Lena, Lena!“ rief der Pastor von der Haustür her, „Du mußt hereinkommen, und sie Dir ansehen! hier sind Zwillinge! Lena! wo bist Du? Komm schnell her! Was für eine prächtige Frau, Du! denke Dir! gleich das erstemal Zwillinge!“

Es war nicht leicht zu erraten, woran Warte-Ber dachte, wie er da allein zurückblieb und über die See hinausblickte. So waren die Wogen in Sturm und Sonnenschein dahingerollt, hin und wieder zurück, und er hatte gewartet und gewartet. Und jetzt war es gekommen.

Er atmete tief auf, und sein Gesicht hellte sich auf, während er langsam mehrere Male dem Meere zusah.

Bers Frau entschuldigte sich wegen der Verwirrung, wie es nun einmal üblich ist. Aber es gab da Sahne und feines Fladenbrot mit Zucker und Butter, Eier, Kaffee, frische Zwiebäckchen, Streuzucker und endlich eine Schüssel mit kleinen Hummern. Die Frau meinte, daß es eine „Schande“ wäre, so feinen Leuten die kleinen Hummern vorzusetzen, hätten sie nur größere, so —

Nun war es aber eine Lieblings-theorie des Pastors, die er mit Eifer und Ueberzeugung zu verteidigen pflegte, daß die kleinen Hummern in Wirklichkeit besser, feiner im Geschmack wären als die großen. Darum war er in strah-

lender Laune und scherzte heiter mit der fremdlichen Bauernfrau.

Ber kam auch herein und sagte: „Bitte langen Sie zu!“ Darauf setzte er sich, wie es sich gehört, auf die Ofenbank vornübergebengt, mit den Armen auf den Knien.

Die Sonne schien so freundlich zu den kleinen Fenster-scheiben herein, die Stube war so rein und gemütlich, das Tischtuch so weiß, die Sahne so gelb und die kleinen Hummern so appetitlich rot, daß der Pastor Lust bekam zu reden.

Er wählte das zum Ausgangspunkt, was er von der Frau erfahren hatte; nämlich, daß Ber das ganze Haus aus den Bracktrümmern einer französischen Brigg, die nördlich von Pratzold gestrandet war, erbaut habe: es war das Namenbrett der Brigg, das über dem Fenster angebracht war.

Der Pastor verteilte bei der Unsicherheit aller menschlichen Unternehmungen, wie oft wir enttäuscht werden, wie aber doch ein leitender Faden alles durchzieht.

„Und seht!“ sagte er, „dieses stolze Schiff, das in jenem hochmütigen Frankreich ausgerüstet wurde, mit diesem erwartungsvollen Namen versehen, denn l'Esperance, meine Freunde, bedeutet die Hoffnung, mußte jämmerlich an unserer armen Küste umkommen. So ist es auch im menschlichen Leben! Wie manche edle Hoffnung segelt nicht mit Flagge und Wimpel aus, um jämmerlich in den Stürmen des Lebens umzukommen. Aber seht! Was der Sturm zerplittert hatte, fügen demütige Hände zu einem neuen Heim zusammen, so spricht das Leben aus dem Tode, die Hoffnung aus der Zerstörung, das Glück aus dem zertrümmerten Brack, und ein ganzes Leben wird auf lauter Bracktrümmern gelebt.“

Der letzte Rest von Madeleines altem Trost kam noch einmal zum Vorschein, als sie sagte: „So leben wir alle!“

Im selben Augenblick stand Ber auf und ging hinaus. Seine Frau konnte nicht begreifen, wie Ber sich so unpassend benehmen konnte.

Aber Pastor Martens verstand alles. Doch, man konnte ja später von der Sache reden, wenn es nötig war; es lohnte sich nicht, sich deswegen die schöne Wahlzeit zu verderben. Er reichte mit einem freundlichen Lächeln seiner Frau die Sahne und strich ihr über die Schultern.

Darauf langte er nach den kleinen Hummern, die ihm vorzüglich schmeckten.

Ende.

46.000 Mark herbeigeführt werden. Eine Verbilligung der Zeitung sei also schon aus finanziellen Gründen unmöglich.  
Was in dem Antrag die Kommissionen verlangen, welche heute schon. Wenn verlangt werde, daß solche Vertreter nicht nur zu den Sitzungen, die sich mit den Arbeitsverhältnissen beschäftigen, sondern zu allen Sitzungen zugezogen werden sollten, so müsse das abgelehnt werden. Das Personal habe seinen Arbeitsverhältnissen, der seine Wünsche dem Geschäftsführer vorzutragen habe. Würden dieselben nicht befriedigt, so stehe dem nichts im Wege, daß es sich an die Kommission wende.

Der Antrag, auf je hundert Exemplare der Zeitung den Kolporteur ein Freieigentum zu liefern, könne nicht angenommen werden, was Redner des näheren ausführt. Zur Agitation wird schon jetzt jede beliebige Anzahl Exemplare geliefert. Redner kritisiert im Anschluß daran die Tätigkeit der Zeitungskommission, die häufig verlagert hätte; in manchen Orten sei nicht einmal eine solche Kommission gegründet worden. Das müsse anders werden. Weiter erklärt sich Redner gegen den Antrag, den Vereinstalender zu erweitern. Dem Antrag Greiner und Genossen ständen schon technische Bedenken entgegen, die seine Durchführung unmöglich machen. Redner fordert zum Schluß zur praktischen Arbeit auf: Je mehr Leser, desto mehr Kämpfer!

Der Bericht über die Druckerei erstattet deren Geschäftsführer, Genosse Wehge: Mit dem 1. Oktober 1905, dem Datum des Ablaufs des Druckvertrags mit dem Inhaber der bisherigen Druckerei wurde diese unter günstigen Bedingungen erworben. Von diesem Zeitpunkt an wird die „Volksstimme“ in der Druckerei hergestellt. Um die Druckerei in jeder Hinsicht leistungsfähig zu gestalten, mußten bedeutende bauliche Veränderungen vorgenommen werden. Es wurden die Setzer- und Druckstühle verbessert, um mehr Arbeitskräfte einstellen zu können und Raum zu schaffen für neue Maschinen, deren Anschaffung notwendig war, um den Anforderungen, die der erweiterte Umfang und die bedeutend erhöhte Auflage der „Volksstimme“ stellen, genügen zu können. Diese Veränderungen sind zum großen Teile durchgeführt und hierfür sind auch fast ausschließlich die Ueberreste der Druckerei verwendet worden. Die glatte Erledigung der Aufgabe, die die Reichstagswahl der Druckerei brachte, war nur möglich infolge Vergrößerung der Arbeitsräume und Vervollständigung des Maschinen- und Schriften-Materials. Redner fährt dann noch hinzu, daß einige Maschinen der Druckerei bei Vergebung von Druckarbeiten übergeben. Es ist selbstverständlich, daß wir nicht zu schlechten Preisen arbeiten können, wie eine Anzahl bürgerliche Geschäftskreise die die Verpflichtung haben, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse für unser Personal möglichst günstig zu gestalten. Deshalb sollten gewerkschaftlich und politisch organisierte Arbeiter, die in ihren Organisationen für die Verbesserung der Arbeiter wirken, es sich ganz besonders zur Pflicht machen, nur der Druckerei ihre Arbeiten zu überweisen, deren Ueberflüsse schließlich doch nur der Partei zugute kommen.

Kurz vor 2 Uhr wird darauf die Vormittagsitzung geschlossen. Zu Beginn der Nachmittagsitzung um 4 Uhr erhält das Wort zum Bericht der Kommission.

Genosse Siedde: Bezüglich der prinzipiellen Haltung unserer Zeitung sind zwischen Redaktion und Kommission Differenzen seit dem Manuskript-Entwurf nicht vorgekommen. Auch bezüglich der Ausgestaltung unserer Zeitung in journalistischer Beziehung, kann ich nur sagen, daß wir damit zufrieden sind und uns allen größeren Parteizeitungen würdig an die Seite stellen können. Der Redaktionsstab hat sich nicht vermindert; er besteht noch aus vier Redakteuren und einem Berichterstatler. Nur eine Veränderung ist in derselben eingetreten: Genosse Müller kündigte am 2. Mai zum 1. Oktober seine Stellung mit der Begründung, daß er auf einige Jahre eine Studienreise ins Ausland unternehmen wolle. Aus der Reihe ist nichts geworden, Genosse Müller hat am 1. Oktober die Redaktion des „Genossenschaftlichen Volksblattes“ in Hamburg übernommen. Genosse Müller war 6½ Jahre Redakteur unserer Zeitung. Er hat unter allen Redakteuren seit dem 18-jährigen Bestehen der Zeitung die Redaktion am längsten angehört. Wir bedauern lebhaft seinen Fortgang. Er war in allem seinem Tun ruhig und sachlich und verfügte über ein hervorragendes journalistisches Talent, infolgedessen er unserer Zeitung schätzenswerte Dienste geleistet hat. An seine Stelle ist am 1. Oktober Genosse Kisch aus Kolbitz getreten.

Redner verbreitet sich dann über die verschiedenen Prozesse die gegen die Redaktion der „Volksstimme“ angestrengt wurden, und über die bei der Kommission gegen die Redaktion vorgebrachten Beschwerden, die vornehmlich wegen Nichtanahme von Einsendungen erhoben wurden. Redner ermahnt im Anschluß daran zur Sorgfalt bei der Berichterstattung. Zum Schluß hebt Redner noch einmal die Bedeutung der Presse hervor. Bei der Reichstagswahl habe sie hervorragende Dienste geleistet. Die Zahl der Leser könne noch ganz bedeutend vermehrt werden. Es ist nötig, von Zeit zu Zeit ein umfassendes Agitation zu treiben; dann werde auch der Erfolg nicht ausbleiben.

Die Diskussion über den Punkt Presse eröffnet Genosse Zamm-Cracau, der die von Cracau gestellten Anträge begründet. Er bemerkt, daß es nur ideale Gründe gewesen sind, die die Genossen zur Stellung des Antrags auf Verbilligung der „Volksstimme“ veranlaßt hätten. Ebenso sei es mit dem Antrag, den Delegierten zur Konferenz alljährlich eine Abrechnung des Parteigeschäfts vorzulegen. Wenn sich herausgestellt hätte, daß es auf die Dauer mit der Herabsetzung des Preises für die Zeitung nicht ginge, konnte ja die entsprechende Scharte wieder entsprechend ausgewechselt werden. Ebenso hielten die Genossen von Cracau es für nötig, daß die Buchdrucker und Hilfsarbeiter der „Volksstimme“ in der Kommission vertreten seien.

Genosse Greiner (Niederleben) begründet den von ihm und mehreren Genossen gestellten Antrag. Auf die Straßenseite der „Volksstimme“ eingehend, glaubt Redner betonen zu müssen, daß die von ihm getragenen Berichte stets wahrheitsgemäß und deshalb auch straflos geblieben seien. Greiner bedauert, daß ein von ihm verfasster Bericht, der äußerst markante Verhältnisse, die Verbindung von Landarbeitern betreffend, gar nicht genommen sei, während eine andre Parteizeitung aus dieser Angelegenheit eine große Sache gemacht hätte.

Genosse Traute (Thale) begründet den Antrag: Auf je 100 Exemplare der „Volksstimme“ soll die Geschäftsleitung ein Freieigentum gewähren. Die Annahme des Antrags würde eine bessere Abrechnung ermöglichen.

Der Antrag Halberstadt betrifft des Vereinstalenders wird vom Genossen Müller (Halberstadt) begründet. Redner schlägt noch vor, es pro Jahr im Vereinstalender 10 Pf. zu setzen.

Genosse Wittmann wendet sich gegen den überhandnehmenden Umfang redaktioneller Hinweise auf Veranstaltungen usw. zu verlangen. Das Halbesche Parteivorstand nehme nur Hinweise auf Veranstaltungen im Vereinstalender an, was dies auch nur dann, wenn außerdem noch ein Inserat beigegeben sei.

Genosse Deder erklärt des näheren, weshalb einige Berichte, die von der Redaktion der „Volksstimme“ abgelehnt wurden, von ihm etwas ausführlicher als wie nötig geäußert seien. Wenn die Scherz für die „Volksstimme“ interessiert werden sollen, müssen sie auch aus ihrem Platz etwas sein. Dies würde besonders im Winter, wenn die Scherz zu Hause sind, berücksichtigt werden. Redner wünscht, daß der Bericht anständig, daß die Kreise verpflichtet werden, ihre Druckereien in der Magdeburger Druckerei herzustellen zu lassen.

Genosse Fiprus polêmica gegen die von Cracau gestellten Anträge, die aus rein politischen Gründen nicht durchführbar seien. Es sei nicht wahr, daß eine Verbilligung der Zeitung eine Verarmung der Arbeiter zur Folge habe. Der Antrag Niederleben sei im Begriffsverständnis sehr eingehend erörtert worden, aber man sei schließlich zu einer Ablehnung gekommen.

Genosse Koch (Wanzleben) meint, daß der Antrag Halberstadt, den Ausbau des Vereinstalenders betreffend, nachgegeben werden könne. Eine Einsparung könne unter gewissen Umständen bei den Verlagsangelegenheiten eintreten. Für eine Verbilligung der Zeitung seien er und seine Freunde nicht zu haben. Besser sei es, die bestehenden Verhältnisse zu erhalten, als die Zeitung zu verarmen. Dem Antrag Niederleben habe er gegenüber gegenüber. Bei der Agitation für die „Volksstimme“ müsse man berücksichtigen, daß nicht immer bei Ablauf eines Quartals etwas unterbreitet werde, sondern auch zu für die letzten Personen

Genosse Knöfler (Magdeburg) richtet gegen den Antrag Halberstadt, den Ausbau des Vereinstalenders betreffend.

Genosse Weims macht auf den Umstand aufmerksam, daß die zur Gewinnung von Abonnenten aus den Kreisen der kleinen Leute eingeführte Unfallversicherung, des „General-Anzeigers“ und des „Central-Anzeigers“ demnächst wegfallen soll. Man muß auch die Leser dieser Blätter auf diesen Umstand hinweisen. Was die Verbilligung des Abonnements betrifft, so sei der Antrag unannehmbar; man solle lieber die zu erwartenden Ueberflüsse zur Agitation verwenden. Auch der „Vorwärts“ bringt große Ueberflüsse, aber er werde nicht verbilligt. (Zuruf: Aber beantragt wird es auch!) Ja, wenn der Antrag gestellt wird, wird er abgelehnt. (Zuruf: Das tun wir auch!) Große Heiterkeit.) Nur um die Anträge abzulehnen zu lassen, sollten sie lieber nicht erst gestellt werden. Die Streitigkeiten zwischen Korrespondenten und Redaktion seien ebenso alt, als es Zeitungen gäbe. Die Diskussion darüber sei also unwechselbar.

Zamm (Cracau) betont nochmals, daß die Buchdrucker im Parteigeschäft über Tarif bezahlt würden, die Hilfsarbeiter aber nur zum Tarif. Dagegen erhoben sich Beschwerden.

Darauf wird ein Schlufsantrag angenommen.

Das Schlußwort erhält zunächst Genosse Fabian. Er ersucht den Antrag Cracau bezüglich des Personals abzulehnen, ebenso den Antrag auf Verbilligung der Zeitung. Den Inseratenpreis müssen wir auf derselben Höhe lassen, schon mit Rücksicht auf die Konkurrenz. Den Vereinstalender in dem gewünschten Sinne auszugestalten, sei nicht möglich. Der Halberstädter Delegierte habe gesagt, seine Organisation könne die Inserate für jede Versammlung auf die Dauer nicht bezahlen. Die Halberstädter haben aber seit Januar nur drei Inserate gehabt im Gesamtpreis von 10,80 Mark. Der Antrag Thale, den Kolporteurn Freieigentum zu überweisen, sei unannehmbar.

Genosse Wehge weist gegenüber dem Antrag Greiner auf die technische Unmöglichkeit hin, die Versammlungsinserate aus den Wahlkreisen gemeinsam zu placieren. Sollte das durchgeführt werden, müßten die Inserate sämtlich um 10 Uhr früh in der Druckerei sein, während heute manchmal noch Inserate um 1 Uhr kämen. Redner wendet sich insbesondere gegen die Behauptung, daß die Hilfsarbeiter schlechter bezahlt würden als die Buchdrucker. Die Letzteren würden in unserem Geschäft, wie in jedem andern Parteigeschäft, höher als der allgemeine gültige Tarif bezahlt. Die Buchdruckerarbeiten dagegen werden nach einem Tarif bezahlt, der lediglich zwischen ihrer Organisation und unserer Geschäft abgejochelt sei. Die Löhne seien aber weit höher, als die in bürgerlichen Geschäften gezahlten. Es sei keine bürgerliche Druckerei im ganzen Regierungsbezirk vorhanden, die Aufgehörten usw. so hohe Löhne zahle, wie die sozialdemokratische. Im übrigen besetzt bei uns ein Arbeiter-Ausschuß, der gut arbeite und der auch informiert sei, daß er sich im Falle der Nichterfüllung mit der Geschäftsleitung an die Kommission beschwerdefähig wenden könne. Hier einen solchen Beschluß zu fassen, sei überflüssig.

In der nun folgenden Abstimmung werden sämtliche Anträge abgelehnt, der betr. die Verbilligung der „Volksstimme“ einstimmig.

Es folgt nunmehr die Beratung über

### Organisation und Agitation.

Dazu liegen folgende Anträge vor:

#### Niederleben-Halberstadt-Wernigerode:

Für den ganzen Bezirk sind einheitliche Beiträge einzuführen in der Höhe von 40 Pf. für den Monat.

#### Cracau:

Für die Unterkassierer sind vom Bezirk einheitliche Kassiererbücher zu beschaffen, welche an die einzelnen Kreise zum Selbstkostenpreise abgegeben werden.

#### Burg:

Die Beiträge für den ganzen Bezirk auf 40 Pfennig pro Monat zu erhöhen.

#### Magdeburg:

Für den Bezirk vom 1. April 1908 an einen Monatsbeitrag von 40 Pfennig zu erheben.

Kreisvorsitz des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Niederleben-Halberstadt-Wernigerode.

Der Wahlkreis Halberstadt wird ermächtigt, eine Wochenzeitung herauszugeben.

Der Bezirksvorstand und der Vorsitzenden der acht Wahlkreisorganisationen:

Die Parteioorganisationen des Regierungsbezirks Magdeburg werden unter Bezugnahme auf die Resolution des Berliner Parteitag vom 1892 betreffend den Boykott als Kampfmittel verpflichtet, vor der Verhängung eines Boykotts die Zustimmung des Bezirksvorstandes und des Vorstandes des Kreisorganisation einzuholen. Boykotts, die ohne die Zustimmung dieser Instanzen verhängt wurden, dürfen nicht in der „Volksstimme“ bekanntgegeben werden. Der Bezirksvorstand wird beauftragt, bei der nächsten Parteikonferenz für die Provinz Sachsen und Anhalt einen gleichartigen Antrag einzubringen.

Außerdem sind folgende Anträge eingegangen:

#### Niederleben:

Der Bezirksrat wolle beschließen, frühzeitig in eine Agitation für die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen einzutreten.

In Vorbereitung davon ist schon jetzt bei den nichtpreussischen Arbeitern auf Erwerbung der preussischen Staatsangehörigkeit energisch hinzuwirken.

Die zu dieser Erwerbung nötigen Antragsformulare sind durch den Bezirksverband bereitzustellen.

#### Delegierte des Kreises Wanzleben:

Der Bezirksrat wolle eine aus 9 Mitgliedern bestehende Kommission, die ein die gesamten Parteiverhältnisse entsprechendes Statut für den Bezirksverband auszuarbeiten und dem nächsten Bezirksrat zur Beschlußfassung vorzulegen hat.

Genosse Weims fährt noch einmal kurz und eindringlich alle Gründe an, die für die Anträge auf Erhöhung der Beiträge sprechen. Diese Anträge müssen aber erweitert werden insofern, als eine längere Uebergangsfrist gesetzt werden müsse. Möglichst müsse ein Wochenbeitrag eingeführt werden. Der Bezirksrat möge also beschließen: Vom 1. April 1908 an beträgt der Beitrag 10 Pf. pro Woche. Gegen den Antrag Wanzleben habe er nichts einzubringen, obgleich die jetzigen Statuten noch nicht alt seien. Zum Antrag, dem Kreis Halberstadt die Herausgabe einer Wochenzeitung zu gestatten, wolle er darauf hin, daß Wernigerode ein einziges Wochenblatt habe eingehen lassen, weil für diese Form der Zeitung kein Bedürfnis vorhanden sei. Demgegenüber wolle er vorzuschlagen, einen Antrag des Bezirksvorstandes anzunehmen, der dahin geht, unregelmäßig erscheinende Flugblätter in Zeitungsform auf Kosten der Kreise herauszugeben. Bestimmungen müßten je nach Bedarf von den Kreisleitungen an das Sekretariat gerichtet werden. In diesen Blättern könnten auch die einzelnen Kreise ihre bewanderten Verhältnisse behandeln. Die Annahme des Antrags Halberstadt werde den Kreis in einer Weise belasten, den er nicht gewöhnen sei. Ebenso müsse er dringend davon abraten, dem dort erscheinenden „Anzeiger“ den Charakter eines offiziellen Parteiorgan zu geben.

Redner gibt dann eine kurze Schilderung vom dem Boykott über die Brauerei „Glückauf“ in Wanzleben. Eine große Anzahl von Parteimitgliedern, die Kapitalisten von der betreffenden Brauerei hatten, seien dabei in Mitleidenschaft gezogen worden. Hierin lag eine große Gefahr für die Parteigenossen, die zur Verfügung stehenden Fälle zu verhindern. Eine Anzahl von Parteigenossen, die erinnernd worden waren, den anstehenden und zum Teil auch nachträglichen Boykott anzugehen, verließen ergebnislos. Als es dann gelang, gelang es nicht, den Boykott einiger Parteimitglieder zu verhindern. Redner befragt dann das verantwortliche Sekretariat der Brauereigenossen in dieser Frage. So viel erhe sei, daß, wenn man die Parteimitglieder gefragt hätte, der Boykott nicht beschloffen worden wäre. Er bitte um Annahme des gestellten Antrags.

Es wird beschlossen, die einzelnen Fragen gesondert zu diskutieren, und zwar zunächst die der Beitragserhöhung.

Genosse Schulz (Magdeburg) führt die Gründe an, die die Magdeburger Genossen veranlassen, gegen die Beitragserhöhung zu stimmen. Jetzt haben die Genossen einen Antrag angenommen, vom 1. April an den Monatsbeitrag auf 40 Pf. zu erhöhen.

Stollberg (Burg) kann die Gründe der Magdeburger Genossen nicht anerkennen. Diese Haltung habe die Genossen in den Landkreisen geschädigt. Magdeburg kann die Beiträge auch vor dem 1. April bezahlen. Er erwidert den Antrag Burg in der Richtung, daß ein Mindestbeitrag von 40 Pf. erhoben werden müsse.

Genosse Hoffmann (Halberstadt) schließt sich der Unterstützung des Antrags auf 40 Pf. monatlich an. Wir haben zwar für die Reichstagswahl 8000 Mark aufgebracht, haben aber doch noch dieser Zuschüsse gebraucht. Das soll in Zukunft nicht mehr der Fall sein, deshalb haben wir die Beitragserhöhung bereits am 1. Oktober eingeführt und nach den Mitteilungen der Einfassierer ist ein Abbringen der Mitglieder nicht zu erwarten. Im Gegenteil hoffen wir auf starke Vermehrung der Mitgliederzahl. Insbesondere ist deshalb der neue Beschluß der Magdeburger zu begrüßen, denn die Ablehnung hat uns Schwierigkeiten gemacht.

Genosse Ludwig (Obenstedt) spricht für Einführung eines Wochenbeitrags von 10 Pf.

Genosse Bartels (Wernigerode) schließt sich dem Antrag auf einen Mindestwochenbeitrag von 10 Pf. an. Er weist ebenfalls darauf hin, daß die Ablehnung der Erhöhung durch die Magdeburger Genossen außerhalb eines depressiven Eindruck gemacht habe.

Genosse Wittmann stellt formell den Antrag auf Einführung eines Wochenbeitrags von mindestens 10 Pfennig vom 1. April 1908 an. Er weist die früher gegen den Wochenbeitrag erhobenen Einwendungen zurück, und betont, daß die Schwierigkeiten beim Einfassieren zu überwinden seien. Auch die Gewerkschaften hätten den Wochenbeitrag einheitlich durchgeführt, sie hätten aber die Schwierigkeiten auch überwunden. Auch für die Einführung einheitlichen Abrechnungsmaterials sei die einheitliche Beitragsform nötig.

Gen. Koch (Wanzleben) meint, daß die Beitragserhöhung auf jeden Fall eingeführt werden müsse. Jedoch habe der Bezirksrat nicht die Kompetenz, ohne weiteres die Beitragserhöhung zu beschließen. Der Kreisgeneralarbeitung dürfe nicht vorgegriffen werden. Deshalb solle man nur einen prinzipiellen Beschluß fassen, die Ausführung aber den einzelnen Organisationen überlassen.

Gen. Friedrich Koch (Magdeburg) verteidigt die Magdeburger Genossen gegen die Bemerkungen Stollbergs. Die Magdeburger Gegner der Erhöhung hätten geglaubt, daß die Werbung neuer Mitglieder durch die Erhöhung sehr erschwert werden würde.

Genosse Witzorowski (Stahlfur) kann erklären, daß die Genossen in seinem Kreise für Wochenbeiträge seien, aber der Kreis habe eben erst eine Erhöhung der Beiträge beschlossen; er müsse deshalb eine Frist von zwei Jahren verlangen, ehe eine weitere Erhöhung eintreten könne.

Genosse Großmann erhebt für den Kreis Salzwedel-Gardelegen gegen eine Beitragserhöhung ähnliche Bedenken wie der Vorredner; er verlangt eine Karenzzeit bis zum 1. Oktober bei Einführung von Wochenbeiträgen.

Genosse Haupt (Magdeburg) wendet sich gegen Koch und Witzorowski. Die Annahme ihrer Anträge bedeute eine Verchiebung der Beitragsfrage ins Ungewisse, der Magdeburger Antrag sei vorzuziehen.

Genosse Silberbach begründet folgenden Antrag:

Der Bezirksrat erkennt die Notwendigkeit der Einführung eines wöchentlichen Mindestbeitrags von 10 Pf. für alle Wahlkreise an. Am aber den einzelnen Kreisvereinen die Möglichkeit zu gewähren, ihren Verhältnissen genügend Rechnung zu tragen und die notwendigen und geeigneten Schritte zur Durchführung der Beitragserhöhung zu unternehmen, stellt der Bezirksrat davon ab, schon heute einen Beschluß zu fassen, welcher sofort alle Vereine zwingt, die obige Beitragserhöhung einzuführen.

Dagegen spricht der Bezirksrat die bestimmte Erwartung aus, daß sich die Kreisvereine im Laufe des jetzigen Geschäftsjahres eifrig bemühen, selbst die Erhöhung des Beitrags durchzuführen.

Der Bezirksrat beauftragt den im nächsten Geschäftsjahr amtierenden Bezirksvorstand und die Vorsitzenden der acht Kreisvereine, dem nächsten Bezirksrat die Entwurf eines Bezirksorganisationsstatuts zu unterbreiten. In diesem Entwurf ist auch ein für alle Kreisorganisationen geltender Mindestbeitragsbeitrag vorzusehen.

Die Debatte habe gezeigt, daß die Festlegung eines einheitlichen Beitrags noch nicht möglich sei. Es sollte die prinzipielle Zustimmung zu einem Einheitsbeitrag ausgeprochen werden. Die Kreise sollten sich inzwischen mit der Frage vertraut machen, dann sei bis zum nächsten Bezirksrat die Frage spruchreif. Mit dem Antrag solle aber nicht gefast werden, daß die Kreise, die ihre Beiträge vorher erhöht hätten, dies nun unterlassen.

Genosse Fabian (Magdeburg): Der Bezirksrat müsse ganz Arbeit machen und die Beiträge festsetzen, sonst gehen Jahre hin, bis die Beiträge erhöht werden. Ein bestimmter Termin müsse genannt werden.

Genosse Stollberg (Burg) ist der Ansicht, daß der Bezirksrat über den Generalversammlungen der Kreise stehe.

Genosse Deder (Magdeburg) nimmt noch einmal die Magdeburger Genossen in Schutz, im übrigen tritt er für Festlegung des Beitrags durch den Bezirksrat ein, und zwar eines Wochenbeitrags von 10 Pfennig mit Termin bis 1. Oktober. Er stellt einen entsprechenden Antrag.

Darauf findet ein Schlufsantrag Annahme.

Genosse Weims: Den ganzen Sommer haben wir uns mit der Beitragsfrage beschäftigt; das werde so weiter gehen, wenn der Antrag Silberbach angenommen werde. Allein annehmbar sei der Antrag Deder. Die Durchführung sei in allen Kreisen möglich.

Genosse Silberbach zieht die beiden ersten Absätze seines Antrags zurück.

Der Antrag Deder wird darauf mit großer Mehrheit angenommen. Er lautet:

In allen Kreisen des Bezirkes ist ein Wochenbeitrag von mindestens 10 Pfennig einzuführen, und zwar spätestens zum 1. Oktober 1908.

Damit sind alle weiteren zu der Angelegenheit gestellten Anträge erledigt. Es folgt die Beratung der Boykottresolution.

Genosse Antik (Braunschweig) geht auf die Vorgeschichte des Boykotts näher ein und berichtet die Stellung der Braunschweiger Genossen in dieser Frage zu rechtfertigen. Die Voraussetzungen seien zwar nicht in allen Punkten zu der Maßnahme der Braunschweiger Genossen gegeben zu sein, aber zu einer Gegenmaßnahme war es spät. Als vom Bezirkssekretär Weims der Vorschlag zur Aufhebung des Boykotts kam, konnte diesem Verlangen deshalb nicht stattgegeben werden, weil zu dieser Zeit die Verhandlungen mit der Leitung Brauerei noch in der Schwebe waren. Nach Lage der Verhältnisse Braunschweig konnte nicht anders gehandelt werden, wie es geschähe. Redner empfiehlt auch die Annahme des zu dieser Frage gestellten Antrags.

Genosse Weims verwahrt sich dagegen, daß die Braunschweiger ihn zum Sündenbock stempeln wollen. Er habe sich den ganzen Sommer bemüht, die Sache zu einem guten Ende zu führen.

Genosse Hoffmann rechtfertigt ebenfalls seine Haltung, auch ungerechtfertigten Angriffen ausgesetzt gewesen sei. Hauptlich an der ganzen Angelegenheit habe lediglich der Genosse Luger, Gauleiter der Brauereigenossen.

Genosse Lindenich erklärt, daß auch die nächste Parteikonferenz einen der vorliegenden Boykottresolution entsprechenden Beschluß fassen dürfe. Er sei überzeugt, daß, wenn nach diesem Beschluß gehandelt werde, die Arbeiterbewegung vor unberechenbaren Schäden bewahrt würde.

Die Boykottresolution gelangt dann zur einstimmigen Annahme. Es folgt die Beratung des Antrags Halberstadt bezüglich der Wochenzeitung und der folgende Antrag des Kreisvorsitzenden:

Der Bezirksvorstand wird beauftragt, eine möglichst monatlich erscheinende Agitationszeitung herauszugeben. Die Kosten für die Herstellung und Verbreitung werden von den Kreisorganisationen, die das Blatt beziehen, im Umlageverfahren erhoben. Die Regelung der Redaktion und der Expedition wird dem Bezirksvorstand und den Vorsitzenden der Kreisorganisationen übertragen.

Genosse Hoffmann (Halberstadt) begründet den Antrag seines Leibes. Die Verhältnisse auf dem Lande erheischen eine solche Maßnahme. Die finanziellen Grundlagen werden nun eingehend prüfen und Partei nicht belasten. Er bitte um Zustimmung.

Genosse Koch (Magdeburg) tritt für den Antrag des Bezirksvorstandes ein.

Genosse Greiner (Aschersleben) wünscht eine Normalzeitung für alle Kreise, die zum Teil im Abonnement zu beziehen sein müssen. Eine solche Zeitung sei nötig, um die Landarbeiter endlich für die Organisation zu gewinnen; sie müsse an bestimmten Tagen erscheinen.

Genosse Wittmann will das Blatt möglichst monatlich erscheinen lassen; bestimmte Termine liegen sich nicht festlegen.

Genosse Veimars erhebt ebenfalls Bedenken gegen die Festlegung einer bestimmten Erscheinungsfrequenz. Zur Zeit der Landtagswahl könnte dahin kommen, daß das Blatt nicht abgenommen werde. Gegenartig fehlten auch noch die Erfahrungen über ein solches Blatt.

Der Antrag Halberstadt wird darauf abgelehnt und der Antrag betr. die Agitationszeitung mit großer Mehrheit angenommen.

Zugunsten des Antrags Silber Schmidt wird der Antrag Wanzleben zurückgezogen. Der Antrag Silber Schmidt, die Vorlegung eines Statutenentwurfs betreffend, gelangt zur Annahme. Deswegen wird der Antrag Aschersleben zur Landtagswahl angenommen. Der Antrag Cracau bezüglich einheitlicher Klassenwähler wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Die Wahl des Vorstandes fällt auf die Genossen Badian, Vorsitzender, der 56 Stimmen, Pistorius, Kassierer, der 51 Stimmen, und Wittmann, Schriftführer, der 52 Stimmen erhält. Die bisherigen Stellvertreter, Hennig, Richter und Trone, werden per Akklamation wiedergewählt. Ein Antrag Magdeburg, daß die drei Stellvertreter gleichzeitig Kassierereisen sein sollen, wird ebenfalls angenommen. Als nächster Tagungsort wird Magdeburg bestimmt. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Zu seinem Schlusswort weist der Vorsitzende Genosse Tielisch noch einmal auf die Bedeutung des Bezirkstags hin, worauf die Verhandlungen mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie um 11 Uhr abends geschlossen werden.

## Gewerkschaftskartell Magdeburg.

Sitzung vom 24. Oktober 1907.

Es fehlen die Delegierten der Glaser, Gutmacher, Lithographen und Steinbrüder, Schiffszimmerer und Textilarbeiter.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt der Vorsitzende Söhnchen bekannt, daß die beiden Vorstandsmitglieder Wender und Sauppe von Magdeburg bezogen seien und sich hierdurch eine Ersatzwahl notwendig mache.

Genosse Wernicke teilt mit, daß die Glasbläsergenossenschaft in Steinach den Genossen empfindlich, etwaigen Christbaumsumme von dort zu beziehen; ferner, daß die Tabakarbeiter-Aushebung nunmehr beendet und die umgelegten Gelder an die Generalkommission gesandt werden müssen. Die mit der Zahlung der Unterstufungsbeiträge noch rückständigen Gewerkschaften werden ersucht, umgehend die Beträge abzuliefern. Die Generalkommission hat Einspruch erhoben gegen die Konferenz der Dienstboten-Organisation im Anschluß an den Kreuzentag und gegen die Entsendung von Delegierten. Das Sekretariat werde in diesem Sinne wirken. Des Weiteren habe die Generalkommission angeregt eine Statistik über die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts seitens der Behörden in den einzelnen Orten. Das sich daraus ergebende Material sei äußerst wichtig für die Reichstagsfraktion bei der Verhandlung der zu erwartenden Reichsvereinsgesetzvorlage. Von den Grenzstreitigkeiten zwischen dem Brauereiarbeiterverband und den Transportarbeitern, mit welcher der Kartellvorstand sich wiederholt habe beschäftigen müssen, wird gleichfalls Mitteilung gemacht. Eine Einigung sei leider nicht zu erzielen gewesen; es werde nunmehr die Entscheidung der Generalkommission eingeholt werden.

Bei der Wahl zweier Vorstandsmitglieder erhalten von 89 abgegebenen Stimmen: Herzberg 81, Frahnert 8; die damit gewählt sind.

Genosse Rudenitsch referiert dann über die Aufgaben des Kartellkartells. Er gibt zunächst ein Programm bekannt, nach welchem er seine Tätigkeit in Zukunft zu entfalten gedenke. Bestimmte Normen aufzustellen, sei unmöglich, da man Erfahrungen auf diesem Gebiet noch nicht habe sammeln können; denn das in Magdeburg gegründete Gewerkschafts-Bezirks-Sekretariat sei das erste in Deutschland. Erst nach Ablauf eines Geschäftsjahres sei man imstande, positive Vorschläge zu machen. Er sei aber schon jetzt davon überzeugt, daß er ein großes Feld zu bearbeiten habe und die Bewältigung des sich bietenden Materials außerordentliche Leistungen erfordere, wobei er auf die Unterstützung der Genossen rechnen müsse.

Namens der Kommission zur Vorbereitung der Gewerbeverordnungen erstattet Genosse Wernicke Bericht; er konstatiert dabei das keineswegs immer wohlwollende Entgegenkommen der Behörden bei Wählung sich zeigender Mängel. Es sei heute schon klar, daß das Wahllokal im Budau viel zu klein sei und daß, wenn hierin nicht eine Aenderung eintritt, voraussichtlich viele Wähler nicht imstande sind, ihr Wahlrecht auszuüben. Es sei daher dringend geboten, beim Magistrat die Einrichtung noch eines Wahllokals zu beantragen; denn bei der letzten Gewerbeverordnungs-Wahl habe sich gezeigt, daß der Saal des „Choreums“ zu klein sei. Die Anzahl der Wähler habe sich seitdem bedeutend vermehrt, so daß es unbegreiflich erscheint, wenn in diesem Jahre das bedeutend kleinere Restaurant zum Adler als einziges Wahllokal bestimmt sei.

In der Diskussion, an der sich die Genossen Wernicke, Brandes, Frahnert, Ihbe, Herzberg, zum Teil wiederholt, beteiligten, wurden noch verschiedene Mängel an dem bisherigen Verfahren konstatiert, doch war die Versammlung darin einig, daß alles aufgebessert werden müsse, um auch den letzten Mann zur Wahl zu bringen. Ueber die noch zu erledigenden Punkte werden die Gewerkschaftsvorstände informiert und ihnen besonders zur Pflicht gemacht, die ihnen noch obliegenden Arbeiten mit der größten Eifertigkeit zu erledigen.

Unter „Verschiedenes“ wurde noch einmal die Tätigkeit der Bauarbeiter-Kommission einer Kritik unterzogen. Nach einer kurzen persönlichen Auseinandersetzung und nachdem man darüber Einigkeit erzielt hatte, daß die Arbeiten sehr schwierige seien und etwaige Berichte nur unter Zuziehung von Sachverständigen gegeben werden möchten, wurde aus der Mitte der Versammlung die Frage gestellt, ob auch für die Arbeiten der Gas- und Wasserwerke die Bestimmungen über Arbeiter-Schutzvorrichtungen Geltung haben. Nach Bejahung der Frage wurde festgestellt, daß bei den gegenwärtig in der Wolmüchster Straße vorgenommenen Gas- oder Wasserarbeiten jede Schutzvorrichtung fehlerhaft sei. Der dort aufgeworfene Graben, etwa 50 bis 60 Meter lang, sei nur an seinem Anfang mit einer Einfriedigung versehen; in seiner ganzen Länge sind zwar einzelne Steine niedergelegt; im übrigen aber könne es passieren, daß harmlos ihres Weges gehende Passanten Schaden an Leib und Leben leiden.

Man müsse unwillkürlich die Frage aufwerfen, welche Gründe maßgebend sind, daß die Behörden diese für alle Bauarbeiten geltenden Schutzbestimmungen in so auffällender Weise außer acht lassen.

Dann trat Schlus gegen 11 Uhr ein.

## Vermischte Nachrichten.

\* **Rändlich-schändlich.** Es war dieser Tage im Dorfe Butot im normännischen Eure-Departement (Frankreich). Ein Landmann namens Von erschien beim Bürgermeister und verlangte den Erlaubnischein zur Beerdigung seiner Tochter Georgette, die tags vorher an den Folgen einer 8 Tage vorher erfolgten Entbindung gestorben war. „Was ist denn aus dem Kinde geworden und weshalb habt Ihr es nicht beim Standesamt angemeldet?“ fragte der Schulze. „Ach was!“ erwiderte Von, „der Kleine war tot geboren und ich hab ihn behalten, um meiner Tochter Freude zu machen.“ „Freude?“ „Nun ja, meine Tochter sah, daß sie sterben würde, und wollte, daß man ihr den Kleinen mit in den Sarg lege.“ „Aber das Kind muß doch schon in Verwesung übergegangen sein?“ „Es ist nicht zu arg. Tagsüber hatte die Mutter ihn bei sich im Bette, nachts aber taten wir ihn ins Kühle.“ Zu der Tat: allnächtlich wurde die kleine Leiche vor das Fenster gelegt und erst bei Tagesanbruch hereingenommen, um der armen Mutter gegeben zu werden, die in ihrer Kammer röchelte. Der Schulze fragte, weshalb der Bauer denn keinen Arzt geholt habe, und erhielt von Von die Antwort: „Ach was, dazu hat unsereins keine Zeit. Ich habe nach Bizeux fahren müssen, um einen Gaul zu kaufen, und bin dort zwei Tage geblieben. Wenn Sie sich einbilden, daß man nichts Besseres zu tun hat als um den Arzt zu schicken! Und übrigens: sie hat zum vierzehnten Mal geboren; sie kennt den Hummel!“ Das ging dem Schulzen denn doch über die Gutschnur und er zeigte Von dem Staatsanwalt an. Derartig vertierete Bauern wie dieser Von sind in der Normandie nicht selten. Die Schuld an dieser Geistesverfassung trägt der Schnapsteufel, der in der Normandie erschreckend wütert.

\* **Das „Anarchistenpiel“.** Aus Brüssel wird geschrieben: Das neue Spiel haben die Brüsseler Straßenjungen, die sogenannten Ketjes, erdacht. Das Material, dessen man zu diesem Spiele bedarf, ist ziemlich einfach; es besteht lediglich aus einem Stück zusammengefassten Papiers, in das man eine kleine Kapsel mit Pulver gewickelt hat. Man — das sind die Ketjes — zündet nun das Papier an den Enden an und wirft es in den Briefkästen irgendeines Hauses. Das Papier verbrennt, die Zündkapsel knallt und die erschreckten Hausbewohner flüchten im Glauben, daß es sich um eine Explosion handelt, auf die Straße. Den Ketjes, die die Hände tief in den Hosentaschen vergraben, die Entwicklung der Dinge mit großem Interesse verfolgen, macht das natürlich ungescheuten Spaß.

\* **Ein König, der streift.** Die Belgier wissen gar nicht, in was für Gefahren sie seit 2 Monaten schweben. Sie sind nämlich schon seit 2 Monaten ohne königliches Oberhaupt. Offiziell ist Leopold seit August in einem belgischen Badeort, alle königlichen Verfügungen, Erlässe, Handschreiben sind aus jenem belgischen Badeort gezeichnet, in dem er sich — wie die Belgier jetzt mit Schrecken vernehmen — gar nicht befinden hat. König Leopold streift vielmehr seit August, das heißt er „weilt“ im Ausland. In einem stillen Schloß, einige Stunden von Paris, ist der zweiunddreißigjährige Beherrscher aller Belgier und wird wieder einmal Vater. Jene Hausmeisterstochter, die Leopold zur Baronin Vaughan ernannt hat, hat dem greisen König vor einigen Tagen einen irrammen Jungen geschenkt. Das Wunder ist der göttlichen Vorsehung (und vielleicht auch einem Jugendfreund der Dame) zu danken. Genug, Leopold ist seit 2 Monaten ausschließlich mit der Niederkunft seiner ihm morgantisch angetrauten Liebsten beschäftigt, meidet sein Reich, weigert sich, seine Minister zu empfangen und pfeift überhaupt auf die ganze Regierungsgechichte. Die Belgier, wie gejagt, haben es gar nicht bemerkt, daß ihnen ihr Oberhaupt schon seit 2 Monaten fehlt. Nun wissen's aber alle. Als nämlich die Baronin Vaughan vor ein paar Tagen etwas spurte, da mußte flugs aus Paris ein berühmter Frauenarzt im Auto herbeigebracht werden. Der Benzinwagen raste über die Landstraße — dem stillen Schloß zu. In der Geschwindigkeit fuhr das königlich belgische Automobil in eine Viehherde und überfuhr den Treiber. Jetzt mußte der Frauenarzt dem verwundeten Manne Hilfe leisten, mußte sich legitimieren und konnte dann erst zur Dame aufs Schloß Vormoy eilen. Seither weiß ganz Paris, ganz Frankreich und leider auch ganz Belgien, daß König Leopold schon seit 2 Monaten nicht regiert, sondern daß ihn andre Umstände zur Niederlegung der Arbeit veranlaßt haben. Das Bedenliche an der Sache ist, daß die Belgier sich jetzt fragen, wie sie es 2 Monate lang ohne Oberhaupt aushalten konnten und — das Land litt dabei keinen weiteren Schaden! Nicht nur die Sozialisten, auch die Liberalen, ja sogar die Konserverativen scheinen sich mit dem Ausstand des Königs abgefunden zu haben, und es ist gar nicht unmöglich, daß der Streit, bei dem natürlich auch Lohnforderungen (wegen der Uebernahme des Kongostaats) mitspielen, mit einem Ultimatum schließen wird, die Arbeit ungehäumt wieder aufzunehmen oder die definitive Entlassung zu gewärtigen! Wozu noch zu bemerken wäre, daß es an Streifbrechern nicht fehlen würde, vorausgesetzt, daß die Belgier nach solchen „nützlichen Elementen“ überhaupt Verlangen tragen sollten.

## Marktberichte.

Magdeburg, 26. Okt. Die heutigen Marktpreise waren: Erbsen, gelbe zum Kochen 18,00—22,00. Speisebohnen (weiße) 23,00 bis 40,00. Linsen 30,00—62,00. Erbsenstroh 5,50—7,00. Nichtstroh 5,50—6,50. Krummstroh 4,00—5,00. Heu 7,50—9,00. Alles für 100 Kilo. Rindfleisch im Großhandel 1,14—1,35, von der Keule 1,40—1,60. Rindfleisch 1,20—1,40. Schweinefleisch 1,40 bis 1,70. Kalbfleisch 1,40—1,70. Hammelfleisch 1,30—1,60. Speck (geräuchert) 1,60—1,70. Eßbutter 2,50—2,80. Alles für 1 Kilo-gramm. Eier für 60 Stück 4,00—4,80.

## Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null.

	Hier, Eger und Mosbau.	Fall	Wachs
Jungbunzlau	25. Okt. — 0.12	26. Okt. — 0.14	0.02
Lann	— 0.65	— 0.47	— 0.18
Budweis	— 0.12	— 0.13	—
Prag	—	—	—
<b>Anstent und Saale.</b>			
Straußfurt	26. Okt. + 1.00	27. Okt. + 1.00	—
Weißenfels Untp.	— 0.16	— 0.04	— 0.12
Trotha	— 1.44	— 1.46	— 0.02
Wistleben	— 1.08	— 1.05	— 0.03
Bernburg	— 0.65	—	—
Salbe Oberpegel	— 1.40	—	—
Salbe Unterpegel	— 0.12	—	—
<b>Mulde.</b>			
Deffau, Muldenbr.	26. Okt. + 0.14	27. Okt. + 0.15	— 0.0
<b>Elbe.</b>			
Hardubitz	25. Okt. —	26. Okt. —	—
Brandeis	—	—	—
Melmitz	—	—	—
Reimeritz	— 0.61	— 0.60	— 0.01
Kuffig	28. — 0.36	27. — 1.78	— 0.01
Dresden	— 1.77	—	—
Torgau	— 0.06	—	—
Wittenberg	— 1.01	—	—
Köglau	— 0.46	— 0.44	— 0.02
Barby	— 0.80	— 0.53	— 0.02
Schönebeck	— 0.33	—	—
Magdeburg	27. — 0.80	28. — 0.80	—
Langermünde	26. — 1.11	27. —	—
Wittenberge	— 1.12	— 1.10	— 0.02
Bruck-Ödmüß	— 0.56	— 0.55	— 0.01
Lauenburg	— 0.66	— 0.64	— 0.02

# Lange & Münzer

51a Bretteweg 51a

## Kinder-Häubchen

Häubchen: 1.00  
Tuch, rot und marine, mit aufgesetztem Bärtchen und Applikation, mit Schleife und Rüsche garniert

Häubchen: 1.25  
Eispflüsch, rot und weiß, mit Bändchen, Rosetten und Frächten garniert

Häubchen: 1.35  
Tuch, rot und marine, reich mit Bärtchen besetzt, mit voller Schleife und ringsherum mit Rüsche garniert

Häubchen: 1.35  
Lammfellstoff, weiß, reich mit Fiehbändchen und Schleifen garniert

Häubchen: 1.75  
Wirbel-Eispflüsch, rot und weiß, mit Seide und Bändchen garniert

Häubchen: 1.75  
Blüsch, rot und marine, mit Seidenschleife und Seidenrüsche garniert

Häubchen: 1.85  
Wirbel-Eispflüsch, mit Bändchen-Rosette, vorn mit Seidenrüsche garniert

Häubchen: 2.00  
Wirbel-Eispflüsch, weiß und rot, mit reicher Seiden- und Rüschen-Garnitur

Häubchen: 2.45  
Blüsch, rot und marine, mit doppelter Seidenrüsche, Schleifen- und Bändchengarnitur

Elegantere Kinderhauben u. Kinderhüte in grösster Auswahl.

# Bleiben Sie fest

beim Einkauf von Malzkaffee und bestehen Sie mit Entschiedenheit darauf, nur Kathreiners Malzkaffee zu erhalten. Denn wenn Sie statt des echten „Kathreiner“ eine minderwertige Nachahmung nehmen, sind Sie immer geschädigt, weil kein zweiter Malzkaffee den vollen Genusswert des echten „Kathreiner“ erreicht. Kathreiners Malzkaffee — nur in geschlossenem Paket in der bekannten Ausstattung mit Bild und Namen des Pfarrers Kneipp und der Firma Kathreiners Malzkaffee-Fabriken erhältlich — zeichnet sich vor sämtlichen Erzeugnissen seiner Art durch kaffeeähnlichen Wohlgeschmack aus. Diesen grossen Vorteil wird sich doch keine Hausfrau entgehen lassen wollen!

In allernächster Zeit kommt das neue Waschmittel

# Persil

1604

auf den Markt, mit dem man durch einmaliges Kochen ohne Mühe, ohne Reiben blendend weisse Wäsche erzielt, dabei garantiert der Fabrikant die absolute Unschädlichkeit für die Wäsche. Vollständig ungefährlich bei beliebiger Anwendung. Passen Sie auf, Annoncen geben bekannt, wann „Persil“ zu haben ist.

Gratulationskarten empfiehlt Buchhandlung Volksstimme.

## Versorgen Sie sich rechtzeitig mit Gummischuhen!

bei



Für Kinder ..... schon von 1.00 Mk. an.  
Für Damen ..... schon von 1.50 Mk. an.  
Für Herren ..... schon von 2.50 Mk. an.

**Gummischuhe** echt russische echt amerik.

**Für Brautpaare**

empfehle komplette neue Wohnungs- und Einrichtungsgegenstände 275 Mk., einzelne Ersatzstücke spottbillig. — Kein Laden, nur Lager, daher so billig. 1460  
Knehl, Möbelfabrikerei Braunschweigstr. 10

Wo gibt es die billigsten Schuhe?  
Nur Kurtürstenerstr. 8 bei G. Conrad.

**E. Beck**  
vorm. C. Heisinger  
Knochenhauerufer Nr. 56  
Spezialgeschäft für Bettfedern und Daunenn, gross. Lager fertiger Betten, Inlets, Bezüge, fert. Wäsche, Bettfedern-Reinigungs-Anstalt. Vorzüglichste Einrichtung. 1314  
Mitglied des Rabatt-Sparvereins.

**Nähmaschinen-Reparaturen** ::  
in und außer dem Hause 1029 billigt bei R. Osterloh, Mechan. Magdeburg, Lüneburger Straße.

**Gesang-Vereinen**

empfehlen wir zu ihren Festlichkeiten unsere Druckerei zur Anfertigung aller Drucksachen. Programme von den einfachsten bis zu den feinsten, sowie Eintritts-Karten werden sauber und prompt geliefert.

W. Pfannkuch & Co.  
Grosse Münzstr. 3 - Fernsprecher 961

**Schuhwaren!**

551 Billig! Billig!  
Herren- u. Damenschuhe, Stiefel, Letzen, Turn-, Strand- u. Kinderschuhe, Pantoffel, auch aus Konturmassen stamm. Waren  
Nur Neuhadt, Schmidtstr. 44.

**Schmerzloses Zahnziehen**  
nach Professor Dr. med. Braun  
bei R. Giesecke, Grusonstr. 1

**Billige Schuhwaren**  
Kleinfeld 960  
Buckau, Schönebecker Str. 96

Gute Speisekartoffeln u. Futterkartoffeln z. vert. St. Michaelstr. 31.

**Speisekartoffeln**  
Zanders, magnum bonum u. Neufartoffeln, vorzüglich köchend und schmeckend, offeriert billigst 665  
P. Arendt, Rothenjäger Straße 8.

Fränk. Privatmittagsstisch für 50 Pf. im Abonnement 45 Pf. — Jeden Donnerstag von 7 Uhr an: Kartoffelpuffer.  
Schmiedehofstr. 14, Zentralbad.

**Hausmaler** 1511  
Kernmann Isensee junior Barleben, Bürger Straße.

Burg Zecher Str. 22 Burg  
Jeden Mittwoch frische Wurst.  
Sonntags Knoblauchwurst.  
1224 Ernst Giese.

heute sowie jeden Mittwoch  
Schlachtfest. Morgenstr. 18.

**Vereins-Kaffee**

zu 1.20, 1.40, 1.60 1480

3 edle Sorten.

Zu haben in allen Verkaufsstellen des Warenvereins, G. m. b. H.

**Otto Lehmann** Sudenburg Halberstädter Str. 1  
Spezialgeschäft für Wäsche  
empfehlen  
doppelt gereinigte Bettfedern und Daunenn sowie fertige Bettfedern-Reinigungsanstalt.

**Achtung!** **Achtung!**  
Morgen Mittwoch den 30. ds. Mts. findet wieder der

**Große Fischverkauf**  
der Geestmünder Fischhandlung statt. Beginn früh 7 1/2 U.  
Stand: Auf dem Altmarkt beim Lutherdenkmal.  
Große Auswahl. — Blutfrische Fische. — Großes Angebot.  
Doppeltes Personal. — Enorm billige Preise.  
Nur Mittwoch finden unsere Verkäufe statt.  
Nicht mit den Sonnabendverkäufen zu vergleichen.

Wenn Sie Ihre Zigarren die aus der Fabrik beziehen, kaufen Sie gut und billig Nr. 12 kräftig und Nr. 14 mild garantiert rein 11 Stück 50 überfeisch  
bet  
**C. Fuhrmann**  
Zigarrenfabrik, Buckau, Schönebecker Str. 10  
Von 100 Stück an Fabrikpreis.

**200 Cigarren umsonst**  
an jedermann. Da ich die größten Konturslager kaus, verende je 200 Stück feine volle 8 Fig.-Cigarren für 12.70 Mk. und gebe außerdem 200 Stück gratis für Weiterempfehlung. Also diesmal 400 Stück 12.70 Mk. oder 600 Stück 18 Mk. Nur wer bis 3. November bestellt, erhält 200 Stück umsonst. Versand gegen Nachnahme. Garantie: Nicht gefallenes Geld sofort zurück. A. Kaufmann, Versandhaus Hamburg

**Kleider, Kostüme**  
Blusen, Röcke billigst  
Herren-Garderobe  
Moltkestrasse Nr. 8

Neu!  
**Sahne-Postkarten-Schokoladen**  
adelose Qualität, pro Tafel 20 Pf.  
:: **Kustensiller-Melange** ::  
(Dobroumischung mit Milchee, Eufalyptus, Malz, Honig, Knöterich, Salmiak, Spitzweigerich, Zwiebel- u. Geschmack) pro Pfund 80 Pf.  
Zu haben in sämtlichen Lagern des

**Konsum-Verein Neustadt**  
G. m. b. H. 1134

**Pfeil-Wringmaschinen**  
sind die besten der Welt, weil die Güte und Stärke des Gummi sie vor allen anderen auszeichnet. Das dazu verwendete hervorragende Material ist auf das Sorgfältigste doppelt verzinkt und dadurch sicher gegen Rost geschützt.  
**A. ROSE, MAGDEBURG**  
Gegründet 1865.  
Preisliste mit Abbildungen frei und umsonst.  
Zweig-Geschäft und Vertreter an allen grösseren Plätzen.



er sechs Gewerkschaften, und für die die Angestellten entschlossen sind, den Streik einzutreten, wenn es sein muß.

**Zur Lage der Photographengehilfen.** Die Beschäftigung von Arbeitern in photographischen Anstalten kann gestärkt werden: an den letzten vier Sonntagen vor Weihnachten zum Zweck der Aufnahme von Porträts, des Kopierens und Retuschierens für 10 Stunden bis spätestens 7 Uhr abends; an allen übrigen Sonntagen und Festtagen zum Zweck der Aufnahme von Porträts im Sommerhalbjahr für 6 Stunden bis spätestens um 5 Uhr nachmittags, im Winterhalbjahr für 5 Stunden bis spätestens um 4 Uhr nachmittags. Die Aufnahme unter 2 findet keine Anwendung auf den ersten Weihnachtstag, Oster- und Pfingstfesttag. Obgleich diese Gesetzesvorschriften schon über 12 Jahre in Kraft sind, bringen die Arbeitgeber unsere Kollegen zum großen Teil zur längeren Sonntagsarbeit. Die Arbeitgeber weisen immer darauf hin, das Publikum komme stets so spät zum Photographen. Deshalb bitten wir das Publikum, insbesondere aber die Arbeiterklasse, sich keinesfalls an Sonn- und Festtagen vor vor- mittags 10 Uhr und nach 3 Uhr nachmittags zum Photographen zu bemühen, damit den Gesetzesübertretern vor und nach dieser Zeit nichts zu tun bleibt. Wir bitten aber auch die organisierten Arbeiter, uns noch fernstehende Photographengehilfen, mit denen sie irgendwie in Verbindung kommen, auf unsere Organisation hinzuweisen und dieser zuzuführen.

Deutscher Photographengehilfen-Verband, Berlin S.O. 16, Josephstraße 7, I.

### Fünfter Kongress der Gewerkschaften Oesterreichs.

Der Kongress, der am Sonntag in Wien zusammentrat, ist von 386 Delegierten besetzt. Vertreten sind durch 47 Zentralorganisationen und 30 Lokalorganisationen 397 169 Mitglieder. Die Gewerkschaftsorganisationen in Oesterreich nehmen in bezug auf Größe und Stärke die dritte Stelle auf dem Kontinent ein. Smilka eröffnete den Kongress mit einer Rede, in welcher er hervorhob, daß sich die Mitgliederzahl der Gewerkschaften seit dem letzten Kongress verdreifacht habe und damit sei auch Oesterreich zu den Großmächten der Organisationen aufgetreten. Neben dieser bedeutenden Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationen seien noch weitere bedeutende Ereignisse zu verzeichnen, vor allem die Erringung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts und die feierliche Vollziehung des Reichstagswahlens, welche einen großen Erfolg für die sozialdemokratische Partei ergaben. Aber nicht allein die gewerkschaftlichen Organisationen sind gewachsen, auch die Unternehmer haben ihre Organisationen ausgebaut. Im Hinblick darauf werden sich in Zukunft die Lohnkämpfe noch schwieriger gestalten, und da müsse alles vermieden werden, was zu einer Zersplitterung führen könnte, um den großen Aufgaben, welche den Gewerkschaften bevorstehen, gewachsen zu sein. Gewerkschaftssekretär Hueber gab zu dem dem Kongress vorgelegten Rechenschaftsbericht mehrere Ergänzungen. Die Periode der gemühtlichen Streiks, jagte er, sei vorüber; wir gelangen bereits in die Periode der Abwehrkämpfe, die Unternehmer in die der Angriffskämpfe. Die Krise, die in Amerika bereits begonnen, von der in Deutschland Anzeichen auch schon vorhanden ist, werde wahrscheinlich von den schwarzen Grenzpfählen nicht stehen bleiben. Im großen und ganzen sei zwar noch eine gute Konjunktur, aber in einzelnen Branchen beginne sich schon ein Rückzug bemerkbar zu machen. Hingzu komme eine ungünstige Ernte. Man gehe schweren Zeiten entgegen. Hueber regte hier die Schaffung eines Solidaritätsfonds an, um für alle Fälle gerüstet zu sein. Es soll mit dieser primitiven Art, im Falle der Not den Wetteinsatz zu schwingen, endlich aufgehört werden. In entschiedener Weise nahm er Stellung gegen die separatistische Richtung und betonte, daß die Anerkennung dieser Organisation geradezu katastrophal auf die Gewerkschaften wirken würde. Dem Bericht ist ferner zu entnehmen, daß die Beiträge an die Gewerkschaftskommission während der Berichtsperiode 243 730 Kronen betragen. Für Streikgelder sind 388 838 Kronen eingegangen. Die Lohnkämpfe wurden, mit Ausnahme einzelner Fälle, mit Erfolg beendet. Mit Ende Dezember 1906 wurden 448 270 Mitglieder in der Gesamtorganisation festgestellt. Demalen wird die erste halbe Million Mitglieder in den Gewerkschaften als überschritten verzeichnet. Die Zunahme der weiblichen Mitglieder beträgt 13 788, die Gesamtzahl beträgt 42 190. Die Vermögenszunahme betrug im Vorjahre rund 1 Million, diesmal schon 2 Millionen Kronen. Die Gesamtorganisation verfügt über einen Vermögensstand von 7 Millionen Kronen. Ueber den Stand der Fachpresse wird berichtet, daß sich die Fachblätter folgendenmaßen verhalten: 46 deutsche, 40 tschechische, 6 polnische, 1 italienische und 1 slowenische, die in einer Gesamtauflage von 458 670 Exemplaren erscheinen. Die Mehrzahl der Redner anerkannte die Notwendigkeit eines Solidaritätsfonds, gaben aber ihren Bedenken Ausdruck, die Arbeiterklasse zu neuen Lasten heranzuziehen.

In der zweiten Sitzung des Gewerkschaftskongresses erstattete Smilka das Referat über die Tätigkeit des Arbeitskategorischen Amtes. Es ist gerade 10 Jahre, daß das Arbeitskategorische Amt ins Leben gerufen ist. Das Arbeitskategorische Amt könnte manches Wertvolle für die Arbeiterklasse leisten, wenn es zu einem Arbeitsamt ausgebaut und wenn an dessen Spitze nicht ein Bureaukrat, sondern ein Mann stände, der auch ein Herz und Verständnis für die Lage der Arbeiterklasse hat. Der Referent besprach in eingehender Weise die Aufgaben, welche dem Arbeitskategorischen Amt vorliegen. Eines der wichtigsten Gutachten wurde über die Reform und den Ausbau der Arbeiterversicherungen abgegeben. Die Sitzung, in der jodann Fragen der Organisation und Taktik (Betriebsorganisation und gemeinsames Vorgehen bei Streiks) zur Verhandlung kamen, wurde auf Antrag des Referenten Hueber für geheim erklärt.

Die dritte Sitzung, in welcher eine große Debatte über das Referat Huebers über Organisation und Taktik geführt wurde, war auch geheim. Die meisten Redner beschäftigten sich mit den Details über die Bildung eines Solidaritätsfonds. Der Referent beantragte die Annahme folgender Resolution:

„Der Solidaritätsfonds der Gewerkschaften Oesterreichs wird alljährlich bis zum nächsten Kongress im Betrage von 1,20 Kronen von jenen Mitgliedern, die der Reichskommission angehören, durch die Berufsorganisationen eingehoben. Die Erhebung erfolgt durch die hierzu bestimmten Karten und Marken, die von der Reichskommission ausgegeben werden. Der Solidaritätsfonds wird von jeder einzelnen Organisation separat gebucht und verwaltet.“

Der Solidaritätsfonds darf nur für Abwehrkämpfe verwendet werden. Unter Abwehrkämpfen sind hauptsächlich Ausperrungen und von Gewerkschaften geführte Kämpfe um den Bestand ihrer Organisationen zu verstehen. Andere Fälle, die als solche zu qualifizieren wären, sind der Gewerkschaftskommission zur Entscheidung vorbehalten.

Die Reichskommission hat das Recht, Darlehen und Unterstützungsbeiträge für in Abwehrkämpfen stehende Organisationen zu gewähren. Doch sind bei Gewährung von größeren Darlehen jene Organisationen, die in der Reichskommission kein Mitglied besitzen und einen größeren Beitrag hinterlegt haben, zu der Beratung und Beschlußfassung einzuladen.

Unterstützungsbeiträge, die die Reichskommission gewährt, sind nach dem Stande der Mitgliederzahl des Vereines prozentual auf die Branchen aufzuteilen und in Abzug zu bringen.

Organisationen, die durch anhaltende große Streiks in finanzielle Not geraten sind oder den Kampf um den Bestand ihrer Organisation führen, können den eingezahlten Beitrag auf Beschluß der Reichskommission, abzüglich des prozentuellen Unterstützungsbeitrags, der an Organisationen abgegeben wurde, begehren.“

Von mehreren Organisationen sind bei Anerkennung der Notwendigkeit der Solidaritätsfonds Währungsanträge bezüglich der Beitragsleistung gestellt worden. Zur Beratung und Beschlußfassung über diese Anträge wurde ein Komitee gewählt, welches in der morgigen Sitzung Vorschläge zu erstatten hat.

### Provinz und Umgebung.

**Mährerleben, 28. Oktober.** (Einen öffentlichen Vortragabend) veranstaltet am Mittwoch bei freiem Eintritt der Bildungsausschuß des Gewerkschaftsverbandes. Siehe Inserat.

**Burg, 28. Oktober.** (Nacht unangenehm) war es den hiesigen Wäckermeistern, daß das „Tagblatt“ am Freitag eine Notiz brachte, aus der zu entnehmen war, daß sie beschloßen hatten, die sonst übliche Weihnachtsgabe in diesem Jahre nicht zu veranlassen. In der Sonntagsnummer bringt nämlich das „Tagblatt“ eine Art Berichtigung dieses Beschlusses. Es heißt darin: „In bezug auf die gebrachte Notiz betreffend den Beschluß der hiesigen Wäckermeister bezüglich der Weihnachtsgaben wird von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß ein formeller Beschluß in dieser Beziehung nicht gefaßt ist, daß vielmehr nur eine Aussprache über diese Angelegenheit stattgefunden hat.“ So wie die Sache in der Freitagnummer des „Tagblatt“ gebracht worden ist, konnte sie natürlich auch nicht bleiben. Dazu ist ja immer noch Zeit, kurz vor Weihnachten; das wäre geeignet, den Kunden ein Licht aufgehen zu lassen. Zugegeben muß aber selbst von „unterrichteter Seite“ werden, daß „eine Aussprache“ über die Angelegenheit stattgefunden hat. Daß diese Aussprache nicht den Zweck hatte, die Weihnachtsgaben beizubehalten oder gar zu vermehren, leuchtet jedem Kunden ohne weiteres ein. Den Arbeiterfrauen wird diese „Aussprache“ zu denken geben. Tatsache ist allerdings, daß sich durch die „Zugaben“ manche Arbeiterfrau bis jetzt nicht dazu verstehen konnte, ihren Broterwerb im Konsumlager zu decken. Wenn nun aber diese Zugaben wegfallen, so fallen mit ihnen auch die letzten Gründe, die für eine derartige Selbstschädigung der Arbeiterfrau sprechen, weg. Als im vorigen Jahre das Lager des Konsumvereins Neustadt eröffnet wurde, urteilten einige Wäckermeister recht abfällig über die Maßnahme. „Konkurrenz hätte man von dieser Maßnahme nicht sonderlich zu fürchten“, hieß es. Uns scheint das aber nach diesem Versuch der Wäckermeister, ihre Einnahmen dadurch zu steigern, daß sie ihren Kunden die Zugaben entziehen, doch der Fall gewesen zu sein. Vorkaufsrecht haben wir erst ein Lager am Ort; bald wird das zweite errichtet. Was werden die Wäckermeister dann ihren Kunden entziehen?

**Gommern, 28. Oktober.** (Von einem traurigen Geschehnis) ist der Arbeiter Chr. Braumann in Pöblich betroffen worden. Ihm starben kürzlich erst zwei Kinder und am 24. Oktober verlor er auch noch das dritte Kind infolge Leberfahrens durch eine betäubende Dose der Firma Hackemesser u. Co. Die Mutter der Kinder, die sich schon in erregter Gemütsverfassung befand, erhielt nun noch den Vorwurf von ihrem Ehemann, daß sie wohl das Kind nicht genügend beaufsichtigt habe. Das und den Tod ihrer Kinder nahm sie sich so zu Herzen, daß sie Selbstmord beging. Auf den Unfall selbst, dem das Kind zum Opfer fiel, müssen wir etwas näher eingehen. Die Firma Hackemesser u. Co. hat eine Feldbahn gebaut, auf welcher der Abraum von dem neuen Bruch nach dem früher Dittmarischen Bruch mittels Doreen, die von Pferden gezogen werden, befördert wird. Diese Feldbahn kreuzt die Dorfstraße und den mit dieser parallel laufenden sog. „Gang“. Die Bahn ist auf beiden Seiten von einem Drahtgitter umgürtet, an den Uebergängen aber fehlt jede Schutzvorrichtung. Das Kind soll nun auf dem „Gang“ hinter einem hölzernen Pfeiler, der sich unmittelbar neben dem Gleis befindet, gestanden haben. Nach andern Angaben soll das Kind versucht haben, auf eine Dore zu klettern, wobei es unter die Räder geriet. Andererseits wird behauptet, daß die Bremsen an den Wagen nicht vorchriftsmäßig waren, so daß an der abschließigen Stelle, an der das Unglück geschah, die Bremsen nicht so funktionierten, wie sie müssen. Was an dem widersprechenden Behauptungen richtig ist, wird hoffentlich die Staatsanwaltschaft in ihrer Untersuchung des Unglücksfalles ergeben, der so namenloses Verzei in eine Familie brachte und dem zwei Menschenleben zum Opfer fielen.

**Quedlinburg, 28. Oktober.** (Stadtverordnetenwahlen.) Freitag abend fand im „Kaiserhof“ eine vom Bürgerverein einberufene Versammlung statt, die sich mit den Stadtverordnetenwahlen beschäftigte. Eingeladen waren der Beamtenverein, Hausbesitzerverein, Gewerbeverein, Innungsausschuß, Kaufmännischer Verein, Lehrerverein und Mittelstandsvereinigung. Rektor Stoye, der die Versammlung leitete, erklärte, daß sich die ausstehenden Stadtverordneten der dritten Wählerklasse bereit erklärt hätten, eine Wiederwahl anzunehmen. Zugunsten der Wiederwahl dieser drei Herren, Kaufmann Fahlberg, Professor Kleemann und Fabrikant Mach, hätten sich der Landrat von Jacobi (Vorstand des Beamtenvereins) und Schmiedemeister Michael (Vorstand des Innungsausschusses) ausgesprochen. Herr Möhring, der Vorsitzende des Gewerbevereins der Maschinenbauer und Metallarbeiter, gab die gleiche Erklärung ab, hat aber die Versammlung späterhin, die Wahl eines Kandidaten aus den arbeitenden Kreisen, die doch das größte Kontingent der 3. Abteilung bilden, zu unterstützen. Die Versammlung erkannte diese Forderung gnädig an, sprach sich aber dagegen aus, eine bindende Erklärung abzugeben. Der Vorstand des Hausbesitzervereins war aber mit der Kandidatur des Professors Kleemann nicht einverstanden und brachte den Rektor Stoye in Vorschlag, dieser hat aber von seiner Person Abstand zu nehmen, und wies darauf hin, daß Herr Kleemann jetzt auch der 3. Klasse angehört. Auf Vorschlag des Tischlermeisters Krudt soll sich eine zweite Versammlung am 1. November nochmals mit der Kandidatenfrage beschäftigen. Die Mittelstandsvereinigung wird auch in diesem Jahre eigene Kandidaten aufstellen. Die Gewerkschaften können stolz sein auf die Blamage, die sich ihr Vertreter Möhring in dieser Versammlung geholt hat. Erst erklärt derselbe sich unternimmt mit allen Vorschlägen einverstanden, und dann will man sich nicht einmal dazu herbeilassen, eine unverbindliche Erklärung abzugeben, späterhin einen Kandidaten des Gewerbevereins zu unterstützen. Amner Möhring! Wann werden sich endlich die Gewerkschaften dazu aufschwingen, solchen Arbeiterverratern den Laufpaß zu geben.

(Unfall.) Durch einen Zusammenbruch des Gerüsts auf einem Bau des Maurermeisters Timpe (Kaserne) verletzten sich Sonnabend früh der Maurer Richter an der Hand.

**Stahlfurt, 28. Oktober.** (Von einer Kapitalkonzentration) vernügen wir wiederum Meldung zu machen. Das Feinschneidwerk in Leopoldshaus ist in die Hände der Allgemeinen Deutschen Kreditanstalt in Leipzig übergegangen. Sie besitzt damit eine Konkurrenz für ihre in Leopoldshaus bereits bestehende Filiale. Die Großen saugen die Kleinen auf.

(Eine Feiertag) hat am Sonnabend „Neustadt“ wegen Mangels an Abfall gehabt. Dasselbe wird sich vermutlich am Donnerstags wiederholen.

**Zangermünde, 28. Oktober.** (Aus dem Rathaus.) In der am 25. Oktober stattgefundenen Stadtverordneten-Sitzung wurde mitgeteilt, daß die Errichtung eines Wasserwerks bereits beschlossene Sache ist. Spätestens im Frühjahr nächsten Jahres hofft man das Werk in Angriff zu nehmen. Das neue alte Stadtviertel in der Nähe der Meyerischen Zuckerraffinerie hat nicht einen einzigen städtischen Brunnen aufzuweisen, und die städtischen Brunnen, die die Stadt sonst hat, müssen zum Teil noch behördlichseits geschlossen werden, weil das Trinkwasser schlecht ist. Jetzt ist die Einwohnerzahl vollkommen abhängig von den Brunnenbesitzern. Ist es ein Privatmann, so wird monatlich Wassergeld verlangt, ist es aber ein Geschäftsmann, dann muß sich der Wasserentnehmer verpflichten, seinen Bedarf an Lebensmitteln oder andern Waren beim Geschäftsmann und Brunnenbesitzer zu decken. Das trifft in erster Linie den Arbeiter, der zur Miete wohnt. Die Uebernahme des Elektrizitätswerts in eigne Regie wurde, nachdem die Firma Meyers Sohn, die jetzt Strom liefert, erklärt hatte, zu jeder Zeit der Auflösung dieses Vertrages zuzustimmen, einstimmig angenommen und zu gleicher Zeit dem Magistrat ein Betrag von 88 000 Mark zur Verfügung gestellt, um alles nötige vorzu-

bereiten. Durch diese Uebernahme ist die Stadt nicht mehr abhängig von der Zuckerraffinerie, und hoffentlich wird der Stromverlust bedeutend geringer sein, damit auch hier der Preis für die Stromkosten von 50 auf 40 Pfg. reduziert werden kann.

### Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg. Sitzung vom 26. Oktober 1907.

**Kleine Urachen, große Wirkungen.** Der Dachbederger Ernst Hoffmeister zu Langenweddingen, geboren 1886, wurde in der Nacht zum 13. Juli d. J. mit seinem Fahrrad, das nicht mit einer brennenden Laterne versehen war, von dem Ortswächter Müsche angehalten. Darüber wurde Hoffmeister aufgebrocht, gebrauchte Schimpfereien, fiel ab, hob das Rad hoch und schlug den Wächter damit in das Gesicht. Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten wegen Uebertretung der Polizeiverordnung vom 17. März 1900 zu 3 Mark Geldstrafe, wegen öffentlicher Beleidigung und gefährlicher Körperverletzung zu 10 Tagen Gefängnis. Die Verurteilungskammer stellte bezüglich der Körperverletzung fest, daß der Angeklagte in Notwehr gehandelt habe, hob deshalb betreffs der Vergehen das Urteil auf und belegte ihn nur wegen Beleidigung mit 50 Mark Geldstrafe.

**Eine leichtsinnige Aufforderung.** Am 14. Juli dieses Jahres abends, eilten drei junge Mädchen zu Bodendorf auf den haltenden Eisenbahnzug zu und stiegen auf die Plattform eines Wagens, um nach Altenhausen mitzufahren. Auf Geheiß des Zugführers August Gebhardt aus Tangermünde, geboren 1879, stiegen sie wieder ab, weil der Zug noch eine Rangierbewegung machen und zwei Wagen abgehen sollte. Als sich dann der Zug langsam in Bewegung gesetzt hatte, erinnerte Gebhardt die drei Mädchen, sie sollten wieder aufsteigen, sie seien noch jung und könnten doch springen. Die 12 Jahre alte Alma Böhme glitt dabei auf der Plattform aus und fiel herunter. Das Rad eines Wagens geriet unter ihren linken Fuß. Die Verletzte mußte 9 Wochen im Krankenhaus zubringen. Der Angeklagte wurde wegen fahrlässiger Körperverletzung zu 160 Mark Geldstrafe ev. 16 Tagen Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 6 Monate Gefängnis beantragt.

**Falsche Anschuldigung.** Die vorbestrafte berechtigte Arbeiterin Emma Frederdsdorf geb. Altsleben hier, geboren 1879, erhielt wegen wissentlich falscher Anschuldigung 4 Monate Gefängnis. Sie hatte am 19. Juli d. J. einen Händler, der ihr Waren auf Kredit gegeben und sie später wegen Betrugs angezeigt hatte, wegen wissentlichen Meineids denunziert. Dem Verurteilten wurde die Publikationsbefugnis zugesprochen.

**Feuerbezahler.** Der erheblich vorbestrafte Bädergehilfe Mag Wagner hier, geboren 1879, war in der Zeit vom März bis Ende Mai d. J. bei dem Wäckermeister Denede zu Altenweddingen beschäftigt und stahl dort ein Hemd, ein Paar Strümpfe und aus einem Schrank unter Anwendung eines falschen Schlüssels 280 bis 300 Mark. Die Kammer erkannte wegen einfachen und wegen schweren Mißfallbetrugs auf 4 Jahre Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust und Zulässigkeit von Polizeiaufsicht, beschloß auch die sofortige Verhaftung.

**Diebstahl.** Der Arbeiter Peter Michalowitz aus Angern, geboren 1884, stahl am 16. September d. J. dem Arbeiter Wigan zu Wangleben aus dem erbrochenen Koffer 10 Mark und erhielt deswegen 6 Monate Gefängnis.

### Der Mord um die Erbschaft.

(Sechster Verhandlungstag.) Am Sonnabend fanden in dem Prozeß gegen Fritz Bergmann und seine Mitangeklagten die Plädoyers statt. Staatsanwalt Otto beantragte die Verurteilung aller drei Schuldigen, die, wie wir bereits mitgeteilt haben, bezüglich des Fritz Bergmann auf Mord, bezüglich seiner Schwester Martha Klein auf Beihilfe zum Mord und bezüglich deren Ehegatten Max Klein auf Anstiftung zum Mord lauten. Hierauf hielt der Verteidiger des Fritz Bergmann, Rechtsanwalt Dr. Altschlag sein Plädoyer. In der Nachmittagsitzung sprachen der Verteidiger der Angeklagten Martha Klein, Rechtsanwalt Weiersdorf (Girshberg) und der Verteidiger des Max Klein, Justizrat Dr. Mamroth (Breslau). Alsdann zogen sich die Geschwornen zurück und beschäftigten sich nach mehrstündiger Beratung mit familiären Schuldfragen.

**Das Urteil.** Der Gerichtshof verurteilte darauf den Wirtschaftsassistenten Bergmann wegen Mordes zu 10 Jahre Zuchthaus, den Gutbesitzer Klein wegen Anstiftung zum Mord ebenfalls zum Tode und Frau Klein wegen Beihilfe zu 4 Jahren Zuchthaus.

### Kleine Chronik.

An den Folgen eines Menschenbisses gestorben. Der Prior Vater M. Wiedemann von der Pflanzenschule für männliche Unheilbare im Kloster Witt zu Wasserburg in Obersayern ist dieser Tage gestorben; er war im August d. J. durch den Biß eines jugendlichen Pflanzlings, den er in den Daumen der rechten Hand erhielt, verwundet worden und ist jetzt den Folgen dieser Verletzung erlegen.

**Freiwillig verhungert.** Ein russisch-polnischer Arbeiter, der auf dem Gute Friesack-Booken beschäftigt war, wurde schwer leidend nach dem Krankenhaus in Friesack gebracht. Dort starb er am Freitag. Als Todesursache wurde Unterernährung und hierdurch verursachte Schwäche festgestellt. Um recht viel Erbsparnisse heimzubringen, entzog er sich die notwendigen Nahrungsmittel, bis er infolge von Entbehrungen zusammenbrach.

**Ein Weltstadtbild.** Gemeinsam in den Tod gegangen sind in Berlin zwei 16 jährige Mädchen, die seit dem Sommer sich einem leichten Lebenswandel ergeben hatten. Das eine Mädchen, Ella J., leitete eine Seifenfabrik in der Hannoverschen Straße zu Kirdorf; das andre, Marie S. aus der Försterstraße, scheint die J. verführt zu haben. Schließlich fürchteten sie, daß die Eltern von ihrem Lebenswandel Kenntnis erhielten; sie beschloßen daher, gemeinsam zu sterben. Ella J. verließ am Sonntag ihr Geschäft, ohne es zu schließen, und begab sich mit der S. nach Kolonie Wendenstorf. Dort fand man am Montag morgen einen Damenstirn, eine Schürze, eine Halskette und einen Fettel, auf dem die Adressen der Mädchen standen. Am letzten Sonnabend wurden die beiden Leichen, die sich noch fest umschlungen hielten, gelandet und von den benachrichtigten Angehörigen besegnungsgebet.

**Das Erdbeben in Kalabrien.** In Kalabrien halten an einigen Orten die Erderschütterungen noch immer an und verheben die Einwohner in Schrecken, während überall in dem schwer heimgesuchten Gebiet die Behörden und private Körperschaften der Bevölkerung Hilfe zu bringen suchen. Auf den Trümmerhaufen der Ortschaft Ferruzzano spielen sich unter strömendem Regen herzerregende Szenen ab; Ueberlebende suchen jammernnd die Ueberreste ihrer Angehörigen. Während die Soldaten mit ungläublicher Energie arbeiten, verkommen unter den Trümmern das Stöhnen nach und nach. Ein Händepaar, das aus dem Schutthaufen hervorragt, hörte nach 24 Stunden auf zu jucken; bei rechtzeitig Hilfe wäre Rettung vielleicht noch möglich gewesen. — In Sant'Alfemia halten die Erdstöße an und rufen Panik hervor; auch dort ist alles gerückt. Kardinal Borromeo erklärt, der Anblick der Leichen, die Wind und Wetter ausgelegt sind, sei entsetzender.



# Der Prozeß Moltke-Garden.

Öffentliche Volksversammlung am Donnerstag, 31. Oktober, abends 8 Uhr, im „Chorum“.

Er wäre ja verrückt, wenn er bestreuen sein Amt verlegt hätte. Er hat es nicht getan, warum? Er ist halb, er hat sich nicht zu fürchten. Dem Reichsanwalt Fürsten hat es die Staatsanwaltschaft geglaubt, daß er unschuldig und weil sie es ihm geglaubt hat, deswegen hat sie die öffentliche Klage für Wilton erhoben und für Moltke abgelehnt. Nicht deutscher Edelmann und Soldat mußte so handeln wie der, sondern ein Schuldiger.

Wir schonen noch immer den Privatkläger, ich glaube sicher, würde schon am zweiten Verhandlungstag die Klage zurücknehmen.

Der Kläger widerspricht sich selbst, wenn er auf der einen Seite erklärt, seine Entlassung habe mit sexuellen Dingen nichts zu tun und dann den Wunsch knüpft, Garden solle recht hart urteilt werden, weil er an dem Verlust des Amtes schuld sei. Sie denn, daß die bloßen Artikel der „Zukunft“ die Amtsentlassung des Fürsten Eulenburg und des Grafen Moltke beanstanden hätten, wenn sie nicht wahr wären? Diese Meinung wäre ja **beinahe eine Majestätsbeleidigung.**

den Kaiser ist die Annahme absolut beleidigend, und die Annahme ist deshalb absolut falsch, daß so ernste Entschlüsse, die Entfernung der Träger alter Namen aus ihren Ämtern, die genügende Prüfung gefast werden. Die Frage: „Sind die Grafen Eulenburg und Graf Moltke so aufgetreten, daß das gegen den Schriftstellers Garden berechtigt war?“ ist für mich die entscheidende, und zwar von allerhöchster Stelle, durch den Kaiser. Ich berufe mich auf Seine Majestät, um dessen Meinung über den Grafen Moltke zu hören. Er denkt über ihn, daß er trotz alles dessen, was der Verdächtige an dem Kläger hat, ihn aus seiner Stellung und aus seiner Nähe entfernt hat. Es ist das Urteil, das schon gefällt worden ist in dem Beleidigungs-Prozeß Moltke kontra Garden.

Alles, was die Gegenseite gegen die Tendenz des Angeklagten gegen die Berechtigung jener Artikel gesagt hat, ist durchsichtig falsch — alles, was in den Urteilen steht, ist durchaus wahr, und zwar erweislich wahr! Wenn man einen Päderasten einen Päderasten nennt, so ist das keine Verleumdung, wie von der Gegenseite behauptet wurde. Herr Garden hat von Herrn Lecomte gesprochen und von anderen Päderasten, und es ist merkwürdig, daß, wenn jemand ruft: „Päderast!“ nun Herr Graf Moltke die Hand aufmacht und fragt:

„Wer hat mich gerufen?“

(weiter.) Was geht den Grafen Moltke die aktive Homosexualität des Herrn Lecomte an? Weshalb stellt er den Straftrag, wo es sich um Herrn Lecomte handelt?

Ich bin am Ende. Der gegnerische Kollege hat gesagt: „Heraus mit der Sprache!“ Ich sage: „Heraus mit den Namen!“ Was der Kläger mit dem Prozeß eigentlich will, will ich Ihnen sagen: Er will

**appellieren gegen das Urteil Sr. Majestät.**

Dort ist er verurteilt, denn es ist eine Verurteilung, wenn der Kaiser den Privatkläger unter solchen Umständen, wo dieser schwer beschuldigt wurde, nicht hält, sondern ihn zur Disposition stellt. Der Kaiser muß doch seine triftigen Gründe dafür haben. Beleidigend für Seine Majestät ist der Gedankengang, aus dem heraus der Kläger sich rechtfertigen will. Der Kläger hat gesagt: Die intellektuellen Leute fürchten sich, in das öffentliche Leben einzutreten und hat das Gericht eruchtet, durch sein Urteil den Männern wieder den Mut zu stärken. Ja, stärken die den deutschen Männern den Mut, stärken Sie den deutschen Vorgesetzten, die Schriftsteller sind, den Mut, die Wahrheit zu sagen. Stärken Sie auch den andern Bürgern den Mut, indem Sie ihnen die Zurechnung geben, daß, wenn sie in den Raum des Deutschen eintreten, in einen reinlichen und sauberen Raum eintreten. Geben Sie durch Ihr Urteil Ausdruck, daß Sie Leute, die den Anschauungen und Verfassungen des Klägers huldigen, nicht als führende Männer für das deutsche Volk anerkennen wollen.

Wenn Sie Herrn Garden beurteilen, werden Sie deutsche Männer nicht ermutigen, sich mit Politik zu beschäftigen, dann werden diejenigen, die da glauben, daß es wahr ist, was Garden sagt hat, sagen: Wenn man in Deutschland die Wahrheit sagt, hat man bestraft! Nun sagen Sie durch Ihr Urteil: Im Deutschen Reich darf ein deutscher Mann die Wahrheit sagen.

Nach einer Erwiderung des Rechtsanwalts von Gordon geht sich

**Graf Moltke**  
erklärt unter Zuhilfenahme eines Konzepts: Würde ich hier stehen, wenn ich nicht vor Gott und den Menschen sagen könnte, ich fühle mich unschuldig! Ich begreife es nicht, weshalb man nur immer wieder die Frage aufwirft, weshalb ich nicht mehr Stadtkommandant bin. Denken Sie denn, ich bin als Kommandant in Uniform hier sitzen und mir seit zwei Stunden Ungehörigkeiten und andre Beschuldigungen vorwerfen lassen? Dann soll ich hinausgehen und soll verlangen, daß ein Mann auf der Straße mich grüßt, mir mit Achtung und Respekt begegnet? Nein! Das geht nicht und das ist die ganz einfache Lösung dieser Frage. Jeder Soldat weiß, daß dies nicht geht! (Mit zitternder Stimme:) Ich bin selbst nur ein einfacher Soldat, der besitze keine erhebliche Gewandtheit, ich bin nicht gewöhnt, mich mit einer Frau gegen Verdächtigungen und den Vorwurf der Ungehörigkeit zu wehren. Aus der Kabinettsorder vom 21. März geht nur hervor, daß ich zur Disposition gestellt worden bin, nichts weiter. Wenn mir hier gesagt wird, es sei angeblich eine geheime Order vorhanden, so erkläre ich das für unannehmlich. Eine solche Order, in der mir eine Verurteilung vorgeordnet wird, akzeptiere ich nicht. Ich bin in allen Ehren entlassen worden. Es ist mir vorgebracht worden, daß die Staatsanwaltschaft die Erhebung der öffentlichen Klage abgelehnt hat. Ich werde eine andre Erklärung für diese Ablehnung geben. Die Staatsanwaltschaft hat den Stempel vermeiden wollen, der bis an die Stufen des Thrones heranreichen würde. Wenn ich hierher kam, so tat ich um meine in den Schmutz getretene Ehre als alter Soldat wieder selbst herzustellen. Als Soldat durfte ich hier nicht sein; ein Offizier durfte sich hier nicht so angreifen lassen, deshalb mußte erst der Rod herunter.

Darauf wurde die Verhandlung auf 5 Uhr nachmittags vertagt. Nach dieser ergreift der Angeklagte Garden das Wort. (Fortsetzung siehe 1. Beilage.)

Das Referat hatte Herr Eugen Claus (Hamburg) übernommen. Er sprach über das Thema „Was nützen uns die Kaufmannsgerichte?“ Einleitend gab er einen kurzen geschichtlichen Überblick über die Vorgänge bei der Beratung des Gesetzes und reklamierte für den von ihm vertretenen Verband das Gesetz als ein eigenes, indem er ausführte, daß es so ausgefallen sei, wie der Deutsch-nationale Verband es haben wollte.“ In demselben Atemzuge erklärte er aber weiter, daß nicht mehr zu erreichen war, weil Graf v. Posadowsky erklärt hat, wenn die Vorlage mit dem Frauenwahlrecht und dem Wahlalter von 21 Jahren bestehen bliebe, würden die verbündeten Regierungen das Gesetz nicht annehmen. Da es dem Deutsch-nationalen Verbande nicht bloß um die Realisation zu tun war, habe dieser das „vorläufige Gesetz“ angenommen und selbstverständlich die Reichstagsabgeordneten in diesem Sinne beeinflusst. Mit den Zahlen der in den Jahren 1904 und 1905 anhängig gewordenen Rechtsfälle wollte er beweisen, daß die Verantwortung für die Ablehnung des Gesetzes seitens der Gehilfenvertreter zu gewagt war und von dem Deutsch-nationalen Verbande auf keinen Fall verantwortet werden konnte.

Sodann ging er zum eigentlichen Thema über und schilderte die Vorteile der Kaufmannsgerichtspraxis gegenüber dem alten Zustande. Die Erfahrung hat bewiesen, daß das Gesetz sich bewährt und daß die Gehilfen nunmehr ein schnelleres und billigeres Recht sowie sachkundige Richter haben. Medner freiste dann noch die sozialpolitische Tätigkeit und Aufgabe der Kaufmannsgerichte hinsichtlich der Begutachtung und des Rechts zur Stellung von Anträgen an die gesetzgebenden Körperschaften, wobei er dann die Qualifikation der Richter aus den Reihen der Mitglieder des Zentralverbandes als Kaufmannsrichter in Zweifel zog, indem er darauf hinwies, daß diese aus den Reihen anderer Berufe hervorgegangen, und weil nur kurze Zeit als Expedienten in sozialdemokratischen Zeitungsexpeditionen und Lagerhalter bei „sozialdemokratischen Konsumvereinen“ tätig, nicht das richtige Verständnis für die Berufsinteressen der Handlungsgehilfen hätten. Mit der Behauptung, die Sozialdemokratie könne den Handlungsgehilfen nichts bieten und habe bereits die übrige Arbeitererschaft in eine Sackgasse gebracht, aus der diese nun nicht wieder herauskäme, während andererseits die Deutsch-Nationalen durch ihre friedliche Haltung zu Kaiser und Reich und Treue zum deutschen Vaterland schon jetzt mehr erreicht haben, als die Sozialdemokratie durch ihr wüßtes Treiben je erreichen werde, schloß er seine nicht besonders logische und tiefgründige Rede.

Nach einer kurzen Pause trat der Vertrauensmann des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und -gehilfinen Deutschlands, Genosse Müller, auf eine Anpassung des Ortsbeamten der Deutsch-Nationalen in der Diskussion den Ausführungen des Referenten entgegen und verteidigte gleichzeitig seinen Standpunkt in einem Eingefandte der „Volksstimme“ vom letzten Sonntag. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß dem Deutsch-nationalen Verbande kein Unfall in der Wahlrechtsfrage zum Kaufmannsgericht nicht verziehen werden kann. Durch seine gehilfenfeindliche Stellungnahme habe er die Rechte eines beträchtlichen Teils der Kollegen preisgegeben und vor allen Dingen die weiblichen Berufsangehörigen weiter rechtlos gelassen. Es sei diesen daher nicht zu verdenken, wenn sie erklärten, daß damit das Gesetz für sie kein Interesse mehr habe. Auch sei es begreifbar, daß diese so urteilen, denn das Empfindungsleben des Weibes erheische auch eine Berücksichtigung, besonders in Fragen, die gar nicht selten diskreter Natur sind, wo eine Geschlechtsgefährtin eher zum Richter sich eigne als der Mann. Die Verantwortung für das Scheitern des notwendigen Gesetzes hätten die Deutsch-Nationalen ruhig dem Reichstag und der Regierung überlassen können. Diese wäre doch sehr bald zum Einbringen einer neuen Vorlage gezwungen worden, in der dann die berechtigten Wünsche der Gehilfen berücksichtigt worden wären. Er wies dann noch die Behauptung zurück, daß die Arbeitererschaft durch die Sozialdemokratie in eine Sackgasse geführt sei und dort nicht herauskömme, sondern kündigt den Anwesenden an, daß sie sehr bald erkennen werden, daß die auf dem Boden des Klassenkampfes agierende Arbeitererschaft nicht in der Sackgasse sich befinde, sondern weitere Fortschritte ausführen wird. Die Deutsch-Nationalen brauchen sich übrigens mit ihren sogenannten Erfolgen nicht besonders wichtig zu tun, da sie dies lediglich dem Wirken der übrigen Arbeitererschaft zu danken haben. Wenn die Prinzipalität nicht durch die Gehilfenerschaft bei Verzagung der notwendigen Anforderungen in das Lager der Klassenkämpfer übergehen würde, wäre sie nicht so leicht zu den Konzeptionen bereit gewesen, die den Handlungsgehilfen ohne sonderlichen Kampf gemacht worden sind. Medner freiste dann noch kurz die prinzipiellen Unterschiede in der Taktik beider Verbände und sagte den Deutsch-Nationalen voraus, daß sie in dem Augenblick zur Taktik des Klassenkampfes übergehen müssen, wo sie mit der Verwirklichung der eigenen programmatischen Forderungen beginnen werden, da das Unternehmertum dann seinen Unterschied mache, ob die Kämpfe unter der Devise „Für Kaiser und Reich“ geführt werden oder nicht. Diese sehen dann nur den gefährdeten Profit und erklären dann auch die Deutsch-Nationalen für verkäufliche Sozialdemokraten, wie es das Unternehmertum in Mecklenburg und Westfalen den christlichen Gewerkschaften gegenüber getan habe. Er sehe deshalb der Zukunft trotz entgegen, weil diese dem Zentralverband gehöre, und empfahl dann noch dessen Liste für die Kaufmannsgerichtswahlen. Alsdann sprach im Sinne des Referenten noch der Kollege Bach. Die fernere Diskussion gestaltete sich zu einem Dialog zwischen Referenten und einigen Versammlungsteilnehmern, da dieser in seiner Erwiderung sich nicht enthalten konnte, den anfangs eingenommenen reservierten Ton zu verlassen. Durch leichtes Darüberhinweggleiten und durch Anbringung deplacierter Späße glaubte er die Einwände und Angriffe zu entkräften, was ihm wohl bei seinen Getreuen gelang, da diese pflichtgemäß jeden Kalauer bejubeln, aber denkende Kollegen nicht berührt, weil sie die Vorgänge im wirtschaftlichen Leben der Gegenwart besser kennen, als es ihnen der Referent glauben machen wollte. Die sonst recht interessante Versammlung schloß nach 11½ Uhr.

— Eine Stadtverordneten-Sitzung findet in dieser Woche nicht statt.

— In der Holzwarenfabrik von Frage u. Co., Alte Neustadt, befinden sich sämtliche Maschinenarbeiter im Auslande. Vor Annahme von Arbeit warnt die Lokalverwaltung des deutschen Holzarbeiter-Verbandes Magdeburg.

— Gegen Unfugtreiberien am Gericke-Denkmal hat der Magistrat folgende Bekanntmachung erlassen: Am Gericke-Denkmal wird von der Schuljugend in einer Weise, die von Tag zu Tag immer ärgerlicher wird, Unfug getrieben. Die Stufen des Denkmals werden entleert und auf dem Brunnentand wird herumspaziert; die Einlauf- und Ausflussschalen des Brunnens werden schon mehr als einmal verstopft vorgefunden. Namentlich wird auch der Bürgersteig rings um das Denkmal in ganz unerhörter Weise beschmutzt. Um diesem Unfug zu steuern und Beschädigungen des Denkmals zu verhindern, wird jeder Bürger, der an den öffentlichen Denkmälern Magdeburgs Interesse hat, gebeten, dem Treiben der Jugend durch persönliches Eingreifen entgegenzutreten. Der Magistrat hat

bereits an die Leiter der städtischen Schulen entsprechende Anweisungen ergehen lassen. Es wird auch die Hoffnung ausgesprochen, daß die Polizei mehr als bisher dem Schutze des Denkmals Beachtung schenkt.

— **Schenkung einer Bibliothek.** Der Vorstand des Naturwissenschaftlichen Vereins hier hat einstimmig beschlossen, im Anschluß an die zum 1. April 1904 erfolgte Schenkung seiner Sammlungen der Stadt Magdeburg für das Museum für Natur- und Heimatkunde seine gesamte Bücherei (rund 3000 Bände) als Geschenk anzubieten. Der Wert der Bücher wird auf mindestens 3000 bis 4000 Mark abgeschätzt. Bedingungen knüpft der Verein an die Schenkung nicht. Doch hat er den Wunsch, daß seine künftigen Jahresberichte in kurzer Fassung den Verhandlungen und Berichten des Museums angefügt werden möchten. Die Stadtverordneten werden ersucht, sich mit dieser Schenkung einverstanden zu erklären.

— **Wann ist eine Zeitung druckfehlerfrei.** Durch die Mäcker geht folgende Beantwortung dieser Frage: Eine Zeitung ist nur dann druckfehlerfrei, wenn 1. der Verfasser oder Einsender das Nichtigte geschrieben, 2. das Nichtigte auch deutlich geschrieben, 3. der Setzer in alle Fächer des Satzraums lauter richtige Buchstaben eingelegt, 4. die richtigen Buchstaben greift, 5. sie richtig einsetzt, 6. der Korrektor die Korrektur richtig liest, 7. der Setzer die erste Korrektur richtig verbessert, 8. die Revision richtig gelesen wird, 9. wenn die in der Revision noch vorgefundenen Fehler richtig verbessert werden, 10. wenn den Betreffenden die nötige Zeit hierzu gelassen wird, 11. wenn noch ein Duzend anderer Umstände sich ebenso glücklich abmachen. Und da nun z. B. ein großer Oktavbogen 50 000 bis 55 000 Buchstaben zählt, so müssen jene günstigen Umstände sich bei der Größe der Zeitung 50 000 bis 55 000mal wiederholen, wenn das Publikum einen einzigen fehlerfreien Bogen in die Hände bekommen soll. Man wird zugeben, daß dies bei der Hast der Arbeit nicht ganz leicht ist. Es würde gewiß weniger kritisiert und getadelt werden, wenn alle Zeitungsetzer einen Begriff von der Arbeit hätten, die zur Fertigstellung eines Blattes erforderlich ist.

— **Ein blutiges Liebesdrama** spielte sich am Sonntag morgen auf dem Gelände hinter dem Petroleumhafen in der Neustadt ab. Personen, die dort in der Nähe beschäftigt waren, hörten gegen 9 Uhr kurz hintereinander vier scharfe Schüsse fallen. Als die aufmerksam gewordenen Leute nachforschten, fanden sie ein Liebespaar in einer großen Kutschke liegen, neben sich den noch rauchenden Revolver. Die beiden hatten wohl beschossen, gemeinsam in den Tod zu gehen. Die sofort herbeigerufene Sanitätskolonne schaffte die Schwerverletzten nach dem Altstadt Krankenhaus. Dort wurde festgestellt, daß der lebensmüde junge Mann Fritz Neuhaus ist und angeblich aus Karlsruhe stammt, während das junge Mädchen sich Marie Grün aus Hamburg nennt. Das Paar ist anscheinend lediglich zu dem Zwecke nach hier gekommen, den Selbstmordplan auszuführen. Die Verletzungen der beiden sind nicht ungefährlich. Neuhaus hatte sich zwei Brustschüsse beigebracht, während das Mädchen einen Schuß in die rechte Schläfe davontrug und außerdem einen Brustschuß, der auch die Lunge verletzt hat. Die Ärzte hoffen, das Paar am Leben zu erhalten.

— **Selbstmordversuch.** Die Kellnerin Krausch, Neustädter Straße 21 wohnhaft, unternahm dort am Sonntag nachmittag aus Liebesmüde einen Selbstmordversuch durch Einnahme von Gift. Die Lebensmüde wurde in bedenklichem Zustande in das altstädtische Krankenhaus eingeliefert.

— **Wilhelm-Theater.** Der Spielplan für die nächsten Tage ist wie folgt aufgestellt: Donnerstag: Der Zigeunerbaron. — Freitag: Das süße Mädel. — Samstag: Die Gescha. — Sonntag nachmittag: Don Cesar. Abends: Der Kaffeebinder.

— **Zirkus Straßburger.** Am Sonnabend hat der Zirkus Straßburger mit einer „Gala-Premiere“, wie es ja wohl im Aktistendeutsch genannt wird, den Reigen seiner Vorstellungen eröffnet. Ein zwar nicht allzu umfangreiches, aber gut dreifaches Pferdeensemble macht auch dem Kenner viel Vergnügen, und die Schar der Artisten, die als Jockeis, Schutzeiter usw. auftreten, ernteten in den beiden ersten Vorstellungen rauschenden Beifall aus dem gut besetzten Hause. Neben diesen Darbietungen ist eine Reihe von Spezialitäten angeordnet, die Aufmerksamkeit erregen. Besonders die Leistungen der drei Trapezkünstler, die „fliegenden Männer“, sind hervorzuheben, aber auch die halbsprechende Radfahrt des Ling-Exios, das in einer Steilkurbahn sich wagherrige Rennen veranstaltet, in einer Bahn, deren unterer Durchmesser 2, deren oberer 4 Meter beträgt. Nicht vergessen seien die beiden Kunstschützen, die eine selbsthätige Treffsicherheit zeigen, und sich außerdem als Vosschwinger und Steppenreiter aus Wildwest produzieren. Alles in allem hält der Zirkus, was er verspricht.

— **Städtische Konzerte.** Das Programm des nächsten Volkskonzerts, welches am Mittwoch den 30. d. M. im „Odeum“ unter Krug-Waldsees Leitung stattfindet, weist u. a. folgende Musikwerke auf: Die Festouvertüre über ein Thüringisches Volkslied von Lassen, „Largo“ von Handel, Aufforderung zum Tanz von Weber, „Die Moldau“, japanische Dichtung von Smetana, die Ouvertüre zu „Der fliegende Holländer“ von Wagner, Die Entführung aus dem Serail von Mozart, Fantasia aus „Hänsel und Gretel“ und „Der Bettelstudent“, sowie Kompositionen von Schubert, Strauß, Grieg und Tschaiwowsky.

## Letzte Nachrichten.

36. Dresden, 28. Oktober. Den Morgenblättern zufolge erschoss gestern in der Dresdner Heide ein junger Mann ein 15-jähriges Mädchen. Dann richtete er den Revolver auf sich selbst und verletzte sich schwer. Die Tat ist im Einvernehmen beider geschehen und soll aus Lebensüberdruß erfolgt sein.

37. London, 28. Oktober. „Tribune“ berichtet aus Tanger: Neun deutsche Deserteure, welche in der Absicht geflüchtet waren, von Truppen Muley Hafids festgenommen und an das deutsche Konsulat ausgeliefert zu werden, wurden von einer ihnen entgegenkommenden Truppe Marokkaner nach ihrer Nationalität gefragt. Als die Deserteure erklärten, sie seien Franzosen, machten die Marokkaner einen Angriff, töteten vier Deserteure und mißhandelten die übrigen schwer. Die am Leben gebliebenen fünf Deserteure sind in jämmerlichem Zustand in Rabat eingetroffen.

38. Petersburg, 28. Oktober. Am Sonntag begannen die Wahlen der Abgeordneten zur Duma in 53 Gouvernements, welche zusammen 330 Abgeordnete zu wählen haben. Nach den bis Mittwoch vorliegenden Meldungen sind 206 Abgeordnete gewählt worden, darunter 90, die den rechtsstehenden und monarchistischen Parteien angehören, 71 Oktoberisten und Gemäßigte, einer des Verbandes der friedlichen Erneuerung, 15 Kadetten, 6 Russenmänner, sechs Sozialdemokraten und 17 von der Linken.

## Wettervorhersage.

Mitmäßige Bitterung am Dienstag den 29. Oktober: Gemäßigte und regnerisch, schwache Luftbewegung, milder.

## Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 28. Oktober 1907.  
**Zur Kaufmannsgerichtswahl.**  
Die deutsch-nationalen Handlungsgehilfen Magdeburgs tagten am Donnerstag abend in Richards Zelt, um Stellung zu den bevorstehenden Weisheitswahlen für das neue Kaufmannsgericht zu nehmen. Der Saal war nur mäßig gefüllt, so daß der Versammlungsleiter über das mangelhafte Interesse an der wichtigen Berufsangelegenheit Klage führte.

WILST DU GESUND SEIN TRINK



**HAEMACOLADE**

Haemacolade ist infolge ihres Gehalts an chemisch reinem, nativem Haemoglobin ohne jede Ausnahme das gesündeste Frühstücksgetränk f. Erwachsene u. Kinder, Gesunde u. Kranke.

**Zusammensetzung:** Haemacolade ist eine den Bedürfnissen des menschlichen Organismus angepasste Kombination von Fleisch- und Pflanzennahrung. Die Fleischnahrung repräsentiert das chemisch reine, native Haemoglobin, die Pflanzennahrung Kakao, sowie die Kohlehydrate Zucker und Stärkemehl.

**Wirkung:** Haemacolade bessert in kurzer Zeit die Blutbeschaffenheit, wirkt mächtig appetitanregend, regt die Nerventätigkeit an und bewirkt eine reichliche Abbildung der Körpergewebe, Fett und Muskulatur. Bei geistiger Anspannung leistet Haemacolade ganz hervorragende Dienste.

**Geschmack:** Haemacolade schmeckt wie versüßter Kakao, ohne jeglichen Nebengeschmack. Personen, die an den bitteren Geschmack des Kaffees oder eines unverstärkten Kakaos gewöhnt sind, mag der süße Geschmack anfangs ungewohnt vorkommen. Doch dürfen dieselben versichert sein, dass sie sich bereits nach einigen Tagen so daran gewöhnt haben, dass er ihnen durchaus nicht mehr auffällt, und sie alsdann Haemacolade ebenso gern wie früher den Kaffee usw. trinken.

**Bereitungsweise:** 1. Als warmes Frühstücksgetränk: Ein Teelöffel bis Esslöffel voll Haemacolade wird mit ebensoviel kaltem Wasser glatt gerührt und die Tasse mit heissem Wasser oder heisser Milch aufgefüllt. Das Getränk ist ohne jeden weiteren Zusatz trinkfertig.  
2. Als kaltes Kräftigungs- und Erfrischungsgetränk: Ein Esslöffel voll Haemacolade und 1/4 Liter kaltes Wasser werden bis zum einmaligen Aufkochen erhitzt und nach dem Abkühlen auf Flaschen gefüllt und diese verkorkt. Diese kalte Haemacolade schmeckt einfach grossartig und eignet sich ebenso gut als Getränk an Stelle von Bier, Brause usw. zum Frühstück, Mittags- oder Abendessen wie zum Mitnehmen in die Schule oder ins Geschäft. Man kann stets für 2 Tage Vorrat kochen.  
3. Für schwer Kranke und an Durchfall Leidende empfiehlt es sich, die Haemacolade mit Rotwein zu kochen (ein Esslöffel voll Haemacolade auf einen Tassenkopf voll 3 Minuten lang kochen).  
4. Durch Kochen von Haemacolade mit Milch und Zusatz von Gelatine erhält man eine ebenso angenehm schmeckende wie nahrhafte, gesunde Speise.

**Wann trinkt man Haemacolade?** Es ist eine weitverbreitete Annahme, dass das Mittagessen die Hauptmahlzeit sei und sein müsse. Das ist grundverkehrt!

Allein aus dem wenig stichhaltigen Grunde: man wolle sich seinen schönen Appetit zu Mittag nicht verderben, hat schon so mancher seinen Magen schwer geschädigt und — gehungert! Wenn auch ein richtiger Hunger für manche Naturen zeitweise (nur nicht regelmässig!) ganz angebracht ist, der regelmässige Hunger aber, und dazu noch bei schwächlichen oder nicht ganz safteltesten Naturen, ist sehr schädlich und ruiert den Körper. Des Morgens ist der Magen leer und ausgeraht. Er ist am empfindlichsten für jede Speise, aber auch am empfindlichsten. Was geschieht aber in den meisten Fällen? Man trinkt eine Tasse Kaffee oder Tee und isst eine Schrippe dazu. Hiernach fühlt man sich „wohl!“ Ja, aber auf wie lange? Dass Kaffee nicht sättigt und keine nahrhaften Wirkungen hat, ist ja bekannt, ebenso dass er anregend wirkt, um nachher desto mehr matt und nervös zu machen. Man betrügt sich also nur selbst mit diesem gewohnten Morgenfrühstück, es gibt aber auch schlechte Angewohnheiten. Wozu hat man nach einem kräftigenden Schlaf denn nur gerade noch ein Anregungsmittel wie Kaffee oder Tee nötig? Gerade des Morgens ist die beste Zeit zum Haemacolade-Trinken! Wer nur einmal die Wohltat einer Tasse Haemacolade des Morgens gespürt hat, wird mit vielen sagen: Eine Tasse Haemacolade des Morgens getrunken, ist die Grundlage für das Wohlbefinden des ganzen Tages. Nach dem Mittagessen oder zum sogen. Vesper können Gesunde gern ihre gewohnte Tasse Kaffee trinken, bei vollem Magen schadet dieselbe nicht, im Gegenteil, er hilft verdauen, aber des Morgens sollen sie den Kaffee lassen, da ist Haemacolade das beste und gesündeste Frühstücksgetränk für jedermann: für Erwachsene und Kinder, für Gesunde und Kranke.

Erwachsene trinken Haemacolade gern mit Wasser, Kinder mit Milch. **Wann und wieviel Haemacolade sollen Kranke trinken?** Magen- und Darmleidende sowie an Appetitlosigkeit Leidende früh zwei Tassen, abends vor dem Schlafengehen eine Tasse mit Wasser gebrüht.

**Nervöse:** Morgens zum zweiten Frühstück und vor dem Schlafengehen je eine Tasse mit Wasser gebrüht.  
**Magere:** Früh zwei Tassen, zum zweiten Frühstück eine Tasse, vor dem Schlafengehen eine Tasse mit Milch gebrüht.  
**Blutarme, Bleichsüchtige, Wöchnerinnen, stillende Frauen:** Morgens, nach dem Mittagessen und vor dem Schlafengehen je eine Tasse mit Wasser gebrüht.

**Schwächliche Kinder und Rekonvaleszenten:** Regelmässig alle drei Stunden eine Tasse mit Milch gebrüht.

**Kostenpunkt:** 1 Pfund 2.00 Mark, 1/2 Pfund 1.10 Mark, 1/4 Pfund 0.60 Mark. Da zu einer Tasse Haemacolade im Durchschnitt ein gestrichener Esslöffel voll genommen wird und 50 Esslöffel voll auf ein Pfund gehen, kostet jede Tasse Haemacolade 4 Pfennige.



Haemacolade ist, außer in den Apotheken und Drogerien, in den Kolonialwaren-Handlungen, welche die bekannten Haemacolade-Plakate angebracht haben, erhältlich.

Engros-Vertretung: Raschke & Giesemann  
Magdeburg, Kaiserstrasse.

**Burg Straßburger Hut-Bazar**  
Schartauer Strasse 9  
Spezial-Herren-Hut- und Mützen-Geschäft.  
Grosse Auswahl in Krawatten, Herrenwäsche, Spazierstöcken  
Schirmen, Glace-Handschuhen, Hosenträgern, Portemonnaies  
Billige Preise! 1657 Reelle Bedienung!

**Burg**  
1 Beutl. m. Matr. 15 Ml. 1 birt. Sofa  
11/2 7 Ml., 1 gr. Küchenstuhl 14 Ml.  
alles fast neu. Feier, Divenst. Str. 21.

**Burg Paradenplatz**  
Von heute bis Montag den 4. November  
**Riesen-Kinematograph**  
Erstes und ältestes Geschäft dieser Branche. Die lebenden Photographien  
in höchster Vollendung; ohne Bittern, ohne Klümmern.  
Zu diesen hochinteressanten Vorführungen ladet ergebenst ein  
Die Direktion. — Zutritt für lebende Projektionen, Vert.  
Jeden Abend 9 1/2 Uhr die so beliebt. Kabarett-Vorstellungen (n. f. Vert.)

**Walhalla-Theater** 1660  
Nur noch 3 Tage!  
Das glänzende  
11. Oktober-Programm!  
Nur Attraktionen!  
Sensationeller Erfolg!  
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Garant. ei. schön u. billig. Sendg. Alles für 3 M. franco  
30 Deitst. Ger. 15 Braut. ob. 2 Pf.  
ff. Andov. 80 Spott. 1 Pf. Sardelle. n. f.  
ff. Bachs. C. Degener, Svinenstube

**Geschäfts-Übernahme.**  
Einem geehrten Publikum von Alte Neustadt und Umgegend  
die ergebene Mitteilung, daß ich mit dem heutigen Tage die Bäckerei  
Konfitorei des Herrn Wilhelm Sporleder, Gassenstr. 3a, käuflich  
genommen habe. Es wird mein eifriges Bestreben sein, nur gute  
schmackhafte Ware zu liefern. Dem Wohlwollen des geehrten Publikums  
entgegengehend, zeichnet  
Hochachtungsvoll **Otto Schül**  
NB. Bestellungen auf Torten, bunte Schiffelein und  
gebäck wird prompt ausgeführt.

**Städtisches Orchester Odeum**  
Mittwoch den 30. Oktober 1907  
abends 8 Uhr  
Grosses 1325  
**Volkskonzert.**  
Leitung: Kgl. Kapellmeister  
Joseph Krug-Waldsee.  
Eintrittskarten  
im Vorverkauf . . . 20 Pf.  
an der Abendkasse . . . 30 Pf.

Zur Volksschüler-Vorstellung  
empfehlen wir  
**Minna von Barnhelm**  
Preis 10 Pfg. von Veffing Preis 10 Pfg.  
Buchhandlung Volksstimme, Gr. Münzstraße

**Stadt-Theater.**  
Dienstag den 29. Oktober 1907  
Sugdietriehs Brautfahrt.  
**Wilhelm-Theater.**  
Dienstag und Mittwoch  
Der Goldfisch.  
Donnerstag den 31. Oktober 1907  
Der Zigeunerbaron.

Bildungs-Ausschuß des Gewerkschaftskartells und  
des Sozialdemokratischen Vereins zu Magdeburg.  
**Konzert-Abend**  
Montag den 4. November 1907, Punkt 8 1/2 Uhr  
im „Sachsenhof“, Grosse Storchstrasse Nr. 7  
PROGRAMM  
Erster Teil  
1. Ouvertüre „Tancred“ . . . . . Rossini  
2. Pilgerchor und Lied an den Abend-  
stern aus der Oper „Tannhäuser“ . . . . . Wagner  
3. Kavatine (Violin-Solo) . . . . . Raff  
4. Paraphrase über das Lied „Wie schön  
bist du“ . . . . . Neswabba  
5. Frühlingskinder, Walzer . . . . . Waldteufel  
Zweiter Teil  
6. Ouvertüre „Dichter und Bauer“ . . . . . Suppé  
7. Phantasie a. d. Oper „Troubadour“ . . . . . Verdi  
8. Romanze (Cello-Solo) . . . . . Goltermann  
9. Die Opern-Revue, Potpourri . . . . . Stetefeld  
10. Loin de Bal, Intermezzo . . . . . Gillet

Während der Konzert-Piecen bleiben die Saaltüren  
geschlossen, und werden nur in den Pausen geöffnet.  
Pünktliches Erscheinen ist darum geboten. 1638  
Programms à 25 Pfg., die zum Eintritt berechtigten,  
sind bei sämtlichen Gewerkschaftsvorständen, in den  
Lagern des Konsumvereins, der Buchhandlung Volks-  
stimme und dem Arbeitersekretariat zu haben.

**Zentraltheater**  
Direktion Anton Löfgen.  
Nur noch 3 Tage das vornehme  
Elite-Programm.  
Voranzeige. 1172  
Donnerstag, 31. Oktober  
Gala-Ehrenabend  
für den beliebten Humoristen  
Karl Maxstadt.  
An diesem Tage wird Herr  
Maxstadt ein besonders ge-  
wähltes Repertoire zum Vor-  
trag bringen, worauf besonders  
aufmerksam gemacht wird.  
Billetverkauf für den Tag hat  
schon begonnen.

**Deutscher Metallarbeiter-Verein**  
Verwaltung Magdeburg.  
Amungshalber bleibt das Bureau am Dienstag  
mittag und Mittwoch den ganzen  
geschloffen.  
Von Donnerstag an befindet sich das Bureau  
Große Münzstraße 3 vorn 1 Tr. r.  
Geschäftsstunden 9 1/2 bis 12 Uhr vormittags und 5 bis 7 Uhr nachmittags  
Die Verwaltung

**Calbenser Konsumverein**  
E. G. m. b. H.  
Sonntag den 3. November cr.,  
nachm. 3 Uhr, in der Reichshalle  
Außerordentliche  
Generalversammlung.

Tagesordnung:  
1. Ergänzungswahl für den Vor-  
stand und Aufsichtsrat.  
2. Erwerb von Grundeigentum.  
3. Errichtung einer Niederlage nebst  
Schlachthaus.  
Der Aufsichtsrat.  
Engler, Vorsitzender.  
Am 31. Dezember d. J. wird  
die Stelle des Kontrollrats beim  
biefigen Konsumverein vakant.  
Es ist dieses eine Nebenstelle.  
Bewerber wollen ihre Meldungen  
bis Sonnabend den 2. Nov. cr.  
beim Vorsitzenden des Aufsichtsrats  
einreichen. 1645  
Der Aufsichtsrat.  
Aug. Engler, Vorsitzender.

**2 gr. öffentl. Frauen-Versammlung**  
**Westerhüsen-Salbke**  
Mittwoch den 30. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Salbke  
**Fermersleben**  
Donnerstag den 31. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Salbke  
Tagesordnung:  
1. Bericht vom Offener Parteitag.  
2. Stellungnahme zum Breitenweg.  
3. Eventuelle Wahl einer Delegierten.  
4. Verschiedenes.  
Um zahlreichem Besuch bittet  
Die Vertrauensperson